

Abw rme, Anreizregulierung, Ausgleichsenergie, Biomasse, Blockheizkraftwerk, Brennstoffzelle, Bundes-Immissionsschutzgesetz, CO₂-Zertifikate, Durchleitung, Emissionshandel, Energiebilanz, Energieausweis, Energieeffizienz, Energiekosten, Energiereserven, Energiespeicher, Energiesparmaßnahmen, Energieverbrauch, Erdw rme, Erneuerbare Energien, Fernw rme, Gasversorgung, Geothermie, Gezeitenenergie, Gr nter Strom, Kernkraft, Klimakonferenz, Klimaschutz, Konzessionsabgabe, Konzessionsvertr ge, Kraft-W rme-Kopplung, Naturstrom, Niedrigenergiehaus, kostrom, Photovoltaik ... **Seiten 5 bis 10**



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Beckstein beim Energiekongress der Staatsregierung:

Warnung vor Blackouts bei Stromversorgung

Beachtung der sozialen Dimension der Energiepreise / Bürger stärken mit Bürgergutachten bayerischer Energiepolitik den Rücken / Sichere Kernkraftwerke sind als Wegbereiter für den Siegeszug der erneuerbaren Energien

Bayerns Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein hat eindringlich vor Stromlücken und Blackouts bei der Stromversorgung in Deutschland gewarnt. Beim Energiekongress zum bayerischen Weg für bezahlbare und klimafreundliche Energie sagte Beckstein: „Wenn Experten wie die Deutsche Energieagentur feststellen, dass mit der augenblicklichen Energiepolitik in Deutschland die Versorgungssicherheit beim Strom in den nächsten Jahren nicht mehr gewährleistet werden kann und gleichzeitig die Energiepreise immer schneller steigen, sind dies ernst zu nehmende Warnsignale, die endlich auch in Berlin gehört werden müssen.“

Auf Einladung der Bayerischen Staatsregierung haben sich zum Energiekongress in der Alten Kongresshalle in München renommierte Experten aus der Wissenschaft und wichtige Wirtschaftsvertreter versammelt, um unter dem Motto „Sichere Energie - bezahlbar und klimafreundlich“ den bayerischen Weg in der Energiepolitik und beim Klimaschutz mit Ministerpräsident Beckstein und Wirtschaftsministerin Emilia Müller zu diskutieren.

Vernunft und Ehrlichkeit

Deutschland brauche mehr Vernunft und Ehrlichkeit und weniger Ideologie in der Energiepolitik. Diese müsse vor allem die soziale Dimension der Energiepreise im Interesse der Bürger beachten. Wenn gegen jede Vernunft am Atomausstieg festgehalten und sichere Kernkraftwerke in Deutschland abge-

schalten werde, stiegen die Strompreise in absehbarer Zeit in unbezahlbare Höhen. „Das ist für die Bürger im Land nicht hinnehmbar, gefährdet die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft und vernichtet Arbeitsplätze“, so Beckstein.

Bezahlbare Energie

Das neue bayerische Energiekonzept legt deshalb laut Beckstein als erstes Ziel fest, dass Energie für Bürger, Verbraucher und Wirtschaft bezahlbar bleiben muss. Beckstein: „Wir müssen uns so weit es geht von teuren Energieimporten unabhängig machen und dürfen preiswerte Energiequellen wie die bayerischen Kernkraftwerke nicht abschalten, sondern müssen sie weiter nutzen. Gleichzeitig brauchen wir eine wirksame und verbraucherfreund-

liche Regulierung der Strom- und Gasnetze durch die Behörden des Bundes und in Bayern.“ Aber auch die Pendler-Pauschale vom ersten Kilometer ist laut Beckstein ein wichtiger Baustein in der Steuerpolitik zum Thema „bezahlbare Energie“ für die Bürger.

Prioritäten im Bürgergutachten

Als außerordentlich ermutigend wertete Beckstein die Ergebnisse des Bayerischen Bürgergutachtens zu den Prioritäten in der Energiepolitik: „Die Bürger stehen in dieser Frage hinter uns. Das ist ein Ergebnis des Bürgergutachtens (vgl. Seite 2) zur Zukunft Bayerns.“ In diesem objektiven Meinungsbarometer empfehlen die Bürger in Bayern auf die Frage „Wie soll Bayerns Energieversorgung in der Zukunft gesichert werden?“ zu einen den Ausbau der regenerativen Energie, aber eben auch die Verlängerung der Laufzeiten bestehender Kernkraftwerke.

Beckstein: „Es ist enorm wichtig, dass wir in dieser zentralen (Fortsetzung auf Seite 4)



Beim KPV-Landesvorstand auf dem Podium (v.l.): Gerhard Weber, Robert Höcherl, Stefan Rößle und Florian Hahn. Bild: DK

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:

„Jedem Kind ein Instrument“

Eine Initiative der CSU-Kommunalpolitiker

Den Kontakt mit den Bezirks- und Kreisverbänden, den kommunalen Spitzenverbänden und der Landespolitik zu pflegen, ist ein herausragendes Anliegen des neuen KPV-Landesvorsitzenden Landrat Stefan Rößle (Donau-Ries). Bei der ersten Sitzung des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses unter seiner Leitung verwies der neue Vorsitzende in München auf die Notwendigkeit, „die Interessen der Kommunen auf CSU-Ebene in allen Belangen zu vertreten“. Hierbei müsse intern hart verhandelt werden, nach außen aber gelte es, Geschlossenheit zu zeigen. Mannschaftsgeist – die Fußball-Europameisterschaft lässt grüßen – laute das Zauberwort.

Das eigene Profil zu schärfen ist freilich nicht nur ein Lippenbekenntnis, wie das Projekt „Jedem Kind ein Instrument“ zeigt. Ein Musikinstrument zu erlernen, fördert nachweislich die Entwicklung der Kinder in viel-

zu geben, über das schulische Angebot hinaus ein Musikinstrument zu erlernen. Vorbild ist hier das Land Nordrhein-Westfalen, das das Projekt landesweit bereits mit großem Erfolg eingeführt hat.

Positive Argumente

Für die Initiative sprechen laut Rößle folgende Argumente:

1. Kreative Arbeit macht intelligent, Musik verbessert die analytische und mathematische Intelligenz enorm und fördert das Sozialverhalten. Musizierende Kinder sind ihren Altersgenossen in der geistigen Entwicklung deutlich voraus.
2. Jedes Grundschulkind hat die Möglichkeit, ein Instrument zu erlernen – Herkunft, Religion und gesellschaftlicher Status spielen keine Rolle. Die Klassengemeinschaft und das „Wir-Gefühl“ werden gefördert.
3. Neben den fachlichen Gründen bietet die Initiative den CSU-Kommunalpolitikern die Möglichkeit, bei dem Projekt in vorderster Reihe selbst mit „anzupacken“ und Verantwortung zu übernehmen.
4. Auch landespolitisch könnte mit diesem Projekt ein wichtiger und vor allem konkreter Beitrag zur Bildungsinitiative in Bayern geleistet werden, der die CSU von anderen Parteien unterscheidet.

Im Landkreis Donau-Ries wurde nach Rößles Worten bereits in diesem Jahr an den drei Grundschulen der Großen Kreisstadt Donauwörth ein zu 100 (Fortsetzung auf Seite 4)

Ministerrat beschließt Zehn-Punkte-Programm zur Energiepolitik:

Energie - bezahlbar und klimafreundlich

Der Ministerrat hat ein Zehn-Punkte-Programm für eine bezahlbare und klimafreundliche Energieversorgung beschlossen. „Der gegenwärtige Preisschub und die Herausforderungen durch den Klimawandel zeigen den Handlungsbedarf“, sagte Ministerpräsident Günther Beckstein. Beckstein versteht den Maßnahmen-Katalog auch als klares Signal an Berlin: „Deutschland braucht ein grundlegendes Umsteuern in der Energiepolitik.“

- Energie muss für die Bürger und Verbraucher bezahlbar bleiben. Die Wiedereinführung der Pendlerpauschale ab dem ersten Kilometer ist ein Beitrag dazu.
- Die Energieproduktivität in Bayern soll um 30 Prozent erhöht werden.

er für erneuerbare Energien und Energietechnik.

- Ökonomische und ökologische Energieerzeugung gehen alle an: Verbraucher, Grundeigentümer und Kommunen. Für die Gebäudesanierung sollen steuerliche Anreize geschaffen werden.
- Mit Steuerleichterungen will Bayern die Energiesparteknik in Häusern fördern. Der Ministerrat beschloss eine entsprechende Bundesratsinitiative. „Im Gebäudereich liegen die größten Energie-Einsparpotentiale“, sagte Finanzminister Huber. „Diese Potentiale müssen wir ausschöpfen.“

Weitere Informationen zum Zehn-Punkte-Programm auf www.csu.de und www.bayern.de.

Neues von Sabina



Der Chef unserer Vorzimmerperle ist auf viele Probleme vorbereitet. Ob er es dabei mit Taubenmutterln aufnehmen muss oder mit Tierliebhabern, die sich auf Exotisches spezialisieren, spielt keine Rolle. Es gilt, für die Bürger die richtigen Entscheidungen zu treffen und dabei keinesfalls in eine PR-Falle zu tappen. **Seite 15**

Energie-Profis für Kommunal-Profis:
Energie für Bayerns Kommunen!

Mehr Wissen setzt Energie frei. Die Bayerische Gemeindezeitung bietet in Kooperation mit Bayerischem Gemeindetag und Bayerischem Städtetag beim Info-Tag für Kommunen am 19. Juni 2008 im Garching Bürgerhaus umfassendes Know-how. Weitere Informationen in unserer Beilage und im Internet unter: www.gemeindezeitung.de.

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Deutschland gewinnt Bürgermeister-EM

Wenn das kein gutes Omen ist: Mit einem 3:0 Sieg gegen Italien hat in Sankt Johann in der Nähe von Salzburg die Elf aus Deutschland die Fußball-Europameisterschaft 2008 der Bürgermeister gewonnen. Den dritten Platz erreichte die Mannschaft aus der Ukraine, die Mannschaft Österreichs wurde Fünfte. An dem vom Österreichischen Gemeindebund in Kooperation mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund veranstalteten Turnier nahmen 140 Ortschefs aus sieben europäischen Ländern teil. Erstaunlich hoch waren das Leistungsvermögen und der Leistungswille der deutschen Bürgermeister. Fast alle Spieler waren früher aktiv im Fußball oder gar als Trainer tätig. In den Vorrundenspielen gewann Deutschland gegen die Ukraine, Südtirol und Polen. Einzig gegen Österreich musste „wir“ eine Niederlage einstecken. In der deutschen Mannschaft spielte unter anderem Bernhard Gmehling, Bürgermeister von Neuburg a. d. Donau, der sich auch im Endspiel als Torschütze auszeichnen konnte. „Wir konnten uns vor Anfragen deutscher Bürgermeister, an dem Turnier teilzunehmen, kaum retten“, erklärte DStGB-Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg. Er gratulierte im Namen der 12.000 deutschen Kommunen der deutschen Mannschaft zu dem großen Erfolg. Das was Deutschlands Bürgermeister vorgemacht hätten, müsste nun Joachim Löw mit seiner Mannschaft wiederholen. **DK**

Sie lesen in dieser Ausgabe

Beckstein zum Bürgergutachten	Seite 2
Kindergärten werden ausgebaut	2
GZ-Kolumne Heinrich Lenz: Der ländliche Raum muss gestärkt werden	3
ASKETA-Bürgermeister fordern Fünf-Punkte-Katalog	3
Leitfaden für kommunale Seniorenpolitik	4
Konzept für Jugendsozialarbeit an Schulen	4
GZ-Fachthemen: Energieversorgung · Energiesparmaßnahmen	5 - 10
Kommunalfinanzen	10 - 12
Aus den bayerischen Kommunen	13 - 16

Ministerpräsident Beckstein zum Bürgergutachten:

Wichtiges Signal gegen Politikverdrossenheit

„Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger werden sehr genau analysiert und fließen in Arbeit am Regierungsprogramm ein“

Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein hat sich bei der Übergabe des Bürgergutachtens durch die beteiligten Bürgerinnen und Bürger des Freistaates sehr beeindruckt gezeigt über die Ergebnisse und das uneigennütige Engagement, mit dem die über 200 nach einem Zufallsverfahren ausgewählten Bürger aus dem ganzen Freistaat über die Zukunft ihrer Heimat Bayern nachgedacht haben. Beckstein: „Mit der Einbindung der Bürger wollen wir nicht nur neue inhaltliche Impulse über die Arbeit der Ministerien und die Ratschläge von Expertengremien hinaus gewinnen. Das Bürgergutachten „Unser Bayern - Chancen für alle“ ist auch ein wichtiges Signal gegen Politikverdrossenheit.“

Mit dem Bürgergutachten als neuem Instrument der Bürgerbeteiligung habe der Freistaat ein Zeichen dafür gesetzt, wie wichtig der Staatsregierung der Dialog mit den Bürgern ist. Beckstein: „Wer das Bürgergutachten liest, sieht, dass hier um Ziele gerungen, Maßnahmen gegeneinander abgewogen, Kostenüberlegungen einbezogen und Kompromisse gefunden wurden. Mich freut besonders, dass dabei insgesamt ein hohes Maß an Unterstützung für die Politik der Staatsregierung und unsere Planungen für die nächste Legislaturperiode herausgekommen ist.“

Fundierte Empfehlungen

Als Beispiel nannte der Ministerpräsident die Frage nach der Sicherung der Energieversorgung Bayerns in der Zukunft. Hier hätten die Bürgergutachter sich die Abwägung zwischen Wünschbarem und Realisierbarem nicht leicht gemacht. Beckstein: „Nach dem Einsatz erneuerbarer Energien als wichtigster Maßnahme haben sie bereits als zweitwichtigste Maßnahme die Verlängerung der Laufzeiten bestehender sicherer Kernkraftwerke empfohlen. Das ist starker Rückenwind für die Position der Staatsregierung und zeigt: Das

fehlungen der Bürgerinnen und Bürger sehr genau analysiert und ernsthaft abgewogen würden. „Wenn das Regierungsprogramm im Juli vorgestellt wird, werden in vielen Punkten auch die Ergebnisse der Arbeit unserer Bürgergutachter erkennbar sein“, so der Ministerpräsident.

Bildung als Schlüssel für eine gute Zukunft

Eine deutliche Unterstützung mit der Politik der Staatsregierung und den geplanten Schwerpunktsetzungen für das Regierungsprogramm 2008 bis 2013 zeigt sich laut Beckstein auch in der Gewichtung der großen Themenfelder im Bürgergutachten.

Beckstein: „Bildung als Schlüssel für eine gute Zukunft unseres Landes und jedes Einzelnen hat im Bürgergutachten das mit Abstand größte Gewicht. Bildung hat auch Priorität im Regierungsprogramm der Staatsregierung. In der nächsten Legislaturperiode werden wir intensiv am Ausbau des Ganztagsangebots, der Stärkung der Hauptschule, der weiteren Erhöhung der Durchlässigkeit und der Verbesserung der individuellen Förderung durch kleinere Klassen arbeiten. In diesem Kurs sehe ich mich durch das Bürgergutachten voll bestätigt. Erfreulich ist außerdem die Unterstützung für unser Festhalten am gegliederten Schulsystem.“

Umfassende Stellungnahme

Mit dem Bürgergutachten hatte die Staatsregierung erstmals eine umfassende Stellungnahme von Bürgerinnen und Bürgern aus allen Landesteilen zu verschiedensten landespolitischen Themen wie Familie und Bildung, Arbeit und Wohlstand, Stadt und Land, Umwelt und Energie oder gesellschaftlichem Zusammenhalt eingeholt. Mit Unterstützung der Gesellschaft für Bürgergutachten hat Bayern dabei als erstes Land in Deutschland die Bürger um konkrete Vorschläge und Impulse zur politischen Zukunftsgestaltung in Bayern gebeten. Das Bürgergutachten war erstmals nicht auf ein eng begrenztes Thema konzentriert, sondern behandelt die gesamte Palette aller wichtigen Zukunftsthemen. □



BayernLB-Untersuchungsausschuss:

Schuldfrage in der Debatte

Die Anhörung von Sachverständigen und Zeugen in dem von der Opposition im Landtag beantragten Untersuchungsausschuss BayernLB versuchen SPD und Grüne zu beweisen, dass Finanzminister Erwin Huber das Parlament über die drohenden Verluste der Bank aus dem amerikanischen Immobilienkreditgeschäft der Jahre 2005 bis 2007 belogen hat. Die CSU-Vertreter neigen der Auffassung namhafter Banker und Politiker zu, der Minister habe sich korrekt verhalten. Mangels „belastbarer“ Zahlen habe der Minister nur andeutungsweise die Probleme benennen können.

Eine Grundsatzfrage ist für beide Lager, ob es für den Finanzminister die höhere Pflicht war, die bis heute nicht sicheren Zahlen in Milliardenhöhe über bilanzmäßige Verluste der BayernLB angesichts der weltweiten Hysterie am Finanzmarkt über den Zusammenbruch des amerikanischen Immobilienkreditgeschäfts zurückzuhalten oder das Parlament zu unterrichten, weil es sich um eine Bank in staatlichem und kommunalem Besitz handelt.

Opfer - nicht Schuldiger

Hubers Amtsvorgänger Prof. Kurt Falthäuser (bis Oktober 2007) bestätigte als Zeuge, er habe im August, als dem Verwaltungsrat die immer höher erkennbaren Risiken des US-Geschäfts klar wurden, die Finanzsprecher der drei Fraktionen vertraulich unterrichtet. Der Bankvorstand sei gegen Nennung von unwägbareren Zahlen gewesen. Andererseits kritisierte er die Informationspolitik des BayernLB-Vorstands unter Leitung des dann abgelösten Chefs Dr. Werner Schmidt als „Gedankenlosigkeit und Tölpelerei“. Huber sei deren Opfer gewesen und nicht der Schuldige.

Schmidt und sein Nachfolger Dr. Michael Kemmer verteidigten diese Politik, weil jede, noch dazu nicht gesicherte Zahl von Verlusten die Bank Geld und Ansehen kostete. Kemmer bestätigte jedoch, im Februar letzten Jahres habe der Vorstand seine Informationspolitik binnen weniger Stunden in einer Vorstandssitzung geändert und die sofortige Herausgabe auch nicht belastbarer Zahlen in Milliardenhöhe beschlossen. Das war am gleichen

12. Februar, an dem Huber im Haushaltsausschuss des Landtags erklärte, er könne über die seit Dezember bekannten 100 Millionen Euro hinaus, nichts Genaueres sagen. Er hatte sich nach Zeitungsberichten, in denen von Milliardenverlusten die Rede war, kurzfristig zur Sitzung des Haushaltsausschusses angemeldet.

Kommunikationsproblem

Das bezweifelte die Opposition, gestützt auf Aussagen des zuständigen Referatsleiters im Finanzministerium, Ministerialrat Dr. Tobias Haumer. Dem zufolge hat es am 12. Februar mehrere telefonische Kontakte zwischen Ministerium und Bank gegeben. Seinen Aussagen und denen eilends geladener weiterer Zeugen aus Ministerium und Bank zufolge, scheint es bei der Kommunikation an diesem entscheidenden Tag an klaren Informationen gefehlt zu haben.

Zeitnah und korrekt

Weder wusste der Bankvorstand von Hubers gerade bevorstehendem Auftritt im Haushaltsausschuss des Landtags, noch erfuhr Huber rechtzeitig vom Sinneswandel des Vorstands in der Informationspolitik. Erst nach der Sitzung, in der der Minister dabei geblieben war, keine belastbaren Zahlen zu nennen, wurde er vom Sinneswandel informiert. „Der Minister war genau so fassungslos wie wir“, so Hubers Pressereferentin, Ministerialrätin Judith Steiner.

Huber blieb in seiner Aussage im Untersuchungsausschuss dabei, die Vorwürfe der Opposition

seien unbegründet. Er habe im Landtag acht mal „zeitnah und korrekt“ über die Finanzmarktkrise bei der BayernLB berichtet und am 23. Januar als Einziger aus dem Verantwortungsbereich der Bank öffentlich darauf hingewiesen, dass höhere Belastungen als die bis dahin von der Bank genannten 100 Millionen Euro möglich seien. Mehr habe er mit Rücksicht auf die Bank und ihren Vorstand nicht sagen können. Dessen Informationspolitik, nur belastbare Zahlen zu nennen, habe er zwar nicht mehr für zeitgerecht gehalten, sich aber an das Argument gehalten, man müsse Schaden von der Bank abwenden. Übereinstimmend mit Frau Steiner berichtete der Minister, am 12. Februar sei er nach der Haushaltsausschusssitzung über den Taktikwechsel

Treffen der 69 Hartz-IV-Optionskommunen in Berlin:

Keine Einschränkung von Gestaltungsspielräumen

Kommunale Verantwortungsbereitschaft aktivieren

Anlässlich ihres Treffens in Berlin haben die 69 Optionskommunen und der Deutsche Landkreistag (DLT) gemeinsam deutlich gemacht, dass im Zuge der laufenden Beratungen über die Neuorganisation von Hartz IV das Ziel der Leistungen aus einer Hand nicht aufgegeben werden dürfe und kommunale Gestaltungsspielräume gewährleistet werden müssten.

Zudem sei bei der anstehenden Neuausrichtung der Arbeitsmarktinstrumente wichtig, kreative und flexible Ansätze bei der Betreuung von Langzeitarbeitslosen nicht zu hemmen, sondern zu ermöglichen. Hier versuche der Bund, bei der Reform des Instrumentenkastens die für die Langzeitarbeitslosen dringenden erforderlichen Gestaltungsspielräume zu beschränken.

Vielschichtige Probleme

Landrat Dr. Jörg Mielke (Osterholz) sagte aus Sicht eines betroffenen Optionskreises: „In Anbetracht von 7 Mio. Menschen, die von Hartz IV leben,

Kindergärten werden ausgebaut

Betreuung hat Vorrang vor Kostenfreiheit - Sozialministerin will mit Kommunen und Wohlfahrtsverbänden reden

Für den weiteren Ausbau der Kindergärten will Sozialministerin Christa Stewens in Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden und den freien Wohlfahrtsverbänden im Sommer ein Konzept vorlegen. Priorität sollen Qualitäts- und Kapazitätsverbesserung haben. Vor allem geht es um die unter Dreijährigen. Die vom CSU-Parteivorstand in einem Anfang Mai beschlossenen familienpolitischen Gesamtkonzept erstmals vorgesehene Kostenfreiheit für ein Kindergartenjahr steht demnach mittelfristig an dritter Stelle.

Im Landtag drängt die Opposition die Staatsregierung, mehr für die Kindergärten zu tun und die Kommunen zu entlasten. Gegenwärtig liegen Dringlichkeitsanträge vor, ein Kindergartenjahr für die Eltern „jetzt“ bzw. ab 2009 kostenfrei zu stellen. Die SPD denkt an das letzte, die Grünen an das erste Jahr. Die CSU-Fraktion andererseits knüpft an das Familienkonzept ihres Parteivorstands an und fordert ein kostenfreies Kindergartenjahr mittelfristig. Den aktuellen Finanzbedarf bezifferten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD) und Renate Ackermann (Grüne) auf etwa 100 Mio. Euro. Die seien bei heuer erwarteten 4,2 Mrd. Euro Mehreinnahmen des Staates und angesichts des Huber-Plans zur Steuerentlastung ohne Weiteres aufzubringen. Die Opposition stützt sich auf Erklärungen von Städte- und Gemeindegremien, der Staat müsse die Kosten voll übernehmen.

Im Landtag stimmte der sozialpolitische Sprecher der CSU, Joachim Unterländer, mit Sozialministerin Christa Stewens überein. Im CSU-Antrag wird ohne zeitliche und kostenmäßige Festlegung ein Konzept der Staatsregierung in Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden und denen der freien Wohlfahrt verlangt. Ob das erste oder letzte Kindergartenjahr kostenfrei werden soll, werde in einer Arbeitsgruppe erörtert. Laut Ministerin besuchen 99 % der Kinder das dritte Jahr. Frau Stewens stellte Qualität und Ausbau voran. Sowohl die Einstellung weiterer pädagogischer Kräfte als auch die Kapazitätserweiterung seien vordringlich. Inwieweit mehr Personal eingestellt werden könne, sei mit dem Finanzminister zu verhandeln. Ziel ist ein Anstellungsschlüssel von einem Betreuer für je zehn Kinder. Zunächst strebt Stewens 1:11,5 an mit Priorität der unter Dreijährigen. Die Ministerin verwies darauf, dass für etwa ein Drittel der Eltern schon jetzt keine Kosten anfallen, weil eine Reihe von Städten und Gemeinden darauf verzichten können. Es geht in den Verhandlungen u. a. um Elterngeld, Betreuungsgeld und Landeserziehungsgeld, wobei auch die Zuständigkeit des Bundes eine Rolle spielt.

Unterdessen haben sich in dieser Frage die kommunalen Spitzenverbände zu Wort gemeldet. So fordert der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Uwe Brandl, dass den Vorschlägen ein staatliches Finanzierungskonzept folgen müsse. Angesichts der immer noch angespannten Finanzsituation der Kommunen könnten Bildungs- und Betreuungseinrichtungen nicht kostenlos angeboten werden. In Bayern gibt es 372.000 Kindergartenplätze. Rund 100 Millionen Euro an Gebühren zahlen die Eltern in Bayern jährlich für diese Plätze (vgl. S. 4). **rm**

des Bankvorstands unterrichtet worden und habe „Ärger und steigende Wut“ verspürt.

Während sich Ausschussvorsitzender Peter Welnhöfer (CSU) auf ergänzende Fragen beschränkte, blieben seine Stellvertreterin Adelheid Rupp (SPD) und Dr. Sepp Dürr (Grüne) bei ihren Zweifeln an Hubers Verhalten. Huber und Falthäuser bekannten sich auch zum internationalen Geschäft der BLB. Das sei gesetzlich zulässig und auch für die Sparkassen sinnvoll. Die Opposition bezweifelte das. **rm**

gemeinschaften erheblich erschwert und es käme zu einer Verschlechterung der Eingliederung zu Lasten der Betroffenen. Das kann und darf nicht sein!“

Vor dem Hintergrund der laufenden Diskussion um die Neuorganisation der Hartz IV-Verwaltung erneuerten die Landkreise zudem ihren Lösungsvorschlag, jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt die Möglichkeit zu geben, Hartz IV in alleiniger Verantwortung wahrzunehmen. „Diesen Kompromiss sollte man anstreben und den interessierten Kreisen und Städten eine eigenverantwortliche Aufgabenerfüllung anbieten, um lokale Arbeitsmarktpotenziale noch besser heben zu können“, so DLT-Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Günter Henneke.

Chance zur entscheidenden Systemverbesserung

Landrat Claus Schick (Mainz-Bingen), dessen Landkreis in einer Arbeitsgemeinschaft mit der örtlichen Arbeitsagentur zusammenarbeitet, ergänzte, dass durch eine solche Erweiterung der Option für alle interessierten Kommunen die Chance zu einer entscheidenden Systemverbesserung bestehe. „In vielen Landkreisen, die in Arbeitsgemeinschaften engagiert sind, bestehen aufgrund der bisherigen Erfahrungen große Sympathien, das SGB II in Zukunft alleinverantwortlich umzusetzen. Man sollte diese kommunale Verantwortungsbereitschaft nicht brach liegen lassen, sondern ernst nehmen und aktivieren. Es ist ein Vorteil, wenn alle Hartz IV-Leistungen von einem Träger aus einer Hand erbracht und damit ganzheitliche Lösungen für die Arbeitslosen ermöglicht werden.“ □

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Horst Dunkel
87779 Trunkelsberg
am 20.6.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Karl-Heinz Deningner
97496 Burgpreppach
am 24.6.

Bürgermeister Reinhold Sing
89426 Wittislingen
am 24.6.

Bürgermeister Rolf Zeitler
85716 Unterschleißheim
am 27.6.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Martin Heiß
85135 Titting
am 30.6.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hubert Jung
82223 Eichenau
am 21.6.

Bürgermeister Christian Wiesner
89358 Kammeltal
am 25.6.

Bürgermeister Arthur Arnold
97502 Euerbach
am 27.6.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Dengler
93167 Falkenstein
am 29.6.

Bürgermeister Heinz Martini
96709 Tröstau
am 29.6.

Hinweis in eigener Sache:

Unsere Datenbank weist nach der Kommunalwahl Lücken auf. Wenn Sie als neugewählte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister mit der Bekanntgabe Ihres runden Geburtstags einverstanden sind, bitten wir um Mitteilung.



Auf Einladung des Gundremminger Ersten Bürgermeisters und ASKETA-Vorsitzenden Wolfgang Mayer (4. v. r.) tagten die Bürgermeister der 25 Standortgemeinden mit kerntechnischen Anlagen in Deutschland zusammen mit Bundestags- und Landtagsabgeordneten von Baden-Württemberg, Bayern und Mecklenburg-Vorpommern im Informationszentrum des Kernkraftwerks Gundremmingen im Bayerisch Schwäbischen Landkreis Günzburg: (v. l.): Karlfried Theilig (Obrigheim), Dr. Hartmut Pamme (Leiter Kernkraftwerke RWE Power), Wilfried Hansen (Brunsbüttel), Andreas Grossmann (Emmerthal/Lingen), Herbert Krüger (Gorleben), Matthias Lietz (MfL Mecklenburg-Vorpommern), Mario Dürr (Neckarwestheim), Dr. Hildgard Cornelius-Gaus (Biblis), Sabine Lutz (Grafenrheinfeld), Felix Büter (Ahaus), Dr. Alexander Nüsser (Grundsatzfragen E.ON Kernkraft), Dr. Helmut Bläsig (technischer Geschäftsführer Kernkraftwerk Gundremmingen), Dr. Georg Nüßlein (MdB, CSU), Ulrich Flöter (Stv., Gorleben), Wolfgang Mayer (Gundremmingen), Ivo Banek (Leiter Kommunikation, Vattenfall Europe Kernkraft), Monika Chef (MfL BW, Gemmrigheim), Friedrich-Wilhelm Schröder (stv. ASKETA-Vorsitzender, Gartow/Gorleben). Foto: Kernkraftwerk Gundremmingen

Arbeitsgemeinschaft der Standortgemeinden kerntechnischer Anlagen in Deutschland:

Ohne Kernenergie weder Klimaschutz noch bezahlbare Strompreise

ASKETA-Bürgermeister fordern mit Fünf-Punkte-Katalog Aufbrechen der energiepolitischen Erstarrung in Deutschland

Der aktive Beitrag der Kernenergie beim Klimaschutz sowie die gravierenden Folgen des angestrebten Kernenergieausstiegs für die Menschen in den Standortregionen die Versorgungssicherheit, den Umweltschutz und die Strompreise waren Hauptthemen der Jahrestagung der ASKETA-Arbeitsgemeinschaft der Standortgemeinden kerntechnischer Anlagen in Deutschland in Gundremmingen.

Ebenso setzten sich die Standortbürgermeister mit der Ende 2007 veröffentlichten Kinderkrebstudie sowie der Kommunikationsarbeit der Kernkraftwerksbetreiber auseinander. Ein weiteres Themenfeld war die unbefriedigende Endlagerungssituation, die sich verstärkt abzeichnende Auslandsorientierung der deutschen Kernkraftwerksbetreiber sowie der weltweite Kernenergieeinstieg bzw. -ausbau. Immerhin sind unter anderem in Großbritannien, Italien, Schweiz, Polen, Litauen, Estland, Lettland, Russland, Rumänien, Bulgarien, USA, China, Indien und Japan über 200 Kernkraftwerksblöcke geplant.

Deutscher Schlingerkurs

Nach Beratung und Diskussion der verschiedenen Fachvorträge ausgewiesener Experten zogen die Bürgermeister folgenden Tagungsfazit:

Der seit zehn Jahren anhaltende energiepolitische Schlingerkurs in Deutschland erfüllt die Bürgermeister der Standortgemeinden mit großer Sorge. Die Energiepolitik befindet sich nach wie vor auf einem Irrweg, der die öffentliche Meinung zur Kernkraft überwiegend kritisch beeinflusst. Suggestiert werden Alternativen, die gleichzeitig von jenen bekämpft werden, die diese befürworten. Dadurch mutieren dringend erforderliche Investitionen in neue Kraftwerke, Netze und Leitungen zu einem unkalkulierbaren Glücksspiel.

Wie der ASKETA-Vorsitzende, Bürgermeister Wolfgang Mayer aus Gundremmingen zusammenfasste, ist nach wie vor gänzlich ungeklärt, woher bei einer Abschaltung der bestehenden Kernkraftwerke die über 50 Prozent der Grundlaststromerzeugung kommen sollen. Zudem gingen bei einer Fortsetzung der starren Ausstiegs-Haltung nicht

nur die über 40.000 hoch qualifizierten und über Jahrzehnte krisensicheren Arbeitsplätze unwiederbringlich verloren. Mehr und mehr ins Abseits gerate damit auch das weltweit anerkannte, hohe deutsche Sicherheits-Know-how, weil die Standards zunehmend im Ausland bestimmt werden und die Arbeitsplätze im Ausland entstünden. Das aber kann keinesfalls im deutschen Interesse sein.

Finanzieller Aderlass und politische Blockadehaltung

Besorgt äußerte sich der Stellvertretende ASKETA-Vorsitzende Friedrich-Wilhelm Schröder aus der Samtgemeinde Gartow/Gorleben darüber, dass zukünftige politische Gremien der Standortgemeinden Gorleben von einer positiven Einstellung zur Untersuchung des Endlagers abrücken könnten. Durch den im Jahr 2000 verhängten Untersuchungsstopp der rot-grünen Vorgängerregierung ist ein Rückgang von 500 auf 60 Mitarbeiter eingetreten. Der finanzielle Aderlass in den Standortgemeinden des Endlagererkundungsbergwerkes Gorleben ist bereits eingetreten. Erhebliche Kaufkraftverluste sind zu verzeichnen, ohne dass seitens der Bundesregierung an irgendeinen Ausgleich gedacht worden ist. Der durch das Endlager erhoffte wirtschaftliche Aufschwung in den Standortgemeinden ist bisher ausgeblieben. Leider setze die schwarz-rote Koalition die unverantwortliche und kosten-treibende Hängepartie um die Endlagerstandorte fort. Schröder forderte, endlich die politische Blockadehaltung bei der Endlagerkonzeption aufzugeben, denn so oder so müsse eine vernünftige Lösung für die Abfälle gefunden werden und diese laute für die ASKETA: Gorleben und Schacht Konrad, wenn die Eignung zweifelsfrei gesichert ist.

Welche gravierenden Folgen die Schließung eines Kraftwerksstandortes auf die Gemeinde und deren umliegende Region



Kolumne Heinrich Lenz

Liebe Leserinnen und Leser,

Bei kommunalpolitischen Veranstaltungen, Vorträgen, Seminaren und vor allem auch bei der jährlichen Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms steht immer wieder die Erkenntnis ganz oben, dass für die Zukunftsfähigkeit Bayerns die weitere Stärkung und Priorisierung des ländlichen Raumes von entscheidender Bedeutung ist und möglichst gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Landesteilen anzustreben sind. Das ist eine seit Jahren bestehende politische Maxime. Mit Lippenbekenntnissen allein ist es aber nicht getan. Wo



junger und qualifizierter Menschen zu stoppen.

ÖPNV: Große Teile des Bayerischen Waldes wären ohne Individualverkehr komplett von der Außenwelt abgeschnitten. Beispielsweise müsste für eine Anreise von Hinterschmiding nach München (200 km) mit öffentlichen Verkehrsmitteln ein Zeitaufwand von mindestens 6 bis 8 Stunden in Kauf genommen werden (einfache Strecke). Hier sollte zumindest langfristig versucht werden, Verbesserungen zu erreichen (z. B. mehr Busse einsetzen, schnellere Zugverbindung von Passau nach München). Gerade auch wegen der explosionsartig gestiegenen Benzinpreise und des Wegfalls der Entfernungspauschalen sind hier die Tages- und Wochenpendler in mehrfacher Hinsicht benachteiligt. Wer täglich den hoch subventionierten Münchner Verkehrsverbund nutzen kann, kann sich glücklich schätzen.

Hausarztproblematik: Der Hausarzt ist unstrittig eine tragende Säule der ländlichen Gesamtinfrastruktur und ein wichtiger Ansprechpartner und Dienstleister der Kommunen. Für viele Patienten ist er zudem noch der einzige „Seelsorger“ am Ort. Auch wenn wir auf die Finanzausstattung bzw. auf das Tarifgefüge der kassenärztlichen Vereinigung keinen Einfluss nehmen können, sollten wir die Sorgen und Nöte der Ärzteschaft ernst nehmen und mit ihr Lösungsvorschläge diskutieren und erarbeiten. Nur so können wir die sich abzeichnenden Lücken in der ärztlichen Versorgung verhindern und vielleicht noch dazu beitragen, dass schon vakante Arztpraxen wieder neu besetzt werden. Medizinische Versorgungszentren sind für uns keine akzeptable Lösung.

Ein Steuerkraftvergleich gibt am besten Aufschluss über den Grad der Angleichung der Lebensverhältnisse in Bayern. Die Steuerkraft der Gemeinde Hinterschmiding beträgt aktuell 270,- /Person, in München/Unterföhring dürfte sie bei über 10.000,- liegen. Zugegeben: Hinterschmiding kann man nicht mit München vergleichen, aber gerade dieser Vergleich zeigt uns den bestehenden enormen Nachholbedarf des ländlichen Raumes, den wir durch entschlossenes Handeln und die Solidarität der starken mit den finanzschwachen Kommunen zwar nicht decken, aber zumindest abschwächen können.

Ihr Heinrich Lenz

Der ländliche Raum darf nicht nur auf dem Papier gestärkt werden!

sind die Defizite besonders eklatant? Ich darf dies an nur vier Beispielen kurz ausführen:

Breitbandanbindung - schneller Zugang ins Internet: Eine leistungsstarke Internetanbindung ist nicht nur für die Rathäuser selbst und ihre Außenstellen besonders wichtig, die Outsourcingangebote via Internet nehmen rasant zu, sie ist heute auch für die Ansiedlung von Unternehmen und für Familien mit schulpflichtigen Kindern gerade im demographisch besonders betroffenen Grenzraum zu Tschechien ein unverzichtbarer Standort- bzw. Wohnortfaktor. Die Fachwelt ist sich darüber einig, dass ein breitbandiger Internetzugang heute schon wichtiger ist als jeder andere „Verkehrsweg“ und an Bedeutung noch weiter zunehmen wird. Wer hier nicht mithalten kann, hat schon verloren. Deshalb muss die Nachrüstung in der Fläche unabhängig von einer Bedürfnisprüfung von allen Seiten mit Nachdruck verfolgt werden. Da sich diese Strukturschwäche aber nicht allein über den Markt lösen lässt, ist es nur folgerichtig, dass hier der Freistaat Bayern unterstützend eingreift und Fördermittel für diesen Zweck zur Verfügung stellt. Mit der IuK-Technik könnte es uns teilweise gelingen, die digitale Spaltung zwischen städtischen und ländlichen Regionen Bayerns zu beenden und den Wegzug

hat, verdeutlichte der Stellvertretende ASKETA-Vorsitzende Roland Lauer aus Obrigheim. Mit der sicherheitstechnisch nicht begründbaren vorzeitigen Stilllegung des Kernkraftwerks Obrigheim im Mai 2005 verloren bisher 200 direkt- und gut 300 indi-

600 Millionen Euro und an Investitionen rund 1,2 Milliarden Euro verloren. Dass davon die Standortgemeinden unverschuldet die Hauptlast tragen müssen, ist eine unumstößliche Tatsache. Wirtschaftliche und soziale Turbulenzen, weiß Bürgermeister

60 Millionen Euro und Auftragsverluste von rund 20 Millionen Euro. Zusätzlich verliert die Kommune wertvolle Arbeitsplätze und Steuereinnahmen, während die gesamte Wirtschaft rund 200 Millionen Euro pro Jahr an Aufträgen für Betrieb, Instandhaltung und Modernisierung abschreiben müsste; noch nicht eingerechnet seien dabei die Brennstoffkosten. Solche Verluste, so Bürgermeister Wolfgang Mayer, sind weder für eine Gemeinde noch das Land zu verkraften.

Fünf-Punkte-Katalog

Um dies weit über die betroffenen Standorte hinaus bewusst zu machen, formulierte die ASKETA zum Abschluss ihrer Tagung einen Fünf-Punkte-Katalog, mit dem sie eine an Sachfragen orientierte, ideologiefreie, energiepolitische Diskussion in Deutschland wieder in Gang bringen will. Gefordert wird:

1. Eine internationalen Beispielen folgende Neubewertung des deutschen Ausstiegsbeschlusses aus der Kernenergie mit entsprechender Gesetzesänderung, um Laufzeitverlängerungen für die bestehenden Kernkraftwerke unter der Maßgabe maximaler Anlagensicherheit zu ermöglichen.

2. Die Option auf langfristige Betriebsgenehmigungen für die bestehenden Kernkraftwerke unter der Maßgabe maximaler Anlagensicherheit, bis eine ökologisch und ökonomisch vernünftige, bezahlbare Energieform als Ersatz für die Grundlastabdeckung gefunden ist.

3. Die Umsetzung der Koalitionsvereinbarung zur konsequenten Schaffung von Endlagerverlusten in Höhe von rund

Anzeigen in der GZ

Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514
Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>
eMail: info@gemeindezeitung.de

rekt Beschäftigte ihren Arbeitsplatz, mit allen Konsequenzen für deren Familien. Obrigheim und seinem Umland ist an Kaufkraft, Wertschöpfung und Steuereinnahmen ein zweistelliger Millionenbetrag verloren gegangen. Nach Abschluss des vorgezogenen Rückbaus folgt dann um 2020 der finale Aderlass.

Konsequenzen für weit mehr als 100.000 Menschen

Bleibt es beim rot-grünen Ausstiegsbeschluss, hat die politische Abwicklung der deutschen Kernenergie gravierende Konsequenzen für weit mehr als 100.000 Menschen. Jahr für Jahr gehen nämlich an Kaufkraft rund

Lauer aus bitterer Erfahrung, sind geradezu zwangsläufig programmiert.

Vision für Gundremmingen

Was Obrigheim seit 2005 meistern muss, steht Gundremmingen noch bevor: In der rund 1.600 Einwohner zählenden Gemeinde leben fast 300 der insgesamt über 1.100 Kraftwerksmitarbeiter mit ihren Familien. Nach jetziger Gesetzeslage müssten beide Gundremminger Kraftwerksblöcke etwa Mitte des nächsten Jahrzehnts abgeschaltet werden. Die Stilllegung bedeutet jährlich für die Region Kaufkraftverluste in Höhe von rund

Kompakt-Info zur ASKETA

Die 1993 gegründete ASKETA - Arbeitsgemeinschaft der Standortgemeinden kerntechnischer Anlagen in Deutschland vertritt derzeit 25 Kommunen mit kerntechnischen Anlagen, darunter 15 Kernkraftwerksstandorte mit 17 „aktiven“ und drei stillgelegten Kernkraftwerksblöcken sowie den Zwischenlagern für radioaktive Reststoffe und auch Forschungseinrichtungen.

Die ASKETA ist Mitglied der GMF - Group of European Municipalities with Nuclear Facilities, in der sich schwedische, spanische, rumänische, slowenische, bulgarische und ungarische Standorte mit kerntechnischen Anlagen zu einer Interessensvertretung auf EU-Ebene zusammengeschlossen haben.

Die ASKETA hat sich zum Ziel gesetzt, die Position der Standortgemeinden in Deutschland zu stärken, die Kernenergie Diskussion wieder auf die Ebene der Sachlichkeit zu führen und aktiv in der GMF mitzuarbeiten. Sachargumente sollen helfen, neben den ökologischen Gesichtspunkten die Ökonomie nicht ganz außer Acht zu lassen. Deshalb strebt die ASKETA eine Aufhebung der Laufzeitbeschränkungen deutscher Kernkraftwerke an. Einziges Kriterium für den weiteren Betrieb muss der Sicherheitszustand der Anlagen entsprechend Recht und Gesetz sowie die Bereitstellung entsprechender Endlagerkapazitäten. □

Warnung vor Blackouts ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Zukunftsfrage die bayerischen Bürger hinter uns haben. Sichere Kernkraftwerke sind als Wegbereiter für den Siegeszug der erneuerbaren Energien noch unverzichtbar. Sie sind die Brücke zu einer erneuerbaren Energie-Wirtschaft.“ Das Bayerische Kabinett hat gestern ein 10-Punkte-Programm für die Energiepolitik verabschiedet mit den Zielen, den Anteil der erneuerbaren Energie in Bayern bis 2020 auf 20 Prozent des Endenergieverbrauchs zu verdoppeln, die Energieeffizienz um 30 Prozent zu steigern und den CO₂-Ausstoß pro Kopf von jetzt 7 Tonnen auf deutlich unter 6 Tonnen zu reduzieren.

Energie sparen, Erneuerbare ausbauen, Kernkraftwerke nutzen

„Eine sichere, bezahlbare und klimafreundliche Energiepolitik auch in Zukunft zu gewährleisten, ist eine gewaltige Herausforderung. Aber wir können sie bestehen: Mit einer verantwortungsbewussten und langfristig angelegten Energiepolitik, mit innovativen und investitions-willigen Energieunternehmen und mit der Kreativität der energie-technischen Wissenschaft.“ So fasst Bayerns Wirtschaftsministerin Emilia Müller die Ergebnisse des Energiekongresses der Staatsregierung zusammen.

Verlängerung der KKW-Laufzeiten

„Energie sparen, erneuerbare Energien ausbauen, Kernkraftwerke weiter nutzen - das sind die Gebote der Stunde“, betonte Müller. Die Expertenbeiträge auf dem Kongress hätten große Potenziale für mehr Energieeffizienz und eine verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien aufgezeigt. Es gelte nun, sie zu realisieren. „Mit gezielten, das Instrumentarium des Bundes ergänzenden Maßnahmen leistet Bayern hier Hilfestellung“, erklärte die Ministerin. „Wir wollen in Bayern die Energieproduktivität bis 2020 um mindestens 30 % steigern. Und wir wollen den Anteil der erneuerbaren Energien an unserer Energieversorgung bis dahin verdoppeln.“

Klar sei aber auch geworden, dass Stromsparen und erneuer-

Ohne Kernenergie ...

(Fortsetzung von Seite 3)
gerkapazitäten zur Entsorgung der verschiedenen radioaktiven Abfälle.

4. Ein wirtschaftliches Nachfolgekonzept für von Schließungen betroffene Standortgemeinden durch die Bundes-beziehungsweise die jeweiligen Landesregierungen.

5. Ein ganzheitliches, ideologiefreies, bezahlbares und belastbares und auf einem breiten Energiemix beruhendes Energieversorgungskonzept durch die Bundesregierung unter Ein-schluss sowohl der regenerativen Energien als auch der Kernenergie, die angesichts des weltweiten Klimawandels als praktisch CO₂-freie, überall verfügbare und bezahlbare Grundversorgungsenergie auch in Deutschland neu bewertet werden muss.

Der ASKETA-Vorsitzende Mayer wurde von den Standort-bürgermeistern beauftragt, den Fünf-Punkte-Katalog in Richtung Bundesregierung auf den Weg zu bringen und damit an alle Verantwortung tragenden Politiker beim Bund und in den Ländern zu appellieren, für ein nachhaltiges ökologisches Gleichgewicht, für eine nachhaltige soziale Gerechtigkeit und für ein nachhaltiges Wirtschaften einzutreten. □

bare Energien auf absehbare Zeit nicht die Stromerzeugung in den bayerischen Kernkraftwerken kompensieren können, die derzeit über 60 % des bayerischen Stromverbrauchs decken. „Mein strategisches Ziel ist, dass Bayern nicht von Stromimporten abhängig wird. Wir brauchen deshalb die Verlängerung der Laufzeiten unserer sicheren, CO₂-freien und wettbewerbsfähigen Kernkraftwerke als Brücke zu den erneuerbaren Energien“, so die Ministerin.

Wettbewerbsfähige Preise

Prof. Dr.-Ing. Alfred Voß von der Universität Stuttgart stellte die Entwicklung der Energieversorgung in Bayern bis zum Jahr 2030 dar. Dr. Johannes Theysen, COO und Stellvertreter der Vorstandsvorsitzender der E.ON AG, versicherte, dass sich die Energiewirtschaft den Herausforderungen der Zukunft stelle. Sie werde effizienter, handle international und auf erneuerbare Energien und CO₂-freie Stromerzeugung.

Dr. Bernhard Langhammer von InfraServ Gendorf erläuterte, wie sehr Deutschlands Indus-

trie auf wettbewerbsfähige Energiepreise angewiesen ist. Verlässliche politische Rahmenbedingungen seien Grundvoraussetzungen für eine leistungsfähige Wirtschaft.

Dass Bayern ideale Voraussetzungen für die Nutzung erneuerbarer Energien bietet zeigte der Vortrag von Prof. Dr.-Ing. Ulrich Wagner von der TU München. Bayern sei Spitzenreiter bei den erneuerbaren Energien. Bei deren Ausbau, so Ministerin Müller, wolle der Freistaat einen Schwerpunkt auf die Biomasse legen. Prof. Dr.-Ing. Martin Faulstich von der TU München bestätigte, dass Bayern das Potenzial bietet, den Anteil der Biomasse erheblich zu steigern.

Verbesserung der Wirkungsgrade

Die Energie, die die Sonne in einer einzigen Stunde auf die Erde sendet, würde den Planeten ein ganzes Jahr lang versorgen – wenn man sie komplett nutzen könnte. Prof. Dr. Vladimir Dyanov von der Julius-Maximilians-Universität Würzburg und der ZAE Bayern berichtete über aktuelle Entwicklungen bei der

Photovoltaik. Zentrale Herausforderung für die Nutzung solarer Strahlungsenergie sei jedoch die Kostensenkung bzw. Wirkungsgradverbesserung. Nur dann könne die Photovoltaik wettbewerbsfähig werden.

Geothermische Ressourcen

Ideal hingegen sind in weiten Bereichen des Freistaats die Voraussetzungen zur Nutzung geothermischer Ressourcen. Sie gewinnen immer mehr an energie- und wirtschaftspolitischer Bedeutung. Die Nutzung der Tiefengeothermie erläuterte Prof. Dr. Rüdiger Schulz vom Institut für Geowissenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben, Hannover.

Kraft-Wärme-Kopplung

Herbert Dombrowsky, Vorstandsvorsitzender der N-ERGIE AG Nürnberg schilderte die Leistungsfähigkeit der kommunalen Energieversorgung in Bayern. Die Kommunen des Freistaats gewährleisten mit hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen einen unverzichtbaren Beitrag zur verbrauchs- und klimaschonenden Energiebereitstellung.

Dass Energieeinsparung in Gebäuden einer der wirtschaftlich-

ten Wege zur Vermeidung von CO₂-Emissionen ist zeigte der Vortrag von Prof. Dr.-Ing. Gerhard Hausladen von der TU München. Es ist möglich, mit einem Minimum an Energie ein

Maximum an Wohlbefinden in Gebäuden zu erreichen.

Sämtliche Vorträge sind im Internet abrufbar unter <http://www.energiekongress-bayern.de/>. □

Vom Bordstein bis zum Seniorenheim

Präsentation des Leitfadens für Kommunale Seniorenpolitik

Von der Bordsteinkante bis zum Seniorenheim - den Kommunen öffnen sich vielfältige Ansätze, um Politik für Senioren zu betreiben. Welche Möglichkeiten bestehen im Einzelnen für kleinere Gemeinden oder für Großstädte? Ein in Zusammenarbeit mit Bayerischem Städtetag, Gemeindetag, Landkreistag, Verband der Bezirke erarbeiteter Leitfaden des bayerischen Sozialministeriums gibt Antworten. Im Rahmen einer Tagung über kommunale Seniorenpolitik präsentierte nunmehr Sozialstaatssekretärin Melanie Huml das Gemeinschaftswerk. „Erstmals gibt ein umfassender Leitfaden den Kommunen eine Hilfestellung an die Hand“, erklärte Bürgermeister Rudolf Heiler aus Grafing für die kommunalen Spitzenverbände.

Keine Kommune kann sich den Folgen der demografischen Entwicklung entziehen: Derzeit leben in Bayern rund 2,3 Millionen über 65-Jährige, im Jahr 2050 sollen es nach Schätzung des Statistischen Landesamtes etwa 3,5 Millionen sein. Der Blick von Kommunen richtet sich künftig noch schärfer auf die Probleme von Senioren.

Gesamtkonzept

Der Leitfaden ist zweigeteilt: Er gibt Anregungen für Landkreise und kreisfreie Städte ebenso wie für kreisangehörige Städte und Gemeinden. Somit soll die Basis für ein seniorenpolitisches Gesamtkonzept geschaffen werden. Der Leitfaden bietet eine umfassende und anschauliche Hilfestellung. Die Broschüre umreißt wichtige Handlungsfelder und erläutert sie mit Beispielen aus der Praxis.

Die Probleme für Senioren beginnen schon vor der Haustür: Wie etwa kommt die Oma mit dem Rollwagen zum Einkauf? Eine hohe Bordsteinkante kann eine Hürde für Senioren sein. Städte und Gemeinden denken an barrierefreie Wege, senken Gehsteige an Straßenübergängen, um Gehwege für Rollwagen befahrbar zu machen. Und wo kann unsere Oma einkaufen? Wie sollen sich Senioren versorgen, wenn Supermärkte nur noch am Ortsrand stehen, wenn Einkaufszentren nur mit dem Auto zu erreichen sind? Senioren benötigen Einkaufsmöglichkeiten, die zu Fuß erreichbar sind. Dies betrifft in Großstädten die Bauleitplanung, die darauf achtet, Lä-

den in der Nachbarschaft zu halten. In kleineren Gemeinden schärft sich inzwischen das Bewusstsein für die Notwendigkeit der Nahversorgung, wenn etwa Dorfläden entstehen oder sich Lieferdienste für Gehbehinderte und Kranke gründen. Wenn sich herkömmliche Strukturen einer Großfamilie auflösen, gewinnen nachbarschaftliche Netzwerke an Bedeutung. Ehrenamtsbörsen vermitteln Hilfen bei Einkäufen oder schaffen einen Fahrdienst. Und nicht nur das: Zur Entlastung von pflegenden Angehörigen rückt der Ausbau von ambulanten Pflegemöglichkeiten in den Vordergrund. Solche Bemühungen zielen darauf, ältere und pflegebedürftige Menschen möglichst lange in der gewohnten Umgebung wohnen lassen zu können.

Ansprechpartner

Der Leitfaden zeigt eine Fülle an Möglichkeiten vom betreuten Wohnen bis zu stationärer Pflege vor Ort. Dazu gehört auch die Berufung eines Seniorenbeauftragten, der an der Schnittstelle zwischen Kommune und den Bürgern arbeitet. Seniorenbeauftragte können die ersten Ansprechpartner sein, um Bürger an die jeweiligen Fachstellen und Einrichtungen zu vermitteln. Die Kommunen leisten jetzt und in der Zukunft eine Menge, um die Lebensbedingungen für Senioren in Bayern weiter zu verbessern.

Die Broschüre kann von der Internetseite des Sozialministeriums www.stmas.bayern.de heruntergeladen werden. □

Jedem Kind ein Instrument ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Prozent von der Sparkasse Donauwörth finanziertes Pilotprojekt gestartet, das auf eine äußerst positive Resonanz bei Schülern, Eltern und auch bei den Musikvereinen gestoßen ist. Das Projekt läuft wie folgt: An den Grundschulen wird im ersten Jahr Blockflöte und Glockenspiel angeboten. Die Kinder werden spielerisch klassenweise an Rhythmus und Notation herangeführt. Den Unterricht halten Lehrkräfte der jeweiligen Grundschule. In der 2. Jahrgangsstufe wird klassenweise Unterricht durch die Lehrer einer Schule gegeben. Zur Verfügung steht ein „Karussell“ mit zehn bis zwölf Instrumenten, jeweils gesponsert von der Sparkasse Donauwörth. Im 3. Grundschuljahr entscheiden sich die Kinder dann für ein Instrument, um spätestens im Jahr darauf die Instrumente im Rahmen eines Ensemblespielen zu können. Die Teilnahme der Schüler ist freiwillig.

Sponsoren gesucht

„Die Finanzierung einer bayernweiten Initiative müsste im Detail noch diskutiert werden“, betonte der Landesvorsitzende. Ähnlich wie in Nordrhein-Westfalen könnte dies beispielsweise durch eine Beteiligung des Freistaats, der Kommunen und von weiteren örtlichen Sponsoren wie Kreissparkassen oder Firmen gewährleistet werden. Sparkassenverbandspräsident Dr. Siegfried Naser jedenfalls könne sich - so habe er im Gespräch mit Röble signalisiert - durchaus vorstellen, im Falle einer offiziellen Anerkennung des Projekts durch die Staatsregierung die Initiative zu unterstützen.

Investitionsstau

Intensiv befasste sich die KPV auch mit der Umverteilung der Mittel nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG). Angesichts der positiven kommunalen Einnahmewirtschaft sind viele Kommunen endlich finanziell und politisch in der Lage, den in den vergangenen Jahren und von den Kommunen in der Regel unverschuldet entstandenen Investitionsstau abzubauen. Daher ist mit einem erheblichen Antragsanstieg auf GVFG-Fördermittel zu rechnen. Gleichzeitig soll der Anteil der GVFG-Mittel für den Straßen-

bau um 40 Mio. Euro und der Fördersatz auf unter 50 Prozent abgesenkt werden.

Aus Sicht der CSU-Kommunalpolitiker sind die GVFG-Mittel nicht zuletzt auch ein wichtiges und wirksames Instrument der mittelständischen Wirtschaftsförderung, weshalb die Meinung vertreten wurde, dass die Fördermittel und Fördersätze für den Straßenbau mindestens auf das ursprüngliche Niveau und nicht zu Lasten des ÖPNV zurückgeführt werden sollten. Die KPV wird diese Position gegenüber der Staatsregierung zum Ausdruck bringen.

Flächendeckende medizinische Versorgung

Die Sicherung der patientennahen haus- und fachärztlichen Versorgung in Bayern ist ein weiteres erklärtes Ziel christlich-sozialer Politik. Wie der zuständige Referent der CSU-Landesleitung Robert Höcherl hierzu erläuterte, trete die CSU vehement für eine auf die niedergelassenen Ärzte bauende flächendeckende medizinische Versorgung ein. Eine „Amerikanisierung“ des Gesundheitswesens werde abgelehnt.

Gesundheitsreform

Auch in den Verhandlungen zur Gesundheitsreform habe sich die CSU am nachdrücklichsten und gegen große Widerstände in der SPD für die Stärkung des freien Arztberufes, den Erhalt der Privaten Krankenversicherung (PKV) und die Verhinderung von Nachteilen des Gesundheitsfonds für Bayern eingesetzt. Dank der CSU blieben die Be- und Entlastungen für die Krankenkassen in einem Bundesland auf höchstens 100 Mio. Euro jährlich begrenzt (Konvergenzklausel).

Gegenüber Bundesgesundheitsministerin Schmidt tritt die CSU laut Höcherl vehement dafür ein, schnellstmöglich Klarheit über die derzeit noch offenen Fragen bei der weiteren Umsetzung der Gesundheitsreform zu schaffen. Die CSU fordert daher u. a. die Vergütungsreform so zu gestalten, dass über länderspezifische Besonderheiten den niedergelassenen bayerischen Vertragsärzten vom 1. Januar 2009 an das bisherige Honorarvolumen (Erhalt des Status Quo) und im weiteren Verlauf die Möglich-

keit für eine Steigerung der Vergütung gewährleistet wird.

Weiter sollen unverzüglich in den Vereinbarungen und gesetzlichen Vorgaben entsprechendes Gutachten zur Konvergenzklausel vorgelegt und die Umsetzung der Konvergenzklausel sichergestellt werden. Außerdem seien die Insolvenzfähigkeit der gesetzlichen Krankenkassen rechtlich zu prüfen und zu lösen und der Vorrang des eigenständigen Verhandlungsmandats der Hausärzte im Rahmen der hausarztzentrierten Versorgung sicherzustellen. Schließlich müsse der Start des Gesundheitsfonds verschoben werden, wenn die vorgenannten Voraussetzungen nicht erfüllt sind. Die bayerischen Patienten und niedergelassenen Ärzte dürften am Ende nicht als Verlierer dastehen.

Impulse und Vorschläge für das Wahlprogramm

Auf Wunsch von CSU-Generalsekretärin Christine Haderthauer, MdB, hat die Kommunalpolitische Vereinigung ebenso wie andere Arbeitsgemeinschaften der Partei inhaltliche Impulse und Vorschläge für das Wahlprogramm zur Landtags- und Bezirkstagswahl erarbeitet. Das vom KPV-Hauptausschuss einstimmig beschlossene Papier wird parteiintern weitergeleitet. Zu den Themenvorschlägen zählen der kommunale Finanzausgleich, die flächendeckende Versorgung mit DSL, Straßen- und Schienennetze, ÖPNV, Bildungschancen für alle, jedem Kind ein Instrument, die Förderung des Schulsports, die Haus- und Fachärzteversorgung sowie die Familienpolitik, wobei das jüngst vom Parteivorstand verabschiedete Grundlagenpapier ausdrücklich begrüßt wurde. Mit Blick auf das mittelfristig geplante kostenfreie Kindergartenjahr sei auf die Konnexität zu verweisen.

Dies entspricht auch der Meinung von Gemeindegatspräsident Dr. Uwe Brandl. Dem CSU-Vorschlag müsse ein staatliches Finanzierungskonzept folgen. Angesichts der weiterhin angespannten Finanzsituation der Kommunen könnten Bildungs- und Betreuungseinrichtungen nicht kostenlos angeboten werden. Bei der Diskussion geht es um Beträge, die dreistellige Millionenhöhe erreichen könnten. **DK**

Konzept für Jugendsozialarbeit an Schulen:

Dodell fordert Weiterentwicklung

„Wir wollen die Jugendsozialarbeit an allen bayerischen Schulen weiter ausbauen“, sagte die stellvertretende Vorsitzende der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, Renate Dodell. Jugendsozialarbeit an Schulen ist eine besonders intensive Form der Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule.

In einem Antrag fordert die Fraktion die Staatsregierung auf, neben Haupt-, Förder-, und Berufsschulen auch die Grundschulen, Realschulen und Gymnasien nach Bedarf in das bereits bestehende Konzept der Jugendsozialarbeit aufzunehmen. Mit dem Programm unterstützt der Freistaat die Landkreise und kreisfreien Städte bei der Jugendsozialarbeit.

Hintergrund des Antrags sei, so Renate Dodell, der steigende Bedarf an diesem Unterstützungsangebot bei vielen Schulen und der damit verbundene Ruf nach staatlicher Förderung. Dies habe sich deutlich bei einem Fachgespräch der CSU-Fraktion zur Jugendsozialarbeit an Schulen im Frühjahr dieses Jahres gezeigt. Priorität habe für die CSU-Fraktion die Grundschule. „Gerade bei den Jüngsten kann mit der Jugendsozialarbeit viel Gutes bewirkt werden“, sagte Dodell. „Aber auch an Realschulen und Gymnasien brauchen wir mehr Sozialarbeiter oder mehr Stunden für Beratungslehrer bzw. Schulpsychologen“. Die soziale, schulische und berufliche Integration von Jugendlichen mit schwierigem persönlichen oder familiären Hintergrund müsse in jeder Schulform gefördert werden. Kein Kind dürfe deshalb auf seinem Bildungsweg scheitern. „Es ist unser gemeinsames Anliegen, die Bildung und Erziehung der Kinder bestmöglich zu gestalten und zu helfen, wo es nötig ist“, betonte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Dabei stünden die Kommunen in der Mitverantwortung.

Bereits im Nachtragshaushalt 2008 wurden Mittel für 164 weitere Stellen in der Jugendsozialarbeit an Schulen bereitgestellt. Das Ausbauziel für Haupt-, Förder- und Berufsschulen von 350 Stellen bis 2012 soll dadurch bereits 2009 erreicht werden. □

E.ON Bayern:

Umwelt- und Innovations-Preis tragen Früchte

E.ON Bayern nimmt den Tag der Umwelt zum Anlass, mit Trägern des Umweltpreises über den aktuellen Stand der Projekte zu sprechen. Da staunten selbst die Experten des Energiedienstleisters: Der Umweltpreis, den das Unternehmen der Marktgemeinde Schöllkrippen vor zwei Jahren verliehen hatte, trägt Früchte, von denen nicht nur die Umwelt sondern auch die Kommune und deren Besucher profitieren. Ludwig Schiebler, Leiter Regionalleitung Unterfranken von E.ON Bayern sieht damit das Ziel erreicht, mit dem Umweltpreis aktives Engagement zu fördern. „Der Ideenreichtum für eine bessere Umwelt ist groß, und wir wollen dazu beitragen, dass viele gute Ideen auch umgesetzt werden können“, so Schiebler.

Wie sich Günter Jira von E.ON Bayern bei einem Besuch bei Bürgermeister Reiner Pistner in der Vorspessartgemeinde überzeugen konnte, ist das Naturerlebnisbad zu einem Musterbeispiel für naturnahe Badeanlagen geworden, in dem Einheimische und Gäste ungetrübtes Badevergnügen genießen. Auf 2.350 qm Wasserfläche im Schwimmbereich sind hervorragende Wasserqualität, sparsamer Wasserverbrauch und schonender Umgang mit der Natur vorbildlich miteinander verbunden. Ökologische Verfahren zur Wasserreinigung vermeiden den Einsatz von Chemikalien.

Schöllkrippen profitiert

Die biologische Reinigung des Badewassers erfolgt in den beiden separat angelegten Regenerationsteichen. Hier werden in einem von der Natur abgeschauten Selbstreinigungsverfahren Verunreinigungen des Badewassers auf rein biologischem Wege in mineralische Salze umgewandelt. Zahlreiche Wasserpflanzen in den Regenerationsteichen, wie Schilf und Seerosen, nutzen diese Nährstoffe und geben dem Bad sein ganz besonderes Ambiente. Technisch aufwändige und Energie fressende Reinigungssysteme mit hohem Chloreinsatz gehören der Vergangenheit an. Das Wasser ist deshalb sehr gut verträglich, es wird durch die Gesundheitsbehörden ständig kontrolliert.

Naturerlebnisbad um weiteres Projekt ergänzt

Mit dem Preisgeld des Hauptpreises in Höhe von 50.000 Euro konnte das Naturerlebnisbad um ein weiteres Projekt ergänzt werden: In direkter Nachbarschaft errichtete die Gemeinde einen Wohnmobilstellplatz, der auch dank ADAC-Empfehlung immer mehr frequentiert wird. „Das Bad in wunderschöner landschaftlicher Lage, mit natürlichem Sprungfelsen und einer Wassergrotte im Schwimmteich, mit Spielbach, Hängebrücken, Beachvolleyballfeld sowie attraktiver Cafeteria ist nicht nur eine Attraktion in der Region, sondern auch ein begehrtes Ziel für Wohnmobil-Touristen. Wir haben schon Stammgäste, die jedes Jahr gerne wieder kommen“, freut sich Bürgermeister Reiner Pistner und stellt weitere Verbesserungen in Aussicht. In diesem Jahr sind die Umkleidekabinen an der Reihe.

Dotation 250.000 Euro

Der Umweltpreis von E.ON Bayern ist mit insgesamt 250.000 Euro dotiert und wird in diesem Jahr bereits zum vierten Mal verliehen. Mit dem Preis soll die Einführung und Umsetzung innovativer energie- und umweltschonender Projekte unterstützt werden. Schirmherr ist der bayerische Staatsminister für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, Dr. Otmar Bernhard. In den vergangenen Jahren sind insgesamt 33

München ausgezeichnet werden. Unter den Einreichungen sind auch wieder zehn Projekte aus Unterfranken.

Weltweiter Tag der Umwelt

Am 5. Juni 1972 wurde in Stockholm die Konferenz der Vereinten Nationen zum Schutz der Umwelt eröffnet. In Erinnerung an diese Eröffnung wurde der 5. Juni zum jährlichen Tag der Umwelt erklärt. Seitdem beteiligen sich weltweit jährlich über 100 Staaten mit verschiedensten Veranstaltungen an diesem Tag. Auch in Deutschland

hat der Umwelttag eine lange Tradition. Im Jahre 1976 beschloss die 6. Bund-Länder-Umweltminister-Konferenz, den 5. Juni auch in der Bundesrepublik Deutschland zu begehen. Staatliche und kommunale Stellen führen Veranstaltungen durch, die zum umweltbewussten Verhalten motivieren.

Beispiel Arnstein

Vom Innovationspreis, den das Unternehmen der Stadt Arnstein im Jahr 2003 verliehen hatte, profitiert nicht nur die Umwelt sondern auch die Kommune und deren Bewohner. Wie sich Rolf Freudenberger, Leiter Kommunen und Kooperationen bei E.ON Bayern, bei einem Besuch der „Dorf GmbH“ überzeugen konnte, war das Projekt „energetische Stadterneuerung im Stadtteil Binsfeld“ ein voller Erfolg.

Mit dem Preisgeld in Höhe von 100.000 Euro konnte der

Bau der Biomasse-Heizzentrale im neuen Feuerwehrhaus mit einer großen 75-kW-Solaranlage auf dem Dach realisiert werden. Die Kombination der beiden umweltfreundlichen Anlagen dient als Grundlage für eine CO₂-freie Wärmeherzeugung in Binsfeld. Seit Inbetriebnahme im November 2004 wurden die CO₂-Emissionen bereits um 40 Prozent reduziert. Das Ziel einer Reduktion um 80 Prozent in den nächsten 15 Jahren wird also sicher erreicht werden.

Wertschöpfung vor Ort

„Durch ganzheitliche und energetische Planung im Altort wurde Binsfeld noch attraktiver für Sanierungswillige und junge Familien, und das Projekt hält die Wertschöpfung vor Ort in der Region“, erläutert Ideengeber Franz-Josef Sauer, Geschäftsführer „Das Dorf Service GmbH“. Die umweltfreundli-

che und kostengünstige Wärmeversorgung sei eine wichtige Grundlage für die ländliche Entwicklung. Aktiver Klimaschutz habe mehrere Dimensionen, bei ihm im Dorf habe das Projekt auch den sozialen Zusammenhalt wesentlich gestärkt, so Sauer.

Beispielhafte Gemeinschaft

„Das Projekt wurde erst durch diesen Preis realisierbar, somit hat E.ON Bayern die Zukunft Binsfelds mitgetragen und gefördert“, freut sich Bürgermeisterin Linda Plappert-Metz. Das Besondere an der Umsetzung der Idee sei, dass sich die Bürger tatkräftig daran beteiligt und großes Interesse an Planungen und Umsetzungen gezeigt hätten. Dieses gemeinschaftliche Wirken füreinander und miteinander sei laut der stolzen Bürgermeisterin beispielhaft. □



Papa spart jetzt 150 Euro beim Strom – und schont mit Wasserkraft auch noch die Umwelt!

E.ON AquaPower ist eines der günstigen Ökostromprodukte in Deutschland – aus 100 % Wasserkraft, mit null CO₂-Ausstoß. Als Deutschlands größter Erzeuger erneuerbarer Energien aus Wasserkraft sichert E.ON schon heute die Energieversorgung zukünftiger Generationen.



Sparen Sie 150 Euro beim Strom – wertvolle Tipps finden Sie im EnergieSpar-Paket:

www.eon-bayern.com/energiesparen

Mit Sicherheit faire Preise

e.on | Bayern



Die Vorsitzende des Industrieausschusses des Europäischen Parlaments, Dr. Angelika Niebler, hieß hohen internationalen Besuch willkommen. Zu Gast waren der frühere UNO-Generalsekretär, Kofi Annan (vorne Mitte) und der frühere Präsident der Sowjetunion, Michael Gorbatschow (rechts daneben sitzend).

Energieeffizienz:

Beitrag zur Senkung von Treibhausgasemissionen

Global Energy Conference im Europäischen Parlament

„Eine Steigerung der Energieeffizienz ist eines der wirksamsten Mittel zur Senkung der Treibhausgasemissionen“, sagte die Vorsitzende des Energie- und Industrieausschusses des Europäischen Parlaments, Angelika Niebler, anlässlich der Eröffnung der Global Energy Conference im Europäischen Parlament. Als Gastredner begrüßte sie den ehemaligen UNO-Generalsekretär, Kofi Annan, den ehemaligen Präsidenten der Sowjetunion, Michael Gorbatschow, und den Präsidenten des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering.

„Die Herausforderung ist ganz klar. Wir müssen mit denselben Ressourcen, die uns derzeit zur Verfügung stehen, mehr erreichen. Die neuen Rekordmarken beim Ölpreis dürften auch die letzten Zweifler überzeugt haben“, so die oberbayerische CSU-Europaabgeordnete Angelika Niebler. Um die Energieeffizienz in der Welt zu erreichen, habe die Europäische Union bereits erste wichtige Schritte getan. So stelle zum Beispiel das 7. Forschungsrahmenprogramm insgesamt 2,4 Milliarden Euro für die Energieforschung zur Verfügung.

Gegenseitige Bereicherung

Auch das Europäische Parlament scheut weder Mühe noch Kosten, um als Vorbild auf dem Gebiet der Energieeffizienz voranzugehen. Hans-Gert Pöttering, Präsident des Europäischen Parlaments, erklärte, dass das Parlamentsgebäude in Brüssel seine Energieversorgung zu 100% aus erneuerbaren Energiequellen speise. „Genau dies entspricht der Grundüberlegung, dass wir der Herausforderung des Klimawandels nur gemeinsam begegnen können und dass die gegenseitige Bereicherung mit funktionierenden Ideen dazu einen wesentlichen Beitrag leisten kann“, so Pöttering weiter.

„Wir sitzen alle im gleichen Boot“

Dass die Welt bereit ist, sich der Herausforderung Klima- und Umweltschutz zu stellen, machten Michael Gorbatschow und Kofi Annan deutlich. Gorbatschow, der am Abend zuvor im Europäischen Parlament für sein Lebenswerk mit dem Energy Globe ausgezeichnet worden war, sprach darüber, was Umweltschutz für jeden von uns bedeutet. „Die wichtigsten Probleme unserer Zeit sind alle eng mit der Ökologie verknüpft - seien es Armut, Luft- und Wasserqualität, unhygienische Verhältnisse oder niedrige Produktivität der Landwirtschaft“, so Gorbatschow. Er forderte die Welt dazu auf, gemeinsam gegen Klimawandel und Umweltverschmutzung zu kämpfen: „Wir müssen verstehen, dass wir alle im gleichen Boot sitzen und rudern müssen, sonst rudern die einen und die anderen schütten Wasser ins Boot und andere schlagen Löcher in den Rumpf. In so einer Welt gewinnt niemand.“

Klimawandel als Bedrohung

Auch Annan machte sich für ein gemeinsames Vorgehen im Kampf gegen Klimawandel stark. „Klimawandel ist eine

Wege aus der Erdöl-Krise

erdgas schwaben setzt auf Alternativen

Der Weltpreis für Rohöl erreicht historische Höchststände, die Zeiten, in denen Öl als günstiger Energielieferant gelten konnte, sind wohl definitiv vorbei. Das Ende des Ölzeitalters? In jedem Fall: Zeit, umzudenken!

erdgas schwaben verfolgt seit gut zwei Jahren eine eigene „weg vom Öl-Strategie“. Jährlich investiert Schwabens größter Energieversorger über 10 Mio. Euro in erneuerbare Energien. In Dillingen beispielsweise ging im Januar 2008 der größte Biomasse-Heizkessel Schwabens in Betrieb und versorgt seither mit umweltschonender Bio-Wärme aus Waldhackschnitzeln aus der Region.

Dillinger Anlage

Die Dillinger Anlage liefert genug Bio-Energie, um damit 4.500 Haushalte CO₂-neutral versorgen zu können. „Eine regionale und nachhaltige Energieversorgung spielt für uns ei-

ne ganz zentrale Rolle“, so Umweltbotschafter Klaus-Peter Dietmayer, kaufmännischer Geschäftsführer erdgas schwaben. Die größte Bio-Erdgasanlage dieser Art in Graben speist Bio-Erdgas bereits ins Erdgasnetz ein. In Graben werden so über 13.000 Tonnen CO₂ eingespart. Erdgas schwaben arbeitet an weiteren Bio-Energieanlagen in Mindelheim, Kaufbeuren und Bio-Erdgasanlagen in Maihingen und Dillingen.

Beispielhafte Projekte

Im Anschluss an die Diskussion wurden in der gemeinsamen Konferenz des Europäischen Parlaments und der Energy Globe Foundation beispielhafte Energieeffizienz-Projekte aus Asien, Afrika, Amerika, Europa und Australien vorgestellt. „Um unseren Energiehunger zu stillen, müssen wir Technologien entwickeln, mit denen wir unseren Lebensstandard erhalten und gleichzeitig unsere Ressourcen schonen können“, kommentierte Niebler. „Europa scheut sich nicht, dabei eine Vorreiterrolle zu übernehmen - aber alleine können wir es nicht schaffen.“

Energiewende im Visier

Entscheidend ist die weltweite Deckung des Energiebedarfs. „Nur wenn Länder mit hohem Energiebedarf wie die USA oder solche mit stark wachsendem Energiehunger, wie China und Indien, mitziehen, können wir die weltweite Energiewende schaffen“, sagte die Vorsitzende des Energie- und Industrieausschusses des Europaparlaments abschließend.

ne ganz zentrale Rolle“, so Umweltbotschafter Klaus-Peter Dietmayer, kaufmännischer Geschäftsführer erdgas schwaben. Die größte Bio-Erdgasanlage dieser Art in Graben speist Bio-Erdgas bereits ins Erdgasnetz ein. In Graben werden so über 13.000 Tonnen CO₂ eingespart. Erdgas schwaben arbeitet an weiteren Bio-Energieanlagen in Mindelheim, Kaufbeuren und Bio-Erdgasanlagen in Maihingen und Dillingen.

Effiziente Techniken

Darüber hinaus setzt erdgas schwaben bewusst auf die Förderung effizienter Anwendungstechniken im gesamten Energiebereich. Zahlreiche Gewerbetriebe der Region „zapfen“ schon heute mit Hilfe von Mini-Gaswärmepumpen kostenfreie Energie aus der Umwelt, in dem sie die Umgebungswärme zum Heizen nutzen. erdgas schwaben fördert den Einsatz von Mikro-Blockheizkraftwerke (Mini-BHKWs), die es jedem ermöglichen, dezentral und hocheffizient eigene Wärme und eigenen Strom zu produzieren.

Energieberater im Einsatz

Die beste Energie ist jedoch die, die man gar nicht erst verbraucht. So nimmt das Energie-sparen breiten Raum im Leistungs- und Beratungsangebot von erdgas schwaben ein. „In der sparsamen Energieanwendung liegt unserer Ansicht nach das größte Potenzial - sparsame Technik ist dabei jedoch nur die eine Seite der Medaille“, weiß Helmut Kaumeier, Leiter Energieberater erdgas schwaben. Schließlich erfordert der sparsame Umgang mit Energie hohe Disziplin und ein Umdenken beim Verbraucher. Aus diesem Grund sind 34 Energieberater überall in der Region im Einsatz.

Durchdachter Dreiklang

„Erneuerbare regionale Energien nutzen, Energieeffizienz massiv steigern und intelligentes Energiesparen. Das ist der Dreiklang, mit dem wir unsere Energieversorgung sichern“, fasst der kaufmännische Geschäftsführer Dietmayer die Strategie „weg vom Öl“ zusammen.



Versorgung des Bezirkskrankenhauses Kaufbeuren:

Spatenstich zur Errichtung eines Biomasse-Heizkraftwerkes

Im Biomasse-Heizkraftwerk wird erdgas schwaben mit Waldhackschnitzeln aus der Region Bio-Wärme und Bio-Strom erzeugen. Geplant ist, aus 6.000 Tonnen Waldhackschnitzeln im Jahr 15.500 MWh Bio-Wärme und 4,8 Mio. kWh Bio-Strom zu erzielen. Die CO₂-neutrale Bio-Wärme leitet erdgas schwaben in einem Fernwärmenetz zum Bezirkskrankenhaus Kaufbeuren. In Betrieb geht das Biomasse-HKW Anfang 2009; kürzlich erfolgte der Spatenstich für das Projekt (siehe Bild). Die Kosten belaufen sich auf ca. 6 Mio. Euro, es werden 6000 Tonnen CO₂ in Kaufbeuren eingespart (Strom und Wärme), die Feuerungswärmeleistung der Biomassefeuerung beträgt 4.600 kW. Die Spitzenlastkessel 1 und 2 weisen jeweils eine Feuerungswärmeleistung von 4.500 kW auf. Die ORC-Turbine hat eine Leistung von 675 kWel.

Neue Anlagen in Straubing und Mintraching:

Aus Klärschlamm Heizöl und Heizgas gewinnen

Bayern will aus Gründen eines vorbeugenden Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutzes mittelfristig aus der landwirtschaftlichen Klärschlamm-Verwertung aussteigen, und zwar unabhängig davon, ob die EU mitspielt oder nicht. Um Kommunen Alternativen zum „Schlamm gedüngten Acker“ aufzuzeigen, wird unter dem Motto „Energie statt Dünger“ der Ausbau der thermischen Klärschlamm-Verwertung forciert, betonte Umweltminister Otmar Bernhard beim Spatenstich zum Einbau der „sludge2energy“-Kleinverbrennungsanlage in der Kläranlage Straubing.

Nähezu zeitgleich wurde in der Kläranlage Herzogmühle in Mintraching im Landkreis Regensburg eine deutschlandweit einzigartige High-Tech-Anlage durch Umweltstaatssekretär Marcel Huber in Betrieb genommen, die Klärschlamm in Heizöl, Heizgas und Kohle verwandelt.

Bernhard betonte, Lebens- und Futtermittel sollten nicht von Feldern stammen, auf die Klärschlamm aufgebracht wurde. Er habe daher EU-Umwelt-Kommissar Dimas aufgefordert, die Klärschlammaufbringung europaweit zu verbieten oder zumindest den einzelnen EU-Staaten eine nationale Verbots-Möglichkeit einzuräumen.

In Bayern wird Klärschlamm bereits in sechs Müllheizkraftwerken, einem Kohlekraftwerk und vier Monoverbrennungsanlagen energetisch verwertet. So konnte die landwirtschaftliche Verwertung von 55 Prozent im Jahr

1997 auf heute rund 20 Prozent zurückgeführt werden. Durch den Einbau von Kleinverbrennungsanlagen in bestehende Kläranlagen kann dem Minister zufolge diese Quote weiter gesenkt werden. Zudem wird ein langer Transportweg vermieden und die entstehende Wärme sinnvoll zum Trocknen des Schlammes genutzt.

Beispielhafter Alternativweg

Die Niedertemperatur-Konvertierungsanlage in Mintraching wiederum zeigt laut Staatssekretär Huber einen europaweit beispielhaften Alternativweg auf. Die Anlage filtert all das aus dem Abwasser heraus, was schädlich ist, also auch Pestizide, Lösungsmittel und Arzneimittel. Eingesetzt wird dabei nicht nur der Klärschlamm, der beim Abwasserzweckverband Pfaffertal anfällt, sondern auch der Klärschlamm aus zehn weiteren kommunalen Kläranlagen im Landkreis Regensburg, zusammen ca. 25.000 Tonnen Nassschlamm im Jahr. Daraus werden künftig pro Jahr rund 750 Tonnen Kohle, 175 Tonnen Öl und 475 Tonnen Gas gewonnen.

„LIFE“-Förderung

Die Anlage gewinne aus Klärschlamm so viel Energie, dass ein ganzes Dorf es mollig warm hätte, so Huber. Die Kosten für das Projekt belaufen sich auf 4,25 Millionen Euro; die EU fördert das Vorhaben im Rahmen des Umweltprogramms „LIFE“ mit 1,16 Mio. Euro. Die sanierte und erweiterte zentrale Kläranlage Herzogmühle geht zum Schutz der Pfaffertal über die wasserrechtlichen Mindestanforderungen hinaus. Insgesamt sind nun rund 96 Prozent der Einwohner im Zweckverbandsgebiet über ein Kanalnetz von 130 Kilometer Länge an Abwasseranlagen angeschlossen. dhg.



Unsere Energie wird Bio

Bio-Erdgas
nachwachsende Energie
aus unserer Heimat

- CO₂-neutral
- regional produziert
- stärkt den Wirtschaftsstandort Schwaben
- rund um die Uhr verfügbar

erdgas schwaben gmbh
Bayerstraße 43
86199 Augsburg
Telefon 0821 9002-0
www.erdgas-schwaben.de

erdgas schwaben
Wir sind da, wo unsere Kunden sind

Autofrühling für Erdgasfahrzeuge

Autofahrer, die sich diesen Frühling für ein Fahrzeug mit Erdgasantrieb entscheiden, können sich freuen. Neue Serien-Fahrzeugmodelle und ein günstiger Kraftstoffpreis machen das Fahren mit Erdgas attraktiv wie nie zuvor. Ebenso wichtig wie der Preis ist das Argument Umweltschutz. Eine neue Studie aus der Schweiz hat die Öko-Bilanz von Benzinern, Diesel- sowie Erdgasfahrzeuge verglichen.

Unter rund 20 Modellen mit serienmäßigem Erdgasantrieb können Autofahrer heute wählen. Ende 2008 kommt beispielsweise der Passat Variant TSI EcoFuel auf den Markt, der den weltweit ersten für Erdgasbetrieb entwickelten Turbo-Direkteinspritzer besitzt. Und ab Juni erscheint der neue B170 NGT von Mercedes-Benz, der sowohl mit Erdgas als auch mit Benzin unterwegs ist. Vorteil: Die Reichweite mit beiden Kraftstoffen beträgt insgesamt 1.000 Kilometer.

Volltanken für die Hälfte

Erdgasfahrer leben deutlich sparsamer: Gegenüber einem Benzinern sparen sie derzeit rund 50 Prozent, gegenüber einem Diesel etwa 40 Prozent und gegenüber Autogas noch 30 Prozent. (Stand: April 2008). Eine Garantie für niedrige Preise an der Zapfsäule ist auch die Entscheidung der Politik: Bis ins Jahr 2018 muss für Erdgas als Kraftstoff nur

ein erniedrigter Mineralölsteuersatz an der Tankstelle gezahlt werden.

www.der-flexible-Raum.de
Container · Raummodule · Hallensysteme

Preiswerter Einstieg in wirtschaftliches Fahren

Der Aufpreis für ein Erdgas-Modell ist moderat: Wer sich für den Erdgas-Antrieb entscheidet, der zahlt ähnlich viel wie für einen Diesel. Ein VW Touran EcoFuel kostet zum Beispiel nur rund 250 Euro mehr als das vergleichbare 1.9 TDI-Modell. „Nicht nur Vielfahrer wie Taxiunternehmer, Handwerker oder Außendienstler können mit Erdgasantrieb deutlich sparen. Schon bei Laufleistungen um die 15.000 Kilometer pro Jahr lohnt sich der Einsatz recht schnell“, erklärt Josephine Schneider von Erdgas Südbayern.

E.ON Bayern:

Kinderbibliothekspreis 2008 verliehen

Zehn Bibliotheken für herausragende Leistungen in der Leseförderung ausgezeichnet

Zum zweiten Mal verlieh der Energiedienstleister E.ON Bayern heuer den Kinderbibliothekspreis. Die Auszeichnung würdigt herausragende Leistungen bayerischer Bibliotheken in den Bereichen Leseförderung und Leseanimation. „Ich freue mich, dass Unternehmen wie E.ON Bayern ihren Beitrag leisten, damit Kinder bereits frühzeitig Bücher entdecken und schätzen lernen. Bibliotheken sind dazu ein wichtiger Ort“, so der bayerische Kultusminister Siegfried Schneider, der gemeinsam mit Dr. Stefan Vogg, Vertriebsvorstand der E.ON Bayern AG, in Landshut die diesjährigen Preisträger ausgezeichnet hat.

„Das Buchangebot der Büchereien und Bibliotheken ermöglicht es Buben und Mädchen, das für sie jeweils richtige Buch zu finden.“ Neben den Eltern eröffnen oft bereits Kindergärten, aber spätestens die Grundschulen den Kindern den Weg zur Bücherei und zur Bibliothek.

Förderinstrument

„Die Regionalität unseres Geschäfts bringt die Nähe zu gesellschaftlichen Themen mit sich. Immer wieder wurden wir in den letzten Jahren auf die oftmals schwierige Situation bayerischer Bibliotheken aufmerksam. Wir haben uns daher entschlossen, mit dem Kinderbibliothekspreis ein Förderinstrument zu entwickeln, das die Rolle bayerischer Bibliotheken bei der frühkindlichen Erziehung unterstützt und ins Licht rückt“, begründete E.ON Bayern-Vorstandsmitglied Dr. Stefan Vogg die Maßnahme des Unternehmens.

Spaß am Lesen finden

Für Kinder führe der Weg zum Buch oftmals über die Bibliotheken. Es bedürfe aber des richtigen Anstoßes, um den Spaß am Lesen zu finden. „Mit unserem Preis wollen wir den Stein ins Rollen bringen und Ideen fördern, die Lust auf den Besuch einer Bibliothek machen und zum Lesen animieren. Jeder unserer Preisträger kann

wiederum ein Beispiel für andere Bibliotheken sein“, so Dr. Vogg weiter.

Die Preisträger 2008 sind in Oberbayern die Gemeindebücherei Au in der Hallertau, die Gemeindebibliothek Burgkirchen a. d. Alz und die Stadtbibliothek Rosenheim. In Niederbayern werden die Stadt- und Pfarrbücherei Rottenburg und die Stadtbibliothek Straubing ausgezeichnet. In der Oberpfalz erhält die Regionalbibliothek Weiden den Kinderbibliothekspreis, in Oberfranken die Stadtbücherei Helmbrechts und die Pfarr- und Gemeindebücherei Stegaurach. In Unterfranken wurde die öffentliche Bücherei Leinach ausgezeichnet und in Schwaben die Stadtbibliothek Donauwörth.

Aktion „Lesezeichen“

Jeder dieser zehn Preisträger erhält laut E.ON Bayern-Vertriebsvorstand 5.000 Euro. „Neben dem Kinderbibliothekspreis haben wir unter dem Motto „Lesezeichen“ eine Aktion ins Leben gerufen, mit der wir jahresdurchgängig weitere 50 Bibliotheken mit je einem Buchgutschein in Höhe von 1.000 Euro ausstatten, der für den Kauf von Büchern und Medien für Kinder und Jugendliche gedacht ist“, erklärte Dr. Vogg. Auf diese Weise stelle das Unternehmen jährlich 100.000 Euro für die Arbeit bayerischer Bibliotheken bereit. □

Wann genau sich ein Erdgas-Fahrzeug rechnet, können Autofahrer über den Wirtschaftlichkeitsrechner auf www.tanke-erdgas.de ermitteln.

Mit gutem (Umwelt-) Gewissen mobil

Nicht alleine die finanziellen

Vorteile beim Tanken überzeugen immer mehr Autokäufer bei der Entscheidung für ein Erd-

gas-Fahrzeug. Aktiver Umwelt- und Klimaschutz sind für viele ebenso wichtig. Ein Emissionsvergleich des Schweizer Forschungsinstitutes EMPA Materials Science and Technology hat die Emissionswerte von Erdgas-, Benzin- und Dieselfahrzeugen untersucht. Das Ergebnis spricht für das Erdgas-Modell. Es produziert nicht nur 21 Prozent weniger Treibhausgas als Benzin und 11 Prozent weniger als ein Diesel. Auch Feinstaubpartikeln oder Stickstoffdioxid entstehen kaum.

Freie Fahrt in Umweltzonen

Praktischer Nebeneffekt des Umweltvorteils: „Erdgas-Fahrzeuge erhalten die grüne Umweltplakette und damit freie Fahrt in die Umweltzonen von Städten“, erläutert Josephine Schneider von Erdgas Südbayern. □

Lernfest im Kloster Benediktbeuern

Kinderleicht Energie sparen mit dem ESB-Energiespar-Campus

Beim Lernfest im Kloster Benediktbeuern informierte die Erdgas Südbayern (ESB) mit einem Energiespar-Campus Verbraucher über Energiesparmöglichkeiten und Innovationen. Das ESB-Programm bot eine Kombination aus Mitmach-Workshops, Informationen, Unterhaltung und interaktiven Angeboten für die ganze Familie.

Im Meierhof wurde das Energiesparen spielerisch am Energiespar-Campus erklärt. Außerdem stand eine Energie-Rollbahn mit integrierten Dynamos, auf der Kinder selbst Energie erzeugen konnten, bereit. Eine Anzeigetafel informierte, wie viel Energie produziert wurde und der Besucher erfuhr, welche Haushaltsgeräte damit angetrieben werden könnten.

Interessante Aktionen

Das Energie-Labor und das Energie-Quiz stellten weitere tolle Aktionen dar, die zum Mitmachen einluden. „Der Energiespar-Campus machte Energiesparen nicht nur für Kinder interessant, denn die Mitmachaktionen boten Energieeffizienz zum

Anfassen und gerade das Energie-Quiz löste auch bei Erwachsenen Aha-Effekte aus“, betonte Bernhard Reith, Regionalleiter Süd der ESB in Wolfratshausen.

Für die Großen gab es am ESB-Stand Workshops zum Thema Heizen und Sparen mit Erdgas. Außerdem gaben die Energieberater von Erdgas Südbayern Energiespar-Tipps und zeigten in Kooperation mit den Firmen ecompower und OTAG, wie mit der eigenen Heizung Strom erzeugt werden kann: Sogenannte Mini-BHKW – Kraftwerke im Kleinformat – können in Einfamilienhäusern zur Stromerzeugung und Wärmegewinnung eingesetzt werden.

Das Lernfest war eine Veranstaltung im Rahmen der „365 Orte im Land der Ideen“. □

Montana drängt in Gasmarkt:

Preiskampf in der Landeshauptstadt

Gute Nachricht für Erdgasverbraucher: Trotz einer notwendigen Erhöhung der Gaspreise ist der MONTANA-Flex-Tarif weiterhin günstiger gegenüber dem Vollversorgungstarif der Stadtwerke München.

Um bis zu 14 Prozent haben die Stadtwerke München ihre Arbeitspreise für Gas erhöht. Auch Montana muss den gestiegenen Preisen auf dem Energiemarkt Rechnung tragen und erhöht die Preise zum 1. Juli 2008. „Unsere schlanke Organisation ermöglicht es jedoch, dass unsere Kunden gegenüber dem Vollversorgungstarif der Stadtwerke München auch weiterhin deutlich sparen können“, erklärte Stefan Koberger, Geschäftsführer der Montana-Gruppe.

Die Preise im Montana-Flex-Tarif werden nach einer einfachen und klar verständlichen Formel berechnet. „So können Kunden alle Preisänderungen transparent nachvollziehen“, betonte Koberger. Bereits seit Januar 2008 bietet Montana im

Stadtgebiet München einen deutlich günstigeren Tarif als den Vollversorgungstarif der Stadtwerke an. Während bei den Stadtwerken nach der angekündigten Erhöhung ab dem 1. Juli 2008 nun 6,62 Cent pro Kilowattstunde bei einem monatlichen Grundpreis von 9,52 Euro fällig werden, sind es im Montana-Flex-Tarif 6,33 Cent bei einem monatlichen Grundpreis von 9,00 Euro. Bei einem jährlichen Verbrauch von 25.000 Kilowattstunden bedeutet dies inklusive der Montana-Wechselprämie von 50 Euro eine Ersparnis von ca. 130 Euro.

Montana garantiert den neuen Tarif bis zum 31.12.2008, wodurch der Preisvorteil für die Kunden nochmals attraktiver wird“, hob Koberger hervor. □

Gericht bestätigt Preise von Erdgas Südbayern

Das Preis-Leistungsverhältnis für Erdgas der Erdgas Südbayern (ESB) stimmt. Zum ersten Mal wurde dies von einem Gericht per Urteilsspruch bestätigt.

Das Landgericht München I fällte ein Urteil mit Premiercharakter: Es bestätigte erstmalig die Billigkeit der Preise für Erdgas von Erdgas Südbayern und wies damit eine Sammelklage von ESB-Kunden aus dem Raum Hausham zurück. „Für uns ist das Urteil eine wichtige Anerkennung. Denn es belegt, dass wir Erdgas stets zu fairen Konditionen an unsere Kunden liefern“, erklärt Martin Heun, Leiter Marketing und Vertrieb bei der ESB.

Rechtssicherheit für den Kunden

Die Klage der Kunden, in der die Billigkeit der ESB-Preise angezweifelt wurde, lief seit 2005. „Mit dem Münchner Richterspruch kehrt nach dieser langwierigen Verhandlung wieder Ruhe ein. Er schafft nicht nur für uns, sondern auch für unsere Kunden mehr Klarheit und Rechtssicherheit“, so Heun.

Erdgas Südbayern ist einer der größten Erdgas- und Wärmedienstleister in Bayern und versorgt in Ober- und Niederbayern rund 200.000 Haushalte mit Erdgas. □

Partnerschaft mit Zukunftsperspektive

ESB-Wärme – Service für Kommunen

Das Contracting-Modell für öffentliche Gebäude und Einrichtungen

Erdgas-Blockheizkraftwerk – Heizung und Strom aus einer Anlage



Ergomar Erlebnisbad in Ergolding – für Wärme und Strom sorgt ein Blockheizkraftwerk

Wir verstehen uns als regionaler Partner für konventionelle als auch innovative Wärme-Konzepte. Im Vordergrund stehen dabei Wirtschaftlichkeit, regionale Energien und natürlich die Umwelt. Sie haben einen Partner mit viel Erfahrung an Ihrer Seite.

Mit dem ESB-WärmeService haben Sie folgende Vorteile:

- Modernisieren ohne selbst zu investieren
- ESB-Wärme plant, organisiert und betreibt Ihre Energieversorgung
- Moderne, umweltschonende Anlagen mit niedrigem Energieverbrauch
- Alle Leistungen sind im monatlichen Wärmepreis enthalten

Rufen Sie uns an! Wir schicken Ihnen unsere Referenzbroschüre oder vereinbaren Sie einen Termin mit dem ESB-Wärme Berater.

ESB Wärme

EUROFORUM-Jahrestagung „Stadtwerke 2008“:

Verstärkt im Spannungsfeld

Immer mehr Stadtwerke antworten auf die bundesweiten Strom- und Gasangebote der großen Energiekonzerne mit eigenen Vertriebsoffensiven. So kündigten die Stadtwerke Nürnberg (N-ERGIE) und Hannover (Enercity) den Start der gemeinsamen Billigstrommarke Clevergy an, mit der in den kommenden fünf Jahren 300.000 bis 400.000 Kunden gewonnen werden sollen. Auch die Stadtwerke München planen mit einem klimafreundlichen Online-Produkt den Eintritt als bundesweiter Stromversorger. Über die Strategien der Stadtwerke in einem zunehmend härteren Wettbewerbsumfeld und angesichts der regulatorischen und klimapolitischen Vorgaben diskutierten auf der 12. EUROFORUM-Jahrestagung „Stadtwerke“ in Berlin hochrangige Vertreter aus Stadtwerken, Politik, Wirtschaft und Verbänden.

Die wachsende Bedeutung kommunaler Unternehmen in einem immer stärker liberalisierten Energiemarkt betonte eingangs Hans-Joachim Reck, Hauptgeschäftsführer des Verbandes der kommunalen Unternehmen VKU. Kommunale Versorger hatten im Jahr 2007 einen Anteil von 40 Prozent am Strommarkt, deckten 62 Prozent des Wärmebedarfs und 47 Prozent der Gasnachfrage ab. Mit jährlichen Umsatzerlösen von etwa 70 Milliarden Euro und insgesamt 230.000 Beschäftigten sei die Kommunalwirtschaft ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, stellte Reck vor den rund 700 Teilnehmern der etablierten Stadtwerk-Konferenz fest.

Verschärfter Wettbewerb

Auch wenn die Bürger laut einer Umfrage von dimap zu 83 Prozent zufrieden mit ihren Stadtwerken seien und eine Privatisierung ablehnen, müssten sich die Stadtwerke wirtschaftlich weiterentwickeln. Die Globalisierung verschärfte den Wettbewerb und hebe reine nationale Faktoren auf. Megatrends wie die demographische Entwicklung, ein verändertes Konsum-

verhalten sowie Fachkräftemangel und der Kampf um die Energiequellen seien für die Stadtwerke konkrete Herausforderungen.

Ownership-Unbundling

Mit Blick auf Europa kritisierte Reck die strenge Ausrichtung auf die reine Wirtschafts- und Wettbewerbsordnung. „Die EU kennt und garantiert die kommunale Selbstverwaltung nicht“, sagte der VKU-Geschäftsführer. Die Vorschläge zum Ownership-Unbundling beurteilte Reck pessimistisch, da der Schritt, auch die Verteilnetze eigentumsrechtlich zu entflechten, sodann nicht mehr weit sei. Trotz grundsätzlicher Zustimmung äußerte er sich kritisch zu den Auswirkungen der europäischen Klimaschutzpolitik auf die Wirtschaftlichkeit der städtischen Unternehmen. Die geplante Absenkung der Zuteilmenge für Zertifikate habe entscheidenden Einfluss auf die geplanten Kraftwerksprojekte. „Stadtwerke bewegen sich immer stärker im Spannungsfeld von Politik, Rechtsordnung und Verwaltung“, sagte Reck.

Am Beispiel der Auseinan-

dersetzungen um das geplante Kohlekraftwerk Hamburg-Moorburg, warnte er vor einer weiteren Blockade von Kohlekraftwerk-Projekten. Die kommunale Energiewirtschaft plane bis 2012 neue Kraftwerke mit einer Gesamtleistung von 5000 MW und Kohlekraftwerke spielten dabei eine große Rolle. Reck mahnte die Politik, sich um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Preissicherheit zu bemühen. Insbesondere Genehmigungsverfahren, die Einpreisung der CO₂-Zertifikate und die Vorgaben für die CCS-Technik (Einsammeln und Speichern von CO₂) seien entscheidend für den Ausbau des deutschen Kraftwerksparcs.

Für verändertes Gemeindegewirtschaftsrecht

Die ehrgeizigen Klimaschutzziele der Bundesregierung beurteilte Reck aber auch als eine Chance für die Stadtwerke. Der Ausbau der regenerativen Energien sowie die Energieeffizienz-Vorgaben kämen ihnen mit ihren dezentralen Strukturen entgegen. „Die Chance der Stadtwerke liegt in der Ausweitung der Kraft-Wärme-Kopplung, der Nutzung erneuerbarer Energien und bei Dienstleistungen für mehr Energieeffizienz.“ Der VKU-Repräsentant plädierte für eine attraktive Förderung der KWK. Allerdings mahnte er auch politische Ehrlichkeit an, da durch die Klimaschutzmaßnahmen enorme finanzielle Herausforderungen auf Versorger und Verbraucher zukämen.

Für die Zukunft der kommunalen Energiewirtschaft betonte

Reck die Bedeutung von Kooperationen. Hier könnten die Unternehmen Skaleneffekte erzielen, insbesondere bei der Erzeugung, bei den Netzen und bei Dienstleistungen. Eine Voraussetzung für die künftige Zusammenarbeit von Stadtwerken sei allerdings ein verändertes Gemeindegewirtschaftsrecht. Auch der Verband stelle sich auf neue Kooperationsformen ein und bereite zurzeit eine Dachmarkenstrategie vor. Im Hinblick auf Unternehmensbeteiligungen sprach sich Reck nicht grundsätzlich gegen private Beteiligungen aus. Die Entscheidung sollte man den Eignern überlassen.

Für den Bau weiterer Kohlekraftwerke

Der Präsident der Bundesnetzagentur, Matthias Kurth, gab Reck in seiner Einschätzung Recht, dass sich Deutschland als Industrienation „einen widersprüchlichen Umgang mit Infrastrukturprojekten nicht leisten kann“. Auch er sprach sich für den Bau weiterer, moderner Kohlekraftwerke aus, denn die Versorgungssicherheit müsse gewährleistet werden. Die Klimaziele der Bundesregierung nannte Kurth ehrgeizig und erinnerte daran, dass eine seriöse Energiepolitik auch die Risiken benennen müsse. „Wir müssen auch dringend in die Netze investieren“, sagte der Agentur-Chef. 2003 habe das Investitionsvolumen einen Tiefpunkt erreicht und sei seit 2007 mit einer Milliarde Euro wieder auf einem besseren Weg. Im Rahmen der Entgeltgenehmigung habe die Bundesnetzagentur Investitionen, insbesondere für den Netzausbau zur Anbindung der Windenergie, gefördert.

Gut aufgestellte Stadtwerke

Die Kooperationsbemühungen in der Stadtwerke-Szene begrüßte Kurth. „Kooperationen sind der Weg für Stadtwerke und wir als Netzagentur helfen auch dabei.“ Insgesamt seien die Stadtwerke gut aufgestellt, auch wenn sie sehr unterschiedlich arbeiteten, und kleinere Stadtwerke teils effizienter seien als die großen. „Stadtwerke haben eine Chance im Wettbewerb, aber sie müssen ihre Ausrichtung überdenken“, be-



VKU-Hauptgeschäftsführer Hans-Joachim Reck. Bild: EUROFORUM/Dietmar Gust/Andreas Schoelzel

tonte der Präsident. Kooperationen seien insbesondere bei der Beschaffung sinnvoll. Durch mehr Transparenz und Liquidität auf den Gasmärkten versuche seine Behörde die Stadtwerke zu unterstützen.

Geschäftsmodell überdenken

„Die radikale Änderung unseres Marktes macht auch eine radikale Änderung von uns notwendig“, stellte Stefan Grützner, Vorsitzender des Vorstandes, Stadtwerke Kiel fest. Aus Sicht eines mittelgroßen Stadtwerkes betonte er die Notwendigkeit, sein Geschäftsmodell zu überdenken und an die neue Marktsituation anzupassen. Die Wertschöpfungsketten und die Kooperationsfähigkeit müssten überprüft werden. Sein Unternehmen habe eine neue Unternehmensstruktur aufgebaut, die es ermögliche, unrentable Geschäftsbereiche abzustoßen und leichter Kooperationen einzugehen.

Zauberwort Kooperation

Für Dr. Thomas Hoffmann, Geschäftsführer der Stadtwerke Remscheid, stellen „Kooperationen eine wesentliche Antwort auf die Herausforderungen der

Anreizregulierung“ dar. Auch der Vorsitzende des Vorstandes von RheinEnergie und Geschäftsführer der Stadtwerke Köln, Rolf Martin Schmitz, betonte den zunehmenden Druck durch die Regulierung. Mit einer Ausweitung des Tätigkeitsbereichs und unterschiedlichen Formen der Beteiligung und Fusionen begegne sein Unternehmen den vielfältigen Herausforderungen.

Neue Aufgaben, neue Partner

„Wir gehen nicht mit Partnern zusammen, sondern kaufen uns ein und versuchen dann partnerschaftlich Synergien zu heben“, beschrieb Schmitz die Strategie seines Unternehmens. „Wir sind ein regionales, vollkommunes Unternehmen und bilden regionale Zentren, die mit überregionalen Zentren gekoppelt werden“, betonte er. Alleingänge von Stadtwerken werden seiner Meinung nach auf Dauer scheitern. Für neue Aufgaben brauche man neue Partner und daher sprach sich Schmitz für Symbiosen und Netzwerke aus. RheinEnergie habe sich bereits zum größten kommunalen Unternehmen entwickelt und der ordnungspolitische Rahmen erzwingt weitergehende Partnerschaften. DK

LEW
Lechwerke

Eine Idee von LEW: Der Online-Energieberater

Mit dem LEW-Online-Energieberater sparen Sie Kosten und Energie – bequem von zu Hause aus.

Ich geh eh nicht gern raus.

Der LEW-Online-Energieberater hilft Ihnen, Ihre Energiekosten zu senken – zum Beispiel, wenn es um die Suche nach dem optimalen Heizsystem und um die passenden Förderprogramme zur Finanzierung der Heizanlage geht.

Weitere Infos erhalten Sie in den LEW-Kundenforen oder unter www.eine-idee-von-lew.de

RWE Group

Regionalmarketing Oberpfalz:

Nachhaltig Energiesparen

OTTI-Forum gab Tipps zur Energiesanierung von Gebäuden

Gemeinsam mit dem Regionalmarketing Oberpfalz und der Handwerkskammer Niederbayern/Oberpfalz veranstaltete das Ostbayerische-Technologie-Transfer-Institut e.V. (OTTI) eine Tagung zum Thema „Energetische Sanierung von Gebäuden“. 100 Teilnehmer nutzten die Gelegenheit, sich über neue Produktentwicklungen und Verfahrenstechniken im Bereich erneuerbare Energien zu informieren.

„Unser Ziel ist es, verschiedene nachhaltige Möglichkeiten zur Energiegewinnung und Methoden zum Energiesparen zu demonstrieren, die von Unternehmen, Kommunen und interessierten Bürgern auch selbst umgesetzt werden können“, unterstrich Nicole Stelzle, Geschäftsführerin des Regionalmarketing Oberpfalz.

Nachhaltige Profilbildung

Die gemeinsame Informationsveranstaltung über energieeffizientes Bauen und Sanieren sei ein wichtiger Bestandteil, um die Oberpfalz langfristig als Energieregion zu etablieren. „Nur wenn sich viele Akteure im Bereich der regenerativen Energien in der Region engagieren und vernetzen, kann eine nachhaltige Profilbildung der Oberpfalz als Energieregion gelingen“, zeigte sich Stelzle überzeugt.

Die Referenten Rainer Dirk, Sachverständiger für Wärmeschutz in Regensburg, Hubert Burger und Hans Helgert von den vereinigten Sparkassen Eschenbach, Neustadt und Vohenstrauß, klärten über die neue Energieeinsparverordnung, die damit verbundene Einführung des Energieausweises für bestehende Gebäude sowie die Wirtschaftlichkeit und Finanzierung von energetischen Sanierungsmaßnahmen auf.

dena-Berechnung

Die Deutsche Energie-Agentur in Berlin hat errechnet, dass die Energiesanierung eines Altbaus die Heizkosten langfristig um bis zu 80 Prozent senkt, wenn dieser mit moderner Heizungstechnik, dichten Fenstern und einer guten Dämmung ausgestattet wird. Ein jährlicher Heizölverbrauch von 4.500 Li-

tern bei einem alten Einfamilienhaus für vier Personen mit Heizkosten von mehr als 3.200 Euro könne nach einer Sanierung nach dem neuesten Stand der Technik auf 900 Liter Ölverbrauch gesenkt werden. Damit würden nur noch jährliche Kosten von 650 Euro anfallen, so die Deutsche Energie-Agentur. Wenn man die Investitionskosten mit der Preiskurve der Heizkosten gegenrechnet, ergebe sich für ein durchschnittliches Einfamilienhaus eine Amortisationszeit von zehn Jahren, erklärte Rainer Dirk.

Regenerative Energie aus der Region nutzen

„Energiekosten muss man mit oder ohne Energiesanierung weiterhin bezahlen. Wenn man nicht nur kurzfristig denkt, rentiert sich diese Investition“, betonte Hans Helgert, der dafür plädierte, vermehrt regenerative Energie aus der Region zu nutzen. „Um spürbare Spareffekte zu erreichen, muss jedoch auch der Verbraucher sein Lüft- und Heizverhalten anpassen“, ergänzte Hubert Burger. DK

Städtische Werke Nürnberg:

Gut gerüstet für den Wettbewerb

Mit N-ERGIE, VAG und wbg auf dem richtigen Weg

Der Konzern Städtische Werke Nürnberg (StWN) blickt auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2007 zurück. Im Spannungsfeld der einschneidenden rechtlichen und wirtschaftlichen Veränderungen, aber auch der Geschwindigkeit der Marktentwicklung konnten sich die Tochtergesellschaften N-ERGIE Aktiengesellschaft, VAG Verkehrs-Aktiengesellschaft Nürnberg und die wbg Nürnberg GmbH Immobilienunternehmen im abgelaufenen Geschäftsjahr erfolgreich behaupten. Im StWN-Konzern wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von 27,1 Mio. Euro erwirtschaftet, wie Herbert Dombrowsky, Vorsitzender der Geschäftsführung der StWN GmbH, im Rahmen einer Bilanzpressekonferenz in der Norisstadt feststellte.

Die StWN GmbH schließt das Geschäftsjahr mit einem Zuschussbedarf von insgesamt 9,2 Mio. Euro ab. Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresfehlbetrag auf die neue Rechnung vorzutragen und von der Stadt Nürnberg auszugleichen. Das Beteiligungs- und Finanzergebnis der StWN GmbH konnte um 4,6 Mio. Euro auf 5,6 Mio. Euro gesteigert werden. Das Beteiligungsergebnis resultiert überwiegend aus der Ergebnisabführung der N-ER-

GIE mit 77,1 Mio. Euro und dem Zuschussbedarf der VAG in Höhe von -71,8 Mio. Euro.

Großer Arbeitgeber in Mittelfranken

Die StWN-Unternehmensgruppe beschäftigte im Jahresdurchschnitt insgesamt 4.420 Mitarbeiter (Vorjahr 4.541) und 166 Auszubildende (Vorjahr 164) ohne Mitarbeiter wbg. Der StWN-Konzern zählt in der Region Mittelfranken zu

den zehn größten Arbeitgebern.

Das größte Projekt in der Berufslaufbahn der VAG Verkehrs-Aktiengesellschaft Nürnberg ist die Einführung eines automatisierten U-Bahn-Systems auf den U-Bahn-Linien U3 und U2. Mit diesem Projekt setzt sie auch weltweit Maßstäbe. Es ist die erste automatische U-Bahn-Linie, die im Mischbetrieb mit einer konventionellen Linie auf einer gemeinsamen Stammstrecke betrieben und unter rollendem Rad umgestellt wird. Deutschlandweit ist es die erste vollautomatische U-Bahn. Sie wird noch in diesem Frühjahr in Betrieb gehen.

Umsatzerlöse steigen auf 1,9 Mrd. Euro

Die Umsatzerlöse erhöhten sich im Konzern im Vergleich zum Vorjahr um 87,4 Mio. Euro oder 4,9 Prozent auf 1,9 Mrd.

Euro. Diese wurden zu 83,2 Prozent vom Strom- und Gasgeschäft bestimmt. Der Anteil des Wasser- und Wärmegegeschäfts verminderte sich um 0,3 Prozent auf 8,6 Prozent der Gesamtumsätze. Der Anteil der Verkehrseinnahmen ist mit 5,2 Prozent und die sonstigen Umsatzerlöse sind mit 3,1 Prozent an den Umsatzerlösen beteiligt.

Verändertes Beteiligungsportfolio

Mit Wirkung zum 1. Januar 2007 hat die N-ERGIE die Gas- und Elektrizitätsversorgung Oettingen der Thüga Aktiengesellschaft übernommen. Dadurch ergab sich eine geringfügige Verschiebung des Anteilsverhältnisses der Anteilseigner. Die bisherigen Beteiligungsquoten von 60,2 Prozent auf Seiten der StWN und 39,8 Prozent auf Seiten der Thüga Aktiengesellschaft werden durch eine vorgesehene Kapitalerhöhung bei der N-ERGIE wieder angestrebt.

Das Beteiligungsportfolio der N-ERGIE hat sich aufgrund von Umwandlungsvorgängen im Geschäftsjahr 2007 verringert. Die NexaTec GmbH und die LocaDatis GmbH wurden rückwirkend zum 1. Januar 2007 auf die TerraconTec GmbH verschmolzen und diese gleichzeitig in die N-ERGIE Service GmbH umfirmiert. Die LocaDatis GmbH und die NexaTec GmbH erloschen.

Am 4. Januar 2007 wurde von wbg und impleaPlus GmbH die IS ImmoSolution GmbH, Nürnberg gegründet. Aufgabe der Gesellschaft ist der Erwerb, die Bewirtschaftung und Vermarktung von Grundstücken, sowie das Entwickeln und Verwirklichen von Baugebieten.

Erfolg im überregionalen Strommarkt

Der Stromabsatz der N-ERGIE nahm um 5,5 Prozent auf 9,7 Mrd. Kilowattstunden (kWh) zu. Die Industriekunden sind mit 49,8 Prozent weiterhin die stärkste Kundengruppe, gefolgt von den Weiterverteilern mit 25,6 Prozent und den Privatkunden mit 24,6 Prozent. Die Steigerung des Stromumsatzes basiert vorwiegend auf der überregionalen Kundenakquisition sowie aus der Weiterverrechnung eingespeister Energien gemäß dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Der Umsatz aus dem Stromgeschäft betrug 1,2 Mrd. Euro.

Erstmals Wettbewerb im Erdgasmarkt

Im Erdgasgeschäft reduzierte sich die Gesamtabgabe um 1,7 Mrd. kWh auf 10,7 Mrd. kWh vorwiegend wegen wettbewerbs- und witterungsbedingter Einflüsse, dem geänderten Verbrauchsverhalten eines Großkunden und dem Wechsel eines Weiterverteilers. Der Absatz lag um 13,9 Prozent unter dem Vorjahreswert. Die kommunalen Erdgasversorger waren mit 39,4 Prozent die größte Kundengruppe, gefolgt von den Sonderversorgerkunden mit 32,0 Prozent und den Privatkunden mit 28,6 Prozent. Der Umsatz im Erdgasgeschäft belief sich auf 360,6 Mio. Euro.

Der Absatz der Wärmeversorgung reduzierte sich infolge der milden Witterung um 4,9 Prozent auf 1,1 Mrd. kWh. Es wurde im Wärmemarkt ein Umsatz von 107,2 Mio. Euro erzielt. Der Trinkwasserabsatz reduzierte sich um 5,5 Prozent auf 30,3 Mio. Kubikmeter.

Steigende Fahrgastzahlen

Die Zahl der beförderten Fahrgäste im Gebiet der Stadt Nürnberg und den Nachbarorten einschließlich der U-Bahn Fürth erhöhte sich um 2,5 Prozent auf 146,5 Mio. Personen. Aus der Beförderung wurden Fahrgeldeinnahmen einschließlich Abgeltungszahlungen in Höhe von 97,0 Mio. Euro erzielt.

Hohe Investitionen vor allem in Sachanlagen

Im StWN-Konzern wurden im Geschäftsjahr 2007 insgesamt 134,0 Mio. Euro investiert, davon entfielen 1,5 Mio. Euro auf immaterielle Vermögensgegenstände, 25,9 Mio. Euro auf Finanzanlagen und 106,6 Mio. Euro auf Sachanlagen. Die Schwerpunkte der Sachinvestitionen bei der N-ERGIE lagen bei den Erneuerungs- und Erweiterungsmaßnahmen für Erzeugungs-, Gewinnungs-, Bezugs- und Verteilungsanlagen. Die Investitionen in Sachanlagen bei der VAG betreffen im Wesentlichen weitere Anzahlungen auf die bestellten U-Bahn-Doppeltriebwagen und Vario-Straßenbahnzüge. Auch wurden Ersatzbeschaffungen bei den Bussen vorgenommen.

„Die Geschäfts- und Ergebnisentwicklung der Unternehmen im StWN-Konzern wird auch zukünftig sehr stark durch die jeweiligen politischen Zielsetzungen geprägt bleiben“, betonte Herbert Dombrowsky. „Trotz der geplanten Maßnahmen zur Effizienzsteigerung erwarten wir keine wesentlichen Entlastungen für die Konzernergebnisse“, prognostizierte Josef Hasler, Geschäftsführer der StWN GmbH. □

Start des Bio-Ethanol-Netzwerks Bayern

Landwirtschaftsminister Josef Miller lud Branche ein

Der Bayerische Staatsminister für Landwirtschaft und Forsten, Josef Miller, lud zur Startitzung des „Bio-Ethanol-Netzwerk Bayern“ ein. C.A.R.M.E.N., die bayerische Koordinierungsstelle für Wachsende Rohstoffe, setzt damit die „Bio-Ethanol-Initiativen“ in Straubing“ und der Chiemgau-Inn-Salzach-Region fort.

Mittlerweile existieren in Deutschland über 100 Tankstellen für Bio-Ethanol (E 85). Durch die weitere Verteuerung von Benzin mit Preisen von über 1,50 Euro pro Liter vergrößert sich - bei einem Preis von nur 0,95 Euro je Liter - der Preisvorsprung für E 85. Das Angebot an Serienfahrzeugen, die E 85 nutzen können, wird ständig ausgeweitet.

Hoher Stellenwert

Neben den Trendsettern Ford und Saab bieten nun auch Volvo und Citroen solche Neufahrzeuge an. Der Volkswagen-Konzern wird in diesem Jahr mit weiteren Modellen folgen, nachdem er in Schweden in der Golf-Klasse bereits einige E 85-taugliche Fahrzeuge anbietet.

An der Startitzung in München nahmen etwa 40 Personen aus den Interessensbereichen Automobilindustrie, Mineralölhan-

del, Kraftstoffherstellung und Landwirtschaft teil. Staatsminister Miller betonte, dass Bio-Kraftstoffe in einer zukünftigen Mobilität einen wichtigen Stellenwert haben werden. „Die Landwirtschaft leistet damit einen wichtigen Beitrag, neben der vorrangigen Produktion von Nahrungsmitteln...“. Für eine zukünftige Strategie müsse das vorrangige Ziel sein, Energie einzusparen und dann durch Bio-Kraftstoffe den Erdöl-Bedarf zu verkleinern. Zu begrüßen sei die Verpflichtung der Automobilindustrie, verstärkt Bio-Ethanol-Fahrzeuge anzubieten.

Markteinführung von E85

Hubert Maierhofer von C.A.R.M.E.N. berichtete über Erfahrungen bei der Markteinführung von E85 in Bayern. Hervorzuheben sind Aktivitäten in Straubing und im Chiemgau. Mittlerweile sind in Bayern

schon 20 Tankstellen eingerichtet. Eine erstaunliche Anzahl wenn man bedenkt, dass die Initiativen erst seit gut zwei Jahren laufen. E 85 bietet sich als sauberer Kraftstoff auch für Einsatzzwecke wie z. B. Rasenmäher an. Die Belastung der Umwelt durch Verdampfungsverluste und Abgase kann hierbei erheblich reduziert werden.

Normierung unterstützen

Zum Abschluss der Tagung stellte C.A.R.M.E.N. das Bio-Ethanol-Netzwerk vor. Es stellt einen losen Verbund der verschiedenen Akteure wie Tankstelle, Autohaus, Werkstatt und Mineralölhändler dar. Ziel ist die Unterstützung der Markteinführung von E 85. Hierzu sind Instrumente wie Informationsunterlagen und ein intensiver Erfahrungsaustausch vorgesehen. So soll zum aktuellen Tankstellennetz, den verfügbaren Fahrzeugmodellen, zum Thema Umrüstung, zur Preisentwicklung für E 85 an der Tankstelle im Vergleich zu Benzin oder zu Veranstaltungen informiert werden. Zusätzlich soll die Normierung von E 85 unterstützt werden. □



STANDORTENTWICKLUNG UND STÄDTEBAU
KOMMUNALE ENTWICKLUNG
WOHNUNGS- UND EIGENHEIMBAU



Gemeinde- und Projektentwicklung
in Partnerschaft mit den Kommunen

Bayerische Landessiedlung GmbH
Franziskanerstraße 14 · 81669 München
Tel. (0 89) 23 87-0 · Fax (0 89) 23 87-99
info@bls-bayern.de

Thüngerheim, Unterfranken
Flächennutzungsplan und Landschaftsplanung

www.bls-bayern.de

ENTWICKELN · ERSCHLIESSEN · GESTALTEN · WERTE SCHAFFEN

Für die Region

Zuhause
Kreis N-ERGIE

Hier sind Sie in guter Gesellschaft: Wir versorgen 650.000 Kunden in Nürnberg und der Region zuverlässig mit Energie. Für dieses Vertrauen bedanken wir uns mit Arbeitsplätzen, Investitionen und Engagement. So fließen von jedem Euro, den Sie bei uns für Strom ausgeben, 41 Cent in die Region. Bei einem überregionalen Versorger wären dies nur 18 Cent.

Weitere Informationen über unser regionales Engagement unter www.n-ergie.de oder Telefon 0180 2 11444 (6 Cent pro Anruf aus dem Festnetz der Deutschen Telekom. Bei Anrufen aus den Mobilfunknetzen gelten möglicherweise abweichende Preise.)

N-ERGIE
Spürbar näher.

Hauptversammlung der Lechwerke:

Zeichen stehen auf Wachstum

Augsburg (jdt). Von einem härter gewordenen Wettbewerb und weiter gesteigerten Bemühungen, die Versorgungssicherheit auf einem hohen Stand zu halten, war das Geschäftsjahr 2007 der Lechwerke geprägt. In der Hauptversammlung wurde von den Vorstandsmitgliedern Paul Waning und Ulrich Kühnl darauf hingewiesen, dass LEW den aktuellen Herausforderungen „mit neuen Produkten und verbessertem Kundenservice“ begegne. Im Geschäftsjahr 2007 konnte die LEW-Gruppe zum ersten Mal einen Umsatz von über einer Milliarde Euro erreichen. Die Zahl der Mitarbeiter blieb mit 1.626 (2006: 1.624) auf gleichem Niveau.

Für 2007 wurde eine solide Bilanz registriert. Kühnl stellte fest, dies gelte nicht nur für das finanzwirtschaftliche Zahlenwerk, sondern auch für „eine Reihe von Fortschritten bei der nachhaltigen Absicherung unserer Geschäftsbasis“. Genugtuung äußerte Waning darüber, dass nach Kundenverlusten in den vergangenen Jahren die Lechwerke erstmals am Jahresende einen positiven Saldo verzeichnen konnten, mit der Steigerung der Zahl der Haushaltskunden um 11.500 (2,3 Prozent). Besonders gut wurde ein neues Stromprodukt der LEW (Avanza Bonus) mit dreijähriger Preisgarantie und Gratisstromgutschriften für treue Kunden angenommen. In den vergangenen vier Monaten ist jeder fünfte LEW-Kunde zu Avanza Bonus gewechselt.

Neues Ausbildungszentrum

Aufmerksam gemacht wurde auf die Investitionsschwerpunkte Ausbau und Unterhalt des Stromnetzes, die Bereiche Energieeffizienz und Umweltschutz, die Modernisierung der Wasserkraftanlagen und die Erweiterung des vertrieblischen Produktportfolios sowie der easy living-Karte. Auch wies der Vorstand auf die Verstärkung der Weiterentwicklung und Schulung der Mitarbeiter hin. Für die Errichtung eines neuen Ausbildungszentrums in Augsburg investierte LEW im Sommer 2007 über 2,5 Millionen Euro.

Stabile Aktie

Der Vorjahreshöhe entspricht die Dividende von 1,50 Euro je Stückaktie. Kühnl erläuterte: „Die LEW-Aktie bietet eine vergleichsweise stabile Kursentwicklung, die bei Volatilität der Aktienmärkte eher einen Vorteil darstellt. In der kurzfristigen Entwicklung seit Jahresbeginn hat sich die LEW-Aktie besser als der DAX entwickelt. Dies gilt übrigens auch für die Langfristbetrachtung der letzten zehn Jahre.“

Der Hauptversammlung berichtete Vorstandsmitglied Kühnl von der Steigerung des betrieblichen Ergebnisses um 6,7 Prozent auf 109,3 Millionen Euro (2006: 102,51 Millionen Euro), der Verbesserung des Finanzergebnisses auf 20,2 Millionen Euro und

dem leichten Anstieg der Bilanzsumme gegenüber dem Vorjahr auf 1,5 Milliarden Euro.

Positiv vermerkt wurde der Blick auf die Konzessionsverträge, von denen in den vergangenen beiden Jahren mehr als die Hälfte verlängert werden konnte. Von dem Neuabschluss mit der Stadt Friedberg erwarte man eine Signalwirkung auf den Großraum Augsburg. Kühnl: „Es ist nun einmal so, dass städtische Gebiete strukturelle Kostenvorteile haben und die Städte zu Recht davon überzeugt werden wollen, dass die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit uns gegenüber der Gründung eigener Stadtwerke die bessere und sinnvollere Alternative ist.“

Wasserkraftanlagen werden modernisiert

Auch die Stromerzeugung an den Flüssen basiere auf Konzessionsverträgen, betonte Ulrich Kühnl. Nach mehrjährigen Verhandlungen mit den Behörden hätten die Lechwerke den Betrieb der Wasserkraftwerke der Unteren Iller AG, an der das Unternehmen einen Anteil von 40 Prozent habe, für weitere 30 Jahre sichern können. Hier würden in den nächsten Jahren mehr als 20 Millionen Euro in die Modernisierung der Wasserkraftanlagen und in den Hochwasserschutz investiert.

Positiv im bundesweiten Vergleich

Vorstandsmitglied Paul Waning richtete in seiner Rede vor der Hauptversammlung den Blick u.a. auf das Energieeffizienzprogramm. Seit 1998, dem Beginn der Liberalisierung im deutschen Strommarkt, sei der Marktanteil der Lechwerke in ihrem Netzgebiet bei Privat- und Gewerbekunden um 8,3 Prozent gesunken. Im bundesweiten Vergleich stehe man damit noch relativ gut da, denn deutschlandweit lägen die Wechselraten bei 11 Prozent. Zwei Drittel der LEW-Haushaltskunden hätten, so Waning, in den vergangenen 10 Jahren ihren Stromtarif gewechselt, seien aber der LEW treu geblieben.

Herausgestellt wurde von Waning, dass die Lechwerke neben dem Angebot attraktiver Neu-

produkte die Marktpräsenz durch Kooperationen im Raum München, durch zwei neue Kundenforen in Aichach und Mering sowie durch eine Kooperation mit dem Bayerischen Landessportverband gezielt erweitert habe. Besonderen Wert lege LEW - im Vergleich zu den regionalen Wettbewerbern preislich in einer guten mittleren Position - auf gute Servicequalität, sichere Stromversorgung und Wertschöpfung in der Region. Diese erlebten die Kunden von LEW in ihrer Kommune, dem Sportverein oder auch direkt am Arbeitsplatz.

Einen wichtigen Baustein für die Sicherung der Geschäftsbasis nannte Paul Waning die Konzessionsverträge, die heutigen We-

genutzungsverträge. Von den 292 durch LEW gehaltenen Konzessionsverträgen, die fast alle zwischen 2007 und 2011 auslaufen, habe man bereits 195 Kommunen dafür gewinnen können, auch in Zukunft mit den Lechwerken zusammenzuarbeiten. Stolz dürfe man darauf sein, dass bisher in allen Gemeinden, mit denen Neuverhandlungen anstanden, ungeachtet zunehmenden Wettbewerbs es gelungen sei, die manchmal über 100 Jahre dauernde Zusammenarbeit fortzusetzen.

Wärmepumpen-Programm

Auch 2007 hätten die Lechwerke, so fuhr Waning fort, ihr Wärmepumpen-Programm erfolgreich fortgeführt. Im Netzgebiet seien im Vorjahr über 1.000 Wärmepumpen neu ange-

Rechtsformen kommunaler Unternehmen:

Auswirkungen auf die Finanzierung

Von Andreas Cocq,
Leiter Kommalkredite bei der DG HYP

Die Erbringung kommunaler Dienstleistungen ist ein wichtiger Bestandteil des öffentlichen Auftrags. Die Entsorgung von Abwasser, die Sicherung von Straßen und Wegen und vieles mehr werden hierbei durch kommunale Eigenbetriebe, durch Betriebe in der Rechtsform der GmbH oder der Anstalt des öffentlichen Rechts (AdöR) erbracht. Die Wahl der Rechtsform hat hierbei ganz unterschiedliche Auswirkungen auf die Finanzierungsmöglichkeiten.

Folgende Aspekte sind aus Sicht der Bank bei einer Finanzierungsanfrage zu berücksichtigen:

- Wie sieht der Status des Darlehensnehmers aus?
- Welche Eigenkapitalbelastung ergibt sich für die Bank (Solvabilitätsanrechnung)?
- Wie wird das Darlehen besichert?
- Welche besonderen rechtlichen Aspekte sind zu berücksichtigen?

Einfachste Form der Finanzierung: kommunaler Eigenbetrieb

Die einfachste Form eines kommunalen Unternehmens ist bei einer Finanzierungsanfrage der kommunale Eigenbetrieb. Da dieser keine eigene Rechtsform besitzt, wird die Gebietskörperschaft direkter Darlehensnehmer, deren Bonität aus Sicht der finanzierenden Bank un- zweifelhaft ist. Bei einem kommunalen Eigenbetrieb entsteht für die Bank keine Eigenkapitalbelastung, sodass sie dem Darlehensnehmer bessere Finanzierungsbedingungen anbieten kann. Zur Besicherung des Darlehens dient lediglich ein entsprechender Schuldschein.

Bei kreditähnlichen Rechtsgeschäften wie es ein kommunaler Eigenbetrieb ist müssen die jeweiligen Gemeindeordnungen der Bundesländer berücksichtigt werden. Hierfür sind eine Genehmigung der zuständigen Rechtsaufsicht und ein Beschluss des Gemeinderats erforderlich. Sobald diese vorliegen, ist eine Auszahlung umgehend möglich – in der Regel noch am selben Werktag.

In dringenden Fällen kann eine Auszahlung sogar aufgrund einer rechtsverbindlich unterschriebenen Zahlungsanweisung erfolgen, bevor die Kreditunterlagen unterschrieben werden. Ein weiterer Vorteil kommunaler Einrichtungen: Gemeinden stehen Zinsbindungsfristen bis zu 30 Jahren zur Verfügung, da das bestehende Sonderkündigungsrecht gemäß § 489 BGB für Gebietskörperschaften ausgeschlossen werden kann.

Bei der Rechtsform der GmbH

hängen im Hinblick auf die Finanzierung berücksichtigt werden. Um ein Darlehen an eine GmbH zu Kommunalkreditkonditionen zu vergeben, muss eine 100%ige Ausfallbürgschaft einer Gebietskörperschaft als Sicherheit vorliegen. Ohne eine solche Bürgschaft handelt es sich um ein gewerbliches Darlehen, das entsprechend dinglich besichert werden muss. Da es aufgrund der Bürgschaft nur auf die Bonität des Bürgen – also der Kommune – ankommt, belastet auch dieses Darlehen das Eigenkapital der Bank nicht. So kann das Kreditinstitut der GmbH entsprechend günstige Kondition garantieren.

Verbürgte Darlehen

In diesem Zusammenhang müssen jedoch Artikel 87 des EG-Vertrags (Beihilfeverbot) sowie dessen relevante Verordnung (EG-Nr 1998/2006) vom 15. Dezember 2006 besonders berücksichtigt werden. Danach darf die Beihilfe ein Barwertsubventionsäquivalent von 200.000 Euro über einen Zeitraum von drei Jahren nicht überschreiten. Durch eine genauere Differenzierung im Rahmen der Verordnung ist vor dem Hintergrund der Rechtssicherheit die Vergabe von verbürgten Darlehen allerdings nur an solche Unternehmen sinnvoll, die Leistungen von „allgemeinem wirtschaftlichen Interesse“ erbringen (Daseinsvorsorge).

Anstalt des öffentlichen Rechts – Zinsbindungsfrist maximal zehn Jahre

Im Gegensatz zu einem kommunalen Eigenbetrieb beträgt die maximale Zinsbindung bei einer GmbH zehn Jahre, da das Sonderkündigungsrecht gemäß § 489 BGB vertraglich nicht ausgeschlossen werden kann. Eine Auszahlung des Darlehens ist bei einer GmbH im Gegensatz zu einem Eigenbetrieb erst möglich, wenn der Bank alle Unterlagen vorliegen. Allein die Beibringung der aufsichtsrechtlichen Genehmigung zur Bürgschaftsübernahme kann in der Regel 4 bis 6



Optimistischer Blick in die Zukunft: die LEW-Vorstandsmitglieder Paul Waning (links) und Ulrich Kühnl. Bild: -jdt-

schlossen worden, obwohl die Zahl der Neubauten im Ein- und Zweifamilienhaus-Bereich um fast 45 Prozent zurückgegangen sei. Bewährt habe sich die gute Zusammenarbeit mit dem Handwerk. Einen guten Start habe LEW im Wärmepumpenmarkt auch schon 2008 gehabt, mit dem Anschluss von nicht

weniger als 266 Wärmepumpen an das Netz bis Ende April dieses Jahres. Vorstand Waning zeigte sich am Schluss seiner Ansprache optimistisch: „Wir haben im Vertrieb und in der Erzeugung ein sehr positives Jahr hinter uns. Für die Zukunft stehen in diesen Bereichen die Zeichen für uns auf Wachstum.“ □

Wochen in Anspruch nehmen.

Anstalten des öffentlichen Rechts gibt es mit Bezug auf Kreditaufnahmen in Deutschland in zwei Ausprägungen – die AdöR ohne Gewährträgerhaftung (z.B. in Schleswig-Holstein) und die AdöR mit Gewährträgerhaftung (z. B. in Bayern). Unabhängig von der Bonität der jeweiligen AdöR hat diese Differenzierung unterschiedliche Auswirkungen für die finanzierende Bank, da die Eigenkapitalbelastung sich stark unterscheidet.

Bei einer AdöR mit Gewährträgerhaftung wird die Eigenkapitalbelastung mit 20 Prozent angerechnet. Dies bedeutet zusätzliche Finanzierungskosten von rund 0,12 Prozent. Bei einer AdöR ohne Gewährträgerhaftung wird das Darlehen hingegen zu 100 Prozent angerechnet. Daraus ergibt sich – je nach aktueller Marktlage – für die Bank ein Kostenfaktor von bis zu 0,7 Prozent, der an den Kunden weitergereicht wird. Ähnlich wie bei einer GmbH werden einer AdöR Zinsbindungen für maximal zehn Jahre angeboten, da auch hier das Sonderkündigungsrecht gemäß § 489 BGB

vertraglich nicht ausgeschlossen werden kann.

Kommunaler Eigenbetrieb von Banken und Kommunen bevorzugt

Die Rechtsform eines kommunalen Unternehmens wirkt sich direkt auf die Finanzierung aus. Nicht nur aus Sicht der Bank ist ein kommunaler Eigenbetrieb die einfachste Variante; auch die Kommunen bevorzugen diese Rechtsform, obwohl die GmbH dem Darlehensnehmer günstigere Konditionen bietet. Der Grund dafür liegt in dem aufwendigen Gründungsprozess einer GmbH. Bei einer Anstalt des öffentlichen Rechts sind die Zinskonditionen höher als bei den zuvor beschriebenen Varianten, da hierbei Eigenkapitalmittel der Bank hinterlegt werden müssen. Ausschlaggebend für die weitere Vorgehensweise der Kommunen ist, welche Auswirkungen die Umstellung der kommunalen Haushalte von Kameralistik auf Doppik haben wird, da dann im Rahmen der Bilanzierung alle Eventualverbindlichkeiten im Haushalt aufgeführt werden müssen – und dieser dann dementsprechend belastet wird. □

Thermographieaktion im Landkreis Rottal-Inn:

„Die Nase vorn“

Durchwegs positiv war die Bilanz aller Beteiligten der für dieses Jahr abgeschlossenen Thermographieaktion, die vom Landratsamt Rottal-Inn initiiert und von der Sparkasse Rottal-Inn, der Kreishandwerkerschaft und zwei Energieberatungsbüros unterstützt wurde. 300 Besucher auf den Informationsveranstaltungen der Sparkasse, viele Anrufe bei Handwerksbetrieben, bei der Handwerkskammer und auch bei der Wirtschaftsförderung am Landratsamt und nicht zuletzt über 100 durchgeführte Thermographien: die Untersuchung, die Schwächen in der Wärmedämmung von Häusern aufzeigt, erwies sich als echter „Renner“.

„Man merkt, dass viele Hausbesitzer in die Zukunft denken und lieber jetzt in eine sinnvolle Wärmedämmung investieren als auch die nächsten Jahre den steigenden Kosten für die Heizung machtlos gegenüber zu stehen“, freute sich Landrätin Bruni Mayer. Sie sei stolz darauf, dass der Landkreis Rottal-Inn hier wieder einmal „die Nase vorn“ gehabt habe, denn schon jetzt gäbe es Anfragen aus anderen bayerischen Landkreisen, die eine solche Aktion ebenfalls starten wollen. Im Landkreis werde die Aktion im Herbst wieder aufgenommen.

Johann Fischer, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Rottal-Inn, war ebenfalls voll des Lobes: „Wir haben viele Anfragen und konnten auch bei den notwendigen Finanzierungen für die Energiesparmaßnahmen zu guten Konditionen den Kunden weiterhelfen.“ Dies habe sinnvollen

Nutzen für den langfristigen Werterhalt der entsprechend sanierten Immobilien. Die Sparkasse werde die Aktion deshalb ebenso in der kommenden Saison unterstützen. Auch weiterhin könnten die Thermographien mit einem Bonus-Scheck der Sparkasse über 25 Euro gefördert werden.

Verlässliche Partner und kompetente Beratungen

„Die aktuelle Energiepreisentwicklung zeigt auf, wie wichtig und Ziel führend Energiesparmaßnahmen im Wohnbaubereich sind. Verlässliche Partner vor Ort, aktuelle Informationen und kompetente Beratungen sind für die richtige Entscheidung unerlässlich“, hob Ursula Hertlein von der Wirtschaftsförderung am Landratsamt hervor. Die Thermographie-Aktion habe bewiesen, dass alle Partner auf dem richtigen Weg sind. DK

BLE

Bau- und Land-Entwicklungsgesellschaft Bayern GmbH

Maria-Wimmer-Str. 3, 81739 München
Telefon 089 / 67 40 37, Telefax 089 / 62 71 51 50
Internet: www.ble-bayern.de
eMail: info@ble-bayern.de

- im genossenschaftlichen FinanzVerbund -

Seit 1974 bietet die BLE maßgeschneiderte Lösungen als Erschließungsträger für Wohn- und Gewerbegebiete sowie bei der Finanzierung von kommunalen Investitionen nach dem „kommunalen Haushaltsmodell“.

Als erfahrener und langjähriger Partner der Städte und Gemeinden stehen wir gerne für ein persönliches Gespräch mit Ihnen bereit.

Ihre Ansprechpartner:

Gerd Schrenker Ulrich Killer Bernd Hippe

Sie erreichen uns unter: Telefon 089 / 67 40 37

Auszeichnung der Sieger des Bayerischen Gründerpreises 2008:

Profi-Tipps für erfolgreiche Unternehmen

Keine Kreditklemme bei bayerischen Sparkassen

Im Umfeld einer Unternehmerkonferenz zeichnete der Sparkassenverband Bayern in Nürnberg die Sieger des Bayerischen Gründerpreises 2008 aus. Die Trophäe als beste „Nachfolge“ erhielt Landbäckerei Ihle aus Augsburg für die Weiterführung des Familienunternehmens in der mittlerweile vierten Generation. In der Kategorie „Konzept“ ging der Preis an die Firma „s Baggers“ für die Entwicklung eines neuartigen Restaurantsystems in der fränkischen Metropolregion. Als bestes „StartUp“-Unternehmen wurde Sunmaschine aus Wilpoldsried/Allgäu vorgestellt.

Das junge Unternehmen hat ein neuartiges Kraft-Wärme-Koppelungssystem entwickelt. Der Preis in der Kategorie Aufsteiger ging an die „a:k:t Informationsysteme AG“ aus Passau. Der Vertriebsdienstleister realisiert ein Order-Management-System im Telekommunikationsmarkt. In der Kategorie „Lebenswerk“ wurde die Wirtschaftskanzlei Rödl&Partner aus Nürnberg ausgezeichnet. Ein Sonderpreis für Standorttreue ging an Wurst- und Fleischwarenfabrik Gebrüder Kupfer GmbH aus Heilsbronn.

6.000 bis 8.000 neue Jobs finanziert

2007 haben die bayerischen Sparkassen für rund 1.900 Existenzgründungen insgesamt 168

Mio. Euro an Gründungsdarlehen ausgereicht, so Vizepräsident Rudolf Faltermeier. Da mit einer Errichtung eines Unternehmens durchschnittlich drei bis vier Arbeitsplätze geschaffen werden, ermöglichten die Initiativen der Gründer sowie die Kredite der Sparkassen etwa 6.000 bis 8.000 neue Jobs. Die aktuellen Zahlen zur Vergabe von Neukrediten zeigten außerdem, so Faltermeier, dass es für Projekte mit einem durchgerechneten Geschäftsmodell keine Kreditklemme gebe.

Vom StartUp zum Gründerpreis

Der Bayerische Gründerpreis entstand aus dem 1997 ins Leben gerufenen StartUp-Wettbewerb für Existenzgründer. „Nicht die

Konzeption allein entscheidet. Auch Wachstum, Aufstieg und Nachfolge wollen im ökonomischen Leben gut organisiert sein.“, so Rudolf Faltermeier. Deshalb sei aus dem „StartUp“-Gedanken der ersten Stunde ein umfassender, praxisorientierter Unternehmerpreis entwickelt worden. Neu hinzugekommen sei außerdem eine Unternehmerkonferenz als Plattform für Wissen und Erfahrung.

Förderer des Wettbewerbs

Als exklusive Förderer des Wettbewerbs fungieren die Kanzlei Schaffer & Partner GbR aus Nürnberg, die Versicherungskammer Bayern, die Deutsche Leasing, die Bayern-LB, die DekaBank, die Börse München sowie die LfA Förderbank Bayern. Medienpartner der begleitenden Unternehmerkonferenz sind die Süddeutsche Zeitung sowie Bayern 5 aktuell und TV Bayern.

Der Sparkassenverband Bayern war für die Durchführung des Wettbewerbs verantwortlich. Der Präsentationsausschuss der



Die Sieger des Bayerischen Gründerpreises zusammen mit dem Vizepräsidenten des Sparkassenverbands Bayern, Rudolf Faltermeier (rechts).

bayerischen Landesjury setzte sich zusammen aus Venture-Capital-Gebern (S-Refit), Schaffer & Partner, der Versicherungskammer Bayern, der LfA Förderbank Bayern, Sparkassenvorständen und einem Vertreter der Börse München. Die Bundesieger des Deutschen Gründerpreises werden am 17. Juni 2008 in Berlin geehrt.

Gold-Kurs

Die Ehrungen des Bayerischen Gründerpreises waren eingebettet in eine eintägige Unternehmerkonferenz der bayerischen Sparkassen unter dem Motto: „So bringen Sie Ihr Unternehmen auf Gold-Kurs“. Im Vordergrund standen Kommunikation und Information sowie fundierte und individuelle Beratung. Etablierte mittelständische Unternehmen und aufstrebende Jungunternehmen erhielten Impulse und Perspektiven für Wachstum und Gewinn.

Landesbanken müssen ihre Eigentümer unterstützen:

„Sparkassen erwarten Loyalität“

Hilse: Abbau von Risikoaktiva und Fusionen bei Landesbanken

Der Bundesobmann der deutschen Sparkassenverbände Jürgen Hilse hat den Willen der deutschen Sparkassen bekräftigt, Risikoaktiva bei Landesbanken abzubauen. Fusionen zwischen Landesbanken seien hierzu ein notwendiger Weg.

„Der Wille der Sparkassen als Miteigentümer ist es, dass Landesbanken stärker von Geschäft mit realwirtschaftlichem Bezug leben können. Dazu müssen reine Finanzengagements in internationalen Geschäften reduziert werden. Hierzu gibt es eine ganz einheitliche Auffassung der deutschen Sparkassenverbände“. Sparkassen brauchten Landesbanken, aber nicht in der heutigen Anzahl und Dimensionierung. Die Sparkassen unterstützen nach den Worten Hilses bundes-

weit den Kurs von DSGVO-Präsident Heinrich Haasis, auf eine Fusion von Landesbanken hinzuwirken. „Die Sparkassen sind Eigentümer von Landesbanken und nicht umgekehrt. Deshalb haben die Landesbanken und ihre Vorstände den Kurs der Sparkassen loyal zu unterstützen“, sagte Hilse. Er empfand vor diesem Hintergrund die Kritik des Helaba-Chefs Merl am DSGVO als unangemessen. Wer in dieser Frage den DSGVO angreife, stellen sich gegen alle deutschen Sparkassenverbände.

Starker Beifall für Dr. Franz Alt:

Die Sonne schickt keine Rechnung

Vortragsveranstaltung der Sparkasse Dillingen und der Firma Renner

Lauingen (jdt). Weltweit unterwegs als viel gefragter Prediger für optimale und zukunftssträchtige Nutzung der „Erneuerbaren Energien“ ist Fernsehmoderator und Buchautor Dr. Franz Alt. Der bekennende Katholik, dessen Bücher in 12 Sprachen übersetzt wurden und der Gastkommentare sowie Hintergrundberichte in über 40 Zeitungen und Magazinen schreibt, läutete die Alarmglocken für die „Botschaft des Jahrhunderts“. Ein starkes Echo fand eine Vortragsveranstaltung mit Dr. Alt zum Thema „Die Sonne schickt uns keine Rechnung“ im Bildungszentrum für Umweltschutz in Lauingen. Veranstalter waren die Kreis- und Stadtparkasse Dillingen und die Lauinger Firma Renner.

Höchste Zeit sei es, so Alt, angesichts der drohenden Klimakatastrophe für das „Solarzeitalter“ und den verantwortungsvollen Umgang mit der Schöpfung.

Vorbildlicher Landkreis

Der Vorstandsvorsitzende der Sparkasse Dillingen, Thomas Schwarzbauer, der auch zahlreiche Bürgermeister und Repräsentanten des öffentlichen Lebens begrüßen konnte machte auf die hohe Aktualität der Veranstaltung aufmerksam. Angesichts dringend erforderlicher Lösungen seien im Energiebereich enorme Veränderungen zu erwarten: „Wer diese zu zaghaft anpackt, wird nicht Erfolge, sondern nur Schmerzen ernten“.

Besondere Anerkennung zollte Direktor Schwarzbauer dem Dillinger Landrat Leo Schrell

dafür, dass er mit seinen Mitarbeitern die Lösungen der Energieproblematik zu einer Schwerpunktaufgabe in der Region gemacht habe. Zu danken habe man für Leistungen, die „weit über die administrativen Aufgaben eines Landratsamtes hinausgehen“. Hingewiesen wurde von Schwarzbauer auf das „Energieportal Donautal“ mit gezielten Informationen und Beratungen im Landratsamt, unter anderem zu Energiesparpartnern, Fördermöglichkeiten mit Handwerker und Infos auch zu Fragen der Wirtschaftlichkeit.

Die Firma Renner in Lauingen bezeichnete Schwarzbauer als „eine der kompetentesten Adressen in der Region“. Mit der „Top-Job“-Auszeichnung durch Bundeswirtschaftsminister a. D. Dr. Wolfgang Clement in Duisburg im Februar 2008 gehöre der

leistungsstarke Lauinger Betrieb zu den 100 besten Unternehmen in der Bundesrepublik. Im Blick auf den anwesenden Lauinger Bürgermeister Wolfgang Schenk galt hier ein Glückwunsch auch der Stadt zu diesem „Standortfaktor erster Güte“. Hingewiesen wurde von Schwarzbauer auf „maßgeschneiderte Finanzkonzepte und Sonderkreditprogramme der Sparkasse“.

Vorreiterrolle

Dipl.-Ing. Andreas Renner, Geschäftsführer der gleichnamigen Firma, stellte fest: „Wir haben schon seit vielen Jahren die Entwicklung erkannt und mit technischem Know-How unterstützt“. Das Familienunternehmen sei regional der Vorreiter im Bereich der Erneuerbaren Energien, und mit Unterstützung durch Bürgermeister Schenk und die Sparkasse maßgeblich beteiligt an der Erstellung der Bürger-solaranlage in Lauingen.

Mobilisierung des solaren Reichtums

In seinem mit starkem Beifall aufgenommenen Vortrag plädierte Dr. Alt für die „Mobilisierung des solaren Reichtums auf unserem Planeten. Hier gehe es letztlich um eine Überlebensfrage der Menschheit. Der Redner warnte leidenschaftlich vor dem globalen Treibhaus; er sprach von den verheerenden, zum Teil heute schon spürbaren Folgen der Erderwärmung, mit dem drohenden „Ertrinken von Millionenstädten“. In absehbarer Zeit gingen, so Alt, die Vorräte an Öl, Kohle, Gas und Uran zu Ende. Hingegen könne man Sonne, Wind, Bioenergie, Meeresenergie, Wasserkraft und Erdwärme noch fünf Milliarden Jahre nutzen: „Allein von der Sonne bekommen wir alles, was wir brauchen. Nötig sei lediglich, die Hausdächer für die kostenlos gelieferte Sonnenenergie zu nutzen ebenso wie die letztlich schönen Windräder.“

(Fortsetzung Seite 12)



Ein starkes Echo fand die Veranstaltung der Kreis- und Stadtparkasse Dillingen und der Firma Renner in Lauingen über die Bedeutung Erneuerbarer Energien mit Dr. Franz Alt. Im Bild am Büchertisch (v. r.): Josef Holzmann, Vorstandsmitglied der Sparkasse, Dr. Alt, Andreas Renner, der Vorstandsvorsitzende der Sparkasse, Thomas Schwarzbauer, der Seniorchef der Firma Renner, Helmut Renner, Alexander Renner, Buchhändler Ulrich Demmer, Klaus-Peter Hafner. Vorne sitzend Frau Waltraud Renner.



Altersvorsorge fürs Haus? Modernisieren mit LBS-Bausparen!



Unsere Antwort auf die hohen Ölpreise? Sparen Sie Energie – modernisieren Sie Ihre eigenen vier Wände!

Durch die passenden Sanierungsmaßnahmen können Sie den Energieverbrauch Ihrer Immobilie um bis zu 50% senken. Das spart eine Menge Geld und macht Ihr Haus fit für die Zukunft. Eine Modernisierung ist also die optimale Altersvorsorge für Ihr Haus! Und LBS-Bausparen hilft Ihnen, dieses Ziel zu verwirklichen.

Sprechen Sie jetzt mit Ihrem Berater in den LBS- oder Sparkassen-Geschäftsstellen.

www.lbs-bayern.de

Wir geben Ihrer Zukunft ein Zuhause.

Sparkassen-Finanzgruppe

Schon ab dem Jahr 2009:

Bayern gibt Startschuss für Steuerentlastungen

Erster Schritt Bundesratsinitiative zur Wiedereinführung der Pendlerpauschale, Erhöhung des Kindergelds und Kinderfreibetrags sowie Förderung des Wohnungsbaus / Huber: „Meilenstein für mehr Steuergerechtigkeit“

„Bayern wird in der Steuerpolitik auch in Zukunft Meinungsführer sein. Wir werden in der Sitzung des Bundesrats am 4. Juli 2008 ein Gesetzgebungsverfahren zur steuerlichen Entlastung der Bürgerinnen und Bürger schon im Jahr 2009 starten“, kündigte Finanzminister Erwin Huber im Ministerrat an. Huber: „Mit unserem Konzept „Mehr Netto für alle“ setzen wir einen Meilenstein für mehr Steuergerechtigkeit. Wir bleiben Vorreiter bei der finanziellen Entlastung für Familien und Leistungsträger in unserer Gesellschaft sowie bei der klimafreundlichen Förderung des Wohnungsbaus.“

Nach den Worten Hubers sieht das bayerische Steuerkonzept für 2009 eine Sofortentlastung der Familien und Arbeitnehmer in Höhe von rund 5 Milliarden Euro vor. Kernpunkte sind die Wiedereinführung der Pendlerpauschale vom ersten Kilometer an, die Erhöhung des Kindergelds und des Kinderfreibetrags, die Förderung des Wohnungsbaus sowie die steuerliche Flankierung der Klimaschutzziele. Huber betonte, dass die finanzielle Ausgangssituation Bayerns solide ist.

Zusätzliche Einnahmen

Nach der Mai-Steuerschätzung 2008 kann Bayern nach

den Worten des Finanzministers im Jahr 2008 mit zusätzlichen Einnahmen von bis zu einer halben Milliarde Euro rechnen. 2009 werden Steuererhöhungen von bis zu 0,8 Milliarden Euro gegenüber der bisherigen Finanzplanung erwartet, 2010 bis zu 1,5 Milliarden Euro.

Mehr Netto für alle

Das Konzept „Mehr Netto für alle“ soll nach den Worten Hubers in drei Stufen umgesetzt werden. Die Maßnahmen sind so konzipiert, dass das Ziel einer breiten Entlastung für Familien, Arbeitnehmer und Mittelstand mit dem Ziel der Haushaltskon-

solidierung verbunden wird. In einer schnell wirkenden Vorstufe sollen zu Beginn des nächsten Jahres Familien und Pendler zielgenau entlastet werden. Die eigentliche Lohn- und Einkommensteuerratifreform folgt in zwei Stufen in den Jahren 2010 und 2012.

Sofortentlastung 2009

Die Pendlerpauschale wird in der bewährten Form wieder eingeführt, d.h. Abzug der typisierten Kosten vom ersten Kilometer an. Im Jahr 2010 erfolgt der Einstieg in die Einkommensteuerratifreform, bei der vor allem Bezieher geringer Einkommen entlastet werden sollen. Das Entlastungsvolumen dieser Stufe beträgt 10 Milliarden Euro. Vorgehen sind folgende Maßnahmen: Erhöhung des Grundfreibetrags auf 8.004 Euro, Reduzierung des Eingangsteuersatzes von 15 Prozent auf 13 Prozent und Einstieg in die Tarifabflachung.

Daneben muss entsprechend dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts ab dem Jahr 2010 die Abzugsfähigkeit der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung geregelt werden. Davon profitieren nach Hubers Worten besonders die Normalverdiener und der Mittelstand.

Zu Beginn des Jahres 2012 steht die weitere spürbare Abflachung des Einkommensteuerratifverlaufs auf dem Programm. Daneben wird ein Kindergrundfreibetrag von ebenfalls 8.004 Euro eingeführt. Das Entlastungsvolumen dieser Maßnahmen beträgt 13 Milliarden Euro. Im Einzelnen: Reduzierung des Eingangsteuersatzes von dann 13 Prozent auf 12 Prozent und Abflachung des Tarifverlaufs durch Hinausschieben des Betrags, ab dem der Spitzensteuersatz von 42 Prozent greift, von 52.152 Euro auf 60.000 Euro.

„Kern der Einkommensteuerratifreform ist die Abflachung des Einkommensteuerratif“, so Hu-



„Die Welt lebt von Menschen, die mehr tun als ihre Pflicht.“ Unter diesem anerkennenden Motto gratulierten Landrat Reinhard Leutner (2. v. l.) und Sparkassendirektor Roland Vogel (li.) den Preisträgern des Sparkassen-Förderpreises Umwelt und Naturschutz 2008 im Landkreis Lichtenfels. Ihre Anerkennung sprachen auch die Bürgermeister bzw. Bürgermeister-Stellvertreter aus den Orten der Preisträger aus: Sabine Scheer, Bad Staffelstein (4. v. l.), Thomas Kneipp, Hochstadt (5. v. l.), Hauke Petersen, Ebensfeld (11. v. l.), Bernhard Christoph (11. v. r.) und Gabriele Huber (5. v. r.).

Nachhaltigkeit bewiesen

Zum 16. Mal überreichen Landratsamt Lichtenfels und Sparkasse Coburg-Lichtenfels den „Sparkassen-Förderpreis Umwelt- und Naturschutz“

Lichtenfels. Vorbildliches Engagement im Umwelt- und Naturschutz „vor Ort“ anerkennen, diese positiven Beispiele herausstellen und dadurch immer wieder zur Nachahmung anregen – dies stellte Landrat Reinhard Leutner als die wichtigsten Ziele des „Sparkassen-Förderpreises Umwelt- und Naturschutz“ heraus. Er wurde jetzt bereits im 16. Jahr gemeinsam von Landratsamt Lichtenfels und Sparkasse Coburg - Lichtenfels vergeben.

Der Landkreischef, gleichzeitig 1. Vorsitzender des Kreisverbands für Gartenbau und Landespflege, hob das vielfältige Engagement hervor, das im Umwelt- und Naturschutz vor Ort immer

wieder erbracht werde – sei es von Gartenbauvereinen und anderen Gruppen, von Schulen oder Privatpersonen, von jüngeren ebenso wie von älteren Mitbürgern. In Zeiten angespannter

öffentlicher Haushalte sei es besonders wichtig, dass Menschen für ihr die Mitgestaltung ihres Lebensumfelds selbst Initiativen ergreifen und es auf diese Weise positiv mitgestalten.

Heimische Region gestalten

Der Landrat dankte der Sparkasse, dass sie von Anfang an dem Förderpreis aufgeschlossen gegenüber gestanden habe, ihn aktiv mitgestalte und auch 2008 die Urkunden und dazu Geldpreise von insgesamt 2.100 Euro zur Verfügung gestellt habe.

Sparkassendirektor Roland Vogel betonte, dass sein Institut das Engagement auf den Gebieten Umwelt- und Naturschutz als besonders förderungswürdig ansehe. Eine intensivere Bestätigung dafür als die aktuelle „Klimadiskussion“ könne man sich kaum vorstellen.

Als lokal tätige Sparkasse wolle man gerne mithelfen, die heimische Region lebens- und liebenswürdig zu gestalten. Mit diesem Förderpreis und einer Reihe weiterer Aktivitäten bringe man sich gerne im Sinne des eigenen Leitsatzes: „Sparkasse. Gut für die Region.“ ein.

Sonntage

Als weitere markante Maßnahme sei heuer bereits zum vierten Mal im Zuge der „Lichtenfelser Sonntage“ des Landratsamtes ein Ideenwettbewerb für junge Leute zum Thema „Erneuerbare Energien“ ausgeschrieben. Auch diesen unterstütze die Sparkasse gerne und stelle Preisgelder von 5.000 Euro zur Verfügung.

Beide dankten der Jury, die aus einer Reihe von Anträgen die sieben Preisträger des Jahres 2008 ausgewählt hatte. Diese erhielten jeweils eine kunstvoll gestaltete Urkunde und einen Geldpreis von 300 Euro.

Leistungen und Motive

Bei der Übergabe im Beisein von Jury und örtlichen Bürgermeister hatten die Ausgezeichneten Gelegenheit, der Öffentlichkeit ihre Leistungen und ihre Motive darzustellen: Sie reichten vom jahrzehntelangen Einsatz für Ortsverschönerung, Vogel-, Arten- und Biotopschutz über erosionsmindernde Bodenbearbeitung in der Landwirtschaft bis zum Engagement einer Jugendgruppe beim vorbildlichen „Herrichten“ eines unzugänglich gewordenen Geländes am Dorfrand. Jüngste Preisträgerin war die elfjährige Christina Fichtner, die seit mehreren (!) Jahren naturfachliche und heimatkundliche Themen in der Tageszeitung und auch in Buchform veröffentlicht.

ber, verdeutlicht: So erhalte die Mittelschicht in Deutschland eine neue Perspektive.“

Ohne neue Schulden

Der Minister betonte, dass die skizzierte Einkommensteuerratifreform einen finanziellen Kraftakt bedeutet. Dennoch sei eine Steuerentlastung für Arbeitnehmer und Mittelstand kein Widerspruch zur weiteren Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Großen Wert legt die Staatsregierung nach den Worten Hubers deshalb darauf, dass das bayerische Steuerkonzept ohne neue Schulden finanzierbar ist. Im Jahr 2012 erwartet der Staat rund 90 Milliarden Euro mehr an Steuern einnehmen als heuer. Davon sollen Bund, Länder und Gemeinden auf ein knappes Drittel verzichten und bei den Bürge-

rinnen und Bürgern belassen.

Durch die Streckung der Gesamtreform erhalten der Bund und die finanzschwachen Länder die Gelegenheit, sich auf die Einnahmesituation einzustellen und ihre Haushalte entsprechend zu planen.

Huber: „Deutschland braucht eine nachhaltige Haushalts- und Steuerpolitik. Denn auf beiden Feldern wird auf Dauer nur derjenige erfolgreich sein, der über den Tag hinaus blickt und richtig investiert. Steuerpolitik muss die Leistungsträger in unserer Gesellschaft motivieren. Deshalb ist jetzt der richtige Zeitpunkt, um in eine Einkommensteuerratifreform einzusteigen. Einkommensteuer-Entlastungen schaffen zusätzliches Wirtschaftswachstum, neue Arbeitsplätze und damit neue Steuerzahler und weniger Transferempfänger.“

LBS-Jubiläumskunde kommt aus Weilheim:

Bausparvertrag mit der Nummer 5.000.000 abgeschlossen

Erfolgsgeschichte: Rund 1,6 Millionen Wohnungen finanziert LBS-Marktanteile erreichen strategische Zielmarke

Ein LBS-Bausparvertrag mit der Stammmnummer 5.000.000 wurde vor kurzem in der LBS-Beratungsstelle in Weilheim abgeschlossen. „Es handelt sich dabei um den Fünf-Millionsten LBS-Bausparvertrag in Bayern seit der Währungsreform 1948“, betont Dr. Franz Wirnhier, Sprecher der LBS-Geschäftsleitung. Dieses Jubiläum verdeutliche die Erfolgsgeschichte der LBS. Jubiläumskunde ist der 21-jährige Johannes Spendel aus Weilheim.

Im ersten Quartal 2008 konnte die LBS Bayern den Vorsprung erheblich ausweiten und die 40-Prozent-Marktführerschaft erreichen. Wirnhier: „Die Marktanteile im Bausparneugeschäft der LBS Bayern sind im ersten Quartal dieses Jahres auf 47,8 Prozent in der Stückzahl und 40,2 Prozent nach Bausparsumme gestiegen.“

Jeder achte Bayer besitzt heute mindestens einen LBS-Bausparvertrag. Eine Gesamtsumme von über 67 Milliarden Euro hat die Bayerische Landesbausparkasse seit 1948 zugeteilt. „Die LBS-Kunden finanzierten damit den Kauf und Erhalt von Wohneigentum in Bayern. Etwa 1,6 Millionen Wohnungen, hauptsächlich in Ein- und Zweifamilienhäusern, haben in den vergangenen 60 Jah-

lang begleitet – vom Wohnen im Elternhaus über die ersten eigenen vier Wände, die Wohnung oder das Haus für die eigene Familie bis hin zum altersgerechten Wohnen. „Die eigene Immobilie bietet Unabhängigkeit, ein hohes Maß an Gestaltungsfreiheit und ist gleichzeitig eine hervorragende Altersvorsorge.“

Altersvorsorge

Der LBS-Chef verweist auf das geplante Eigenheimentgeltgesetz: „Diese wohnungspolitische Weichenstellung integriert das Eigenheim in die staatliche Altersvorsorgeförderung“, erklärt er. Bei dem Entwurf gehe es im Kern darum, dass Spar- und Tilgungsleistungen für selbst genutztes Wohneigentum die gleiche Förderung erhalten sollen wie die bestehenden Riester-Produkte. Das für den Immobilienmarkt so wichtige Vorhaben soll bis zur parlamentarischen Sommerpause verabschiedet sein und rückwirkend zum 1. Januar 2008 in Kraft treten.

Grundbedürfnis Wohnen

Dr. Franz Wirnhier betont, Wohnen sei ein Grundbedürfnis, das jeden Menschen ein Leben

Genossenschaftsverband Bayern (GVB):

Irtel neuer Vorsitzender des Verbandsrats

Der Verbandsrat des Genossenschaftsverbands Bayern hat in einer außerordentlichen Sitzung Konrad Irtel zu seinem neuen Vorsitzenden gewählt. Damit verbunden ist auch das Amt des ehrenamtlichen GVB-Verbandspräsidenten. Irtel ist Vorstandssprecher der VR Bank Rosenheim-Chiemsee eG. Er folgt zum 1. Juli 2008 auf Leonhard Dunstheimer, Vorstandsvorsitzender der Raiffeisen-Volksbank Ries eG. Dunstheimer hatte bereits im August vergangenen Jahres erklärt, zu seinem 60. Geburtstag am 27. Juni 2008 aus allen Ämtern in der Bank und damit auch im Verband ausscheiden zu wollen.

Der 54-jährige Irtel gehört dem Verbandsrat des GVB seit 1996 an. Seit 2005 ist er als stellvertretender Vorsitzender des Gremiums zugleich Mitglied des GVB-Präsidiums. Dem Bezirksverband Oberbayern im GVB steht Irtel seit 2002 als Präsident vor. Im Vorstand der VR Bank Rosenheim-Chiemsee ist der gebürtige Wasserburger seit 1988.

Neu zum weiteren stellvertretenden Vorsitzenden des GVB-Verbandsrats wurde Helmut Haun, Vorstandsvorsitzender der Raiffeisenbank Aschaffenburg eG, gewählt. Zusammen mit Manfred Nüssel, Präsident des Deutschen Raiffeisenverbands, komplettiert er das Präsidium des GVB.

Der GVB repräsentiert 1.114 Mitgliedsunternehmen. Darunter befinden sich 328 Kreditgenossenschaften mit einer Bilanzsumme von 108,4 Milliarden Euro sowie 786 Genossenschaften und genossenschaftliche Unternehmen aus dem landwirtschaftlichen und dem gewerblichen Bereich mit rund 10,6 Milliarden Euro Umsatz. Die genossenschaftlichen Unternehmen in Bayern haben knapp 2,7 Millionen Mitglieder.

Die Sonne schickt uns ...

(Fortsetzung von Seite 11)

Eine besondere Verantwortung habe die Wirtschaft bei der sehr rasch erforderlichen Umstellung auf die Erneuerbaren Energien. Wieder einmal sei Deutschland auch in dieser Frage „ein Land der Bedenkenträger und Schlafmützen“. Es gehe um die Rettung der Erde vor der Zunahme von neuen Wüsten, eines Tages auch in Bayern. Für die Menschen gebe es eben keinen „Ersatzplaneten“. Hoffnungen setzt Alt auf wachsende Einsicht der Politiker, kluge Bauern und den Einsatz des Mittelstandes, der eher als Großunternehmen zukunftsfähige Entwicklungen voranbringen könne: „Wir brauchen viele Renners und Geldinstitute wie die Dillinger Sparkasse und Initiativen wie im Landkreis Dillingen“.

Lebhaftes Interesse gab es an den Büchern von Dr. Alt am Büchertisch der Buchhandlung Brenner, nicht zuletzt an dem international stark beachteten hochaktuellen Werk „Der ökolo-

gische Jesus“ (Vertrauen in die Schöpfung).

Vorbild Familie Gärtner

Ein herzliches Wiedersehen gab es zwischen Alt und Heinrich Gärtner senior vom „Maierhof“ bei Buttenwiesen. Der Familie Gärtner hat Dr. Alt in seinem Buch „Sonnige Aussichten“ (Wie der Klimaschutz zum Gewinn für alle wird) in dem Kapitel „Familie Gärtner spielt die Sinfonie der Erneuerbaren“ beispielgebende Initiativen bescheinigt. Einbezogen in das hohe Lob waren der 36-jährige Heinrich Gärtner junior und seine Frau Sandra und auch Vater Heinrich, bekannt als Kommunalpolitiker und langjähriger früherer Kreisobmann des Bayerischen Bauernverbandes Dillingen. Die Gärtners errichteten im Jahr 2004 die damals größte Photovoltaik-Anlage der Welt, die Ökostrom für 3.600 Menschen und zusätzlich noch Ökowärme produziert.

Oberpfälzer Landräte trafen sich zu ihrer konstituierenden Sitzung:

Interkommunale Kooperation soll intensiviert werden

Simon Wittmann weiterhin Vorsitzender / Regionalmanagement neben Regionalmarketing

Die Verstärkung der interkommunalen Zusammenarbeit sowie die Intensivierung des Regionalmarketings und Regionalmanagements waren die zentralen Punkte bei der konstituierenden Sitzung der Oberpfälzer Landräte im Rathaus Hemau. An der ersten Sitzung nach den Kommunalwahlen am 2. März nahmen auch die neugewählten Landkreischefs Richard Reisinger (Amberg-Sulzbach) und Wolfgang Lippert (Tirschenreuth) teil. Vorsitzender bleibt Landrat Simon Wittmann (Neustadt/Waldnaab), sein Stellvertreter ist Landrat Volker Liedtke aus Schwandorf.

Mit dabei waren auch Regierungspräsidentin Brigitta Brunner sowie Bezirksstagspräsident Rupert Schmid. Einmütig unterstützt das Gremium den Chamer

Landrat Theo Zellner bei der am 10. Juni anstehenden Wahl des Präsidenten des Bayerischen Landkreistages. Laut Vorsitzenden Simon Wittmann will man

sich neben dem bereits erfolgreich laufenden Regionalmarketing besonders dem Regionalmanagement widmen, was die Region enorm fördern könnte und auf vier Jahre mit einer Summe von etwa 1,2 Millionen Euro bezuschusst werden könnte. Im Regionalmanagement würden Netzwerke entstehen, die Regierung würde für die Organisation sorgen, die Landkreise das Projekt mitfinanzieren.

Interkommunale Zusammenarbeit

Die Thematik „Interkommunale Zusammenarbeit“ will besonders Regierungspräsidentin Brunner bearbeiten. Sie sieht einen „Auftrag an die Regierung, Themen zu suchen und zu finden für eine verstärkte Zusammenarbeit der Kommunen und Landkreise“. Sie will Diskussionsprozesse in Gang setzen, starre Grenzen auf der Basis einer freiwilligen Zusammenarbeit öffnen. Die Koordination und Unterstützung soll bei der Regierung der Oberpfalz liegen. Eine Abteilung in ihrem Haus hat diese Arbeit bereits aufgenommen. Als Themen in diesem Segment sieht sie die demographische Entwicklung mit ihren Auswirkungen und Herausforderungen in ganz unterschiedlichen Berei-

chen (Schulen, Gewerbegebiete, Wasserversorgung).

Stärkung der kleineren Einheiten

Der gastgebende Regensburger Landrat Herbert Mirbeth betonte, dass das Thema der interkommunalen Zusammenarbeit von seinem Landkreis bereits intensiv bearbeitet wird – etwa anhand der vier hauptamtlichen Sozialpädagogen, die im Landkreis Jugendarbeit betreiben. „Nicht jede Gemeinde muss Personal einstellen. Das spart Kosten, ermöglicht aber auch die Erfüllung dieser wichtigen Aufgabe“, schilderte Mirbeth und nannte als weiteres Beispiel die Zusammenarbeit bei Standesämtern oder die landkreisübergreifende Kooperation in einer gemeinsamen Adoptionsstelle. „Interkommunale Zusammenarbeit trägt zur Sicherung der Selbständigkeit bei sowie zur Stärkung durch Kostenaufteilung und -reduzierung. Sie stärkt letztendlich die kleineren Einheiten, bündelt Kräfte und bringt Effizienz“, fasste der Regensburger Landrat zusammen.

Plädoyer für Hausärzte

Der Chamer Landrat und Präsident des Bayerischen Landkreistages Theo Zellner ging auf aktuelle Themen aus seiner Einrichtung ein. So unterstützt der Bayerische Landkreistag die Hausärzte, die „ein wesentlicher Teil der Versorgung im ländlichen Raum sind. Callcenter und medizinische Versorgungszentren sind für uns die schlechteste Lösung“, meinte Zellner und ging kurz auch auf die aktuellen Entwicklungen im Krankenhausbereich ein, wobei er sich für eine Erhaltung der dezentra-



Die Teilnehmer der Landratstagung in Hemau. Vordere Reihe: Bezirksstagspräsident Rupert Schmid, Theo Zellner (Cham), Regierungspräsidentin Brigitta Brunner, Simon Wittmann (Neustadt/Waldnaab), Wolfgang Lippert (Tirschenreuth). Hinten: Albert Löhner (Neumarkt), Herbert Mirbeth (Regensburg), Volker Liedtke (Schwandorf), Richard Reisinger (Amberg-Sulzbach). Text und Bild: Markus Bauer



Bayerischer Gemeindetag/Kreisverband Nürnberger Land:

Neuwahlen des Vorstandes

Bei der konstituierenden Sitzung und Wahl des Vorstandes im Kreisverband Nürnberger Land des Bayerischen Gemeindetags wurde Feuchts Erster Bürgermeister Konrad Rupprecht (Bildmitte) einstimmig erneut als Vorsitzender des Kreisverbandes gewählt. Ebenso einstimmig wurde sein Stellvertreter der Hersbrucker Bürgermeister, Wolfgang Plattmeier (nicht im Bild) in seinem Amt bestätigt. Der Ottensooser Bürgermeister, Klaus Falk (l.) wird weiterhin die Funktion des Kassiers wahrnehmen. Erster Bürgermeister Joachim Lang (Gemeinde Leinburg - 3. v. r.) wurde als Beisitzer bestätigt. Neu in den Vorstand wurden die Bürgermeister der Städte Lauf (Benedikt Bisping - 2. v. l.), Röthenbach (Günther Steinbauer - 3. v. l.) und Altdorf (Erich Odörfer - 2. v. r.) gewählt. Die Ersten Bürgermeister Volker Herzog (Gemeinde Vorra) und Günther Rögner (Gemeinde Engelthal) wurden mit dem Amt der Kassensprüfer betraut. Landrat Armin Kroder (r.), der die Wahl souverän leitete, beglückwünschte den Vorsitzenden sowie die weiteren Vorstandsmitglieder zu ihren Ämtern. □

Regionaltag in Mitterfels:

Heimat mit allen Sinnen erleben

Knapp 150 Stände bzw. Betriebsöffnungen erwarteten den Besucher beim 3. Regionaltag des Landkreises Straubing-Bogen, der in diesem Jahr in Mitterfels stattfand. Als „Bürgerfest des Landkreises“ bezeichneten Landrat Alfred Reisinger, der Mitterfeler Bürgermeister Heinrich Stenzel sowie die Geschäftsführerin der Lokalen Arbeitsgruppe am Landratsamt, Rita Kienberger, die überaus gelungene Veranstaltung, an deren Eröffnung unter anderem der Europaabgeordnete Manfred Weber und MdB Erich Hynken teilnahmen.

Auf dem Veranstaltungsgelände im historischen Luftkurort konnte der Besucher regionale Spezialitäten genießen, sich in der Regionalschau über erneuerbare Energien oder innovative Gemeindeprojekte, über Landwirtschaft, Handwerk oder Bildungsmöglichkeiten informieren sowie heimischen Anbietern und Akteuren begegnen. Selbst aktiv werden bei Spiel und Spaß - „Heimat mit allen Sinnen erleben“, lautete die Devise. Wie gut Traditionen mit Innovationen harmonisieren, wie hervorragend sich Regionales und Multikulturelles ergänzen, davon konnten sich die Gäste wiederholt überzeugen.

Vier Bühnen

Die vier Bühnen des Regionaltages luden zudem zu einer Kulturreise durch den Landkreis ein. Ein abwechslungsreiches Programm mit Tanz-, Sport-, Musik- und Theatervorführungen stand auf dem Pro-

gramm. Egal ob Volkstanz, Rock'n Roll, Squaredance, Francaise, Standard oder Bauchtanz, ob Yesterday's Songs, niederbayerische Volksmusik oder afrikanisch anmutende Trommelrhythmen, ob Festspielszenen, Schultheater oder Blasmusiktheater - für jeden Geschmack war etwas geboten. Außergewöhnlich daran war, dass das Kulturprogramm ausschließlich von Vereinen und Gruppen aus dem Landkreis gestaltet wurde.

Das Landratsamt als Service-Einrichtung

Novum war in diesem Jahr das Regionaltags-Quiz. Als Hauptpreise winkten u. a. Fahrten nach Straßburg und zum Landtag nach München. Ebenfalls erstmals präsentierte sich ein Gemeinschaftsstand des Landkreises. In einem eigenen Zelt stellte sich das Landratsamt als Service-Einrichtung in vielerlei Bereichen vor. DK



Gemeindetag im Landkreis Fürth:

Führungsteam erneuert

Tuchenbach. Mit einem komplett neuen Führungsteam geht der Kreisverband Fürth des Bayerischen Gemeindetags in die nächsten sechs Jahre: Zum Kreisvorsitzenden wählten die 14 Bürgermeister, zwei Verwaltungsgemeinschafts- und zwei Wasserzweckverbandsvorsitzenden den Zirndorfer Bürgermeister Thomas Zwingel. Unser Bild zeigt die alte und neue Spitze. Von links: Bernd Obst, Bürgermeister Cadolzburg (neuer stellvertretender Kreisvorsitzender), Maximilian Gaul, (bisheriger Schriftführer), Manfred Fischer (bisher Vorsitzender), Thomas Zwingel, Bürgermeister Zirndorf (neuer Vorsitzender), Franz Schmuck (bisher Kassier), Claus Pierer (bisher Stellvertretender Vorsitzender), Johann Völkl, neugewählter Bürgermeister Roßtal (neuer Kassier) Kurt Krömer, neugewählter Bürgermeister Stein (neuer Schriftführer). Text und Bild: WRA

Bürgermeisterwahlen in Bayern:

Starke Frauen

In den beiden Ostallgäuer Gemeinden Kraftsried und Bidingen, im mittelfränkischen Oberasbach sowie im niederbayerischen Baierbach, Landkreis Landshut, wurden neue Bürgermeister gewählt. In Kraftsried erhielt Jutta Breitenmoser 54,4 Prozent der Stimmen. Sie kandidierte für eine Wählergemeinschaft aller Berufsstände. Gegenkandidat war Siegfried Mayer von der Bürgerliste Kraftsried. In Bidingen hatte CSU-Gemeinderat Franz Martin die Nase vorn. Er besiegte mit 76 Prozent der Stimmen Josef Lang. Aus den Wahlen in Oberasbach ging die CSU-Politikerin Birgit Huber als Siegerin hervor. Sie setzte sich mit 62,2 Prozent gegen Heidi Chille von der SPD durch. Ohne Gegenkandidat ging Luise Hausberger in Baierbach in die Abstimmung. Aufgestellt von der CSU und der Freien Wählergemeinschaft vereinte sie 79,1 Prozent der Stimmen auf sich. DK

Hier kommt Pep in Ihr Business 2008

www.nuernbergmesse.de/termine
www.nuernbergglobalfairs.com

akademika	03.06.–04.06.
BioFach°	21.02.–24.02.
BRAU Bevale	12.11.–14.11.
Chillventa Nürnberg	15.10.–17.10.
ConSozial	05.11.–06.11.
CRIO Optic Order Show	13.09.–14.09.
CRM-expo	05.11.–06.11.
Deutscher Anästhesiecongress	26.04.–29.04.
embedded world	26.02.–28.02.
e_procure & supply	07.05.–08.05.
EUROGUSS	11.03.–13.03.
fensterbau/frontale	02.04.–05.04.
GaLaBau	17.09.–20.09.
HOLZ-HANDWERK	02.04.–05.04.
IENA	30.10.–02.11.
IFH/Intherm	16.04.–19.04.
Internationaler Kongress der Deutschen Ophthalmochirurgen	12.06.–15.06.
Interzoo°	22.05.–25.05.
ISGATEC	21.10.–23.10.
IWA & OutdoorClassics°	14.03.–17.03.
Jahrestagung des Fachverbandes Biogas e. V. mit Biogas-Fachmesse und ECN Workshop	15.01.–17.01.
mailingtage	18.06.–19.06.
PCIM	27.05.–29.05.
POWTECH	30.09.–02.10.
SENSOR+TEST	06.05.–08.05.
DIE MESSTECHNIK-MESSE	03.06.–05.06.
SMT/HYBRID/PACKAGING	03.06.–05.06.
Spielwarenmesse	
International Toy Fair Nürnberg°	07.02.–12.02.
SPS/IPC/DRIVES	25.11.–27.11.
TechnoPharm	30.09.–02.10.
Vivaness°	21.02.–24.02.
Werkstätten:Messe	06.03.–09.03.

Auszug; alle Angaben ohne Gewähr, Änderungen vorbehalten

° Nur für Facheinkäufer mit Legitimation

NÜRNBERG MESSE

Für weitere Informationen rufen Sie uns einfach an: 09 11. 86 06-89 98



Von links: Landrat Leo Schrell, der bisherige 3. Bürgermeister Heribert Immler, Alt-Oberbürgermeister Hans-Jürgen Weigl, Ingrid Weigl, Regierungspräsident Ludwig Schmid und der seitherige 2. Bürgermeister Anton Stehle. Bild: -jdt-

Schwäbisches Rom gestärkt

Ehrentitel Alt-Oberbürgermeister für Hans-Jürgen Weigl

Dillingen (jdt). „Sie dürfen zu Recht mit großem Stolz auf Ihre Zeit als Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Dillingen zurückblicken.“ Mit diesen Worten hoher Anerkennung würdigte der schwäbische Regierungspräsident Ludwig Schmid das verdienstreiche 24-jährige Wirken von Hans-Jürgen Weigl an der Spitze der Stadtverwaltung des „Schwäbischen Rom“.

Die Festrede von Ludwig Schmid, der selbst dieses Jahr aus der Führungsverantwortung der Regierung von Schwaben Abschied nimmt, war der Höhepunkt der Verabschiedung von einer Persönlichkeit, die „viele Meilensteine gesetzt hat“. Im Blick auf die ungewöhnlich lange Amtsdauer Weigls sprach der Regierungspräsident von einem „Dillinger OB-Rekord“.

Unermüdlisches Wirken

Zweiter Bürgermeister Anton Stehle hob in seinem Grußwort hervor, dass der Oberbürgermeister mit unermüdlischem und allgemein anerkanntem fruchtbarem Wirken die positive Entwicklung der Stadt beeinflusst und das Wohl der Bürgerschaft gefördert habe. Einstimmig habe der Stadtrat beschlossen, Hans-Jürgen Weigl den erstmals vergebenen Ehrentitel „Alt-Oberbürgermeister“ zu verleihen.

Hat die Region Mainfranken genug eigene Kraft?

Beinhofers sieht Alternativen zur Unterordnung unter eine Metropolregion

Veitshöchheim (Kreis Würzburg). Die Landesentwicklungsplanung ist laut Unterfrankens Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofers in hohem Maße gefordert. Die Frage stellt sich: Soll sich die Region aus eigener Kraft stärken oder soll sie sich einer Metropolregion anschließen?

Für Beinhofers gibt es noch keine eindeutige Antwort auf diese Frage, allerdings wies Beinhofers im Regionalen Planungsverband in Veitshöchheim darauf hin, dass Mainfranken mehrere Qualitätsstandards für ein gutes, gesundes und sicheres Leben der Menschen bereits jetzt besser erfüllt als die Metropolregionen, von denen die Region umgeben ist. Das Resümee des Regierungspräsidenten: „Nach meiner Einschätzung hätte das zentrale Unterfranken grundsätzlich das Potenzial für einen eigenen Standort.“

Mit der Regionalmarketinginitiative „Chancen-Region Mainfranken“ habe die Region bereits vor zehn Jahren ein regionales Kooperations- und Informationsangebot geschaffen, das entscheidend zur Stärkung Mainfrankens beitrug, so Beinhofers. Seit seiner Gründung 1998 verfolgt die Initiative das Ziel, „Mainfranken in Europa ganz nach vorne zu bringen“. Auf bestem Weg dazu ist sie vor allem mit dem Kompetenzfeld „Automotive/Maschinenbau“. Hier belegt Mainfranken

Rang 4 unter bundesweit 97 Regionen. Nicht hinter den Metropolregionen verstecken muss sich die Region auch, was ihre internationale Kompetenz in der Biomedizin- und Medizintechnik-Forschung anbelangt. Hier ist Mainfranken bundesweit unter den Top 20 positioniert.

In Mainfranken ist der Erkenntnisprozess über den richtigen Weg in die Zukunft derzeit im vollen Gange. Die Landräte und Bürgermeister der Region müssen sich laut Beinhofers die Frage stellen, ob Mainfranken „stark genug aufgestellt“ ist, um eine eigenständige Region zwischen den Metropolregionen Nürnberg, Rhein/Main, Stuttgart und Rhein-Neckar zu werden. Nur wenn die Motivation zur Kooperation bei allen Beteiligten „ausgeprägt genug“ sei, ist Beinhofers Überzeugung zufolge das Konzept einer eigenständigen Region zu realisieren. Ist dies nicht der Fall, müsste sich die Region „einer großräumigen Region unterordnen oder in deren Rahmen als einer von vielen agieren“. Pat Christ

Altenbucher Bürgermeister auf Pilgerreise:

Mit dem Traktor zum Papstbesuch

Zu einer Romreise brachen Mitte Mai der erste und zweite Bürgermeister aus Altenbuch im Landkreis Miltenberg auf - ein zunächst nicht ungewöhnliches Unterfangen. Was die Pilgertour allerdings so besonders machte, waren ihre Begleitumstände: Das Politikerduo Ludwig Aulbach und Bernd Ritzler legte die rund 1.400 Kilometer auf einem 50-jährigen Traktor zurück. Ende Mai kamen die beiden schließlich wohlbehalten in der Ewigkeit an.

Vor etwa einem Jahr hatte Ludwig Aulbach die Idee für diese außergewöhnliche Fahrt: „Das hat noch niemand gebracht, vor allem mit dem Traktor.“ „Aulbachs Traum war schon immer, nach Rom zu fahren. Und ich wollte schon immer einmal in den Petersdom und auch einmal zum Papst“, betonte Bernd Ritzler. Die Bürgermeister tüftelten über Monate ihre abenteuerliche Pilgerreise aus.

Mit einem Fendt „Dieselross“, Baujahr 1958, begaben sich die beiden Kommunalpolitiker, die nun schon 18 Jahre gemeinsam Lokalpolitik machen, auf die abenteuerliche Reise. Bei etwa 20 Stundenkilometern lag die Spitzengeschwindigkeit ihres Gefährts. Aulbachs 50 Jahre alter Bulldog war vom Keilriemen bis zum Metallsitz generalüberholt. Sicherheits halber wurden Ersatzreifen, ein kleiner Kompressor und Ersatzteile für den betagten Dieselmotor mitgeführt.

Die Route führte fernab der Autobahn über die Alpen nach Italien. Auf der alten Brennerstraße ging es in Richtung Süden über Bozen, Trient, Ferrara, Bologna durch die Toskana und Umbrien nach Rom. Anvisiert waren Tagesetappen von durchschnittlich 200 Kilometern. Geschlafen wurde in einem mit Benedikt-Schildern und dem Altenbucher Wappen geschmückten Planwagen - Modell Ponykutsche -, der von dem Traktor gezogen wurde.

Dass die Pilgerfahrt kein Spaziergang werden würde, darüber waren sich Aulbach und Ritzler einig. „Das ist eine Pilgerfahrt, die geht nicht über die Füße, die geht über die Bandscheiben“, hatte Ludwig Aulbach bereits vor Reiseantritt erklärt. Und Ritzler hatte ergänzt: „Das ist ein Abenteuer - also ein Kindergeburtstag ist das auf keinen Fall!“

Mittlerweile sind die beiden Abenteuerer wieder in heimlichen Gefilden angekommen. Zurück ging es per Spedition, denn der Alltag rief die Reisenden nach Hause. Vorher aber wurde noch angemessen gefeiert - ohne Traktor und Planwagen, da diese zu diesem Zeitpunkt noch nicht eingetroffen waren. DK

Mittelstands-Union München:

Senkung der Energiepreise gefordert

Kürzlich hat die FDP den Vorschlag unterbreitet, den Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent auf 7 Prozent abzusenken. Auch die Mittelstands-Union München hält die Energiepreise für viel zu hoch. Ob allerdings die Absenkung des Mehrwertsteuersatzes von 19 Prozent auf 7 Prozent der richtige Weg ist, stellt die MU München in Frage.

„Wir halten es für sinnvoller und gerechter, die Mehrwertsteuer nur auf den Produktpreis und nicht auch noch Mehrwertsteuer auf die Energiesteuer zu erheben. Diese selbstdruckende Geldmaschine muss weg. Der Staat hat schon genug Mehrwertsteuereinnahmen durch den höheren Ölpreis. Denn 19 Prozent sind zu viel!“, meint Thomas Schmatz, Bezirksvorsitzender der MU-München.

Gegen Mehrfachbesteuerung

Die MU München fordert eine zeitnahe Senkung der Energiepreise. Die Doppel- und Dreifachbesteuerung der Energie muss endlich abgeschafft werden. Derzeit verdient der Staat über 46 Milliarden Euro durch Energiesteuern. Es ist völlig unverhältnismäßig, dass die staatlichen Lasten beim Strom auch für Münchner Haushaltskunden mittlerweile etwa 40 Prozent des Strompreises ausmachen. Hinzu kommt laut Schmatz der Benzinpreis, der zu 75 Prozent aus Steuern besteht.

Entlastung des Mittelstands

Die MU München fordert nun von den für München zuständigen Bundestagsabgeordneten, sich gegenüber der Bundesregierung für ein schnelles Ende der Doppel- und Dreifachbe-

steuerung der Energie einzusetzen. Es sei absurd, dass Energie mehrfach besteuert wird, etwa durch die Mineralölsteuer, durch die Mehrwertsteuer auf den Produktpreis und durch die Mehrwertsteuer auf die Mineralölsteuer. In Zukunft müsse eine Doppel- und Mehrfachbesteuerung komplett vermieden werden. Dies würde auch zu einer dringend notwendigen Entlastung des Münchner Mittelstandes führen.

Wettbewerb fördern

Darüber hinaus soll die Energiewirtschaft nach Vorstellung der MU München für dezentrale, mittelständische Strukturen geöffnet werden. Der Wettbewerb in der Energiewirtschaft müsse gefördert und endlich an marktwirtschaftlichen Prinzipien ausgerichtet werden. „Letztendlich tritt die Herstellung marktwirtschaftlicher Wettbewerbsprinzipien auch den Befürchtungen entgegen, dass Unternehmen Steuersenkungen dazu nutzen könnten, ihre Gewinne zu erhöhen.“

Auf einem wettbewerbsorientierten Energiemarkt sind die Energieunternehmen darauf angewiesen, ihre Preise für die Verbraucher attraktiv zu gestalten. Dies käme letztendlich den privaten Haushalten und Unternehmen auch hier in München entgegen und würde diese drastisch entlasten, betont Schmatz. □



V. l. sitzend Landrat Martin Sailer und Augsburgs OB Dr. Kurt Gribl, v. l. stehend Nicola Sailer, Susanne Gribl, Monika Knauer, Landrat Christian Knauer.

Spitzentreffen im Landratsamt Augsburg

Ohne viel Aufsehen haben sich vor kurzem die kommunalen Spitzen in der Region Augsburg zu einem fünfständigen Arbeitsgespräch im Aichacher Landratsamt getroffen. Landrat Christian Knauer hatte Augsburgs Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl und seinen Augsburgs Landratskollegen Martin Sailer für diesen ersten Meinungsaustausch gewinnen können.

Lediglich der Fahnen schmück vor dem „Blauen Palais“ gab aufmerksamen Passanten einen Hinweis darauf, dass die drei politischen Spitzenvertreter der Region die Zusammenarbeit künftig noch intensivieren wollen.

Als Gastgeber hatte Landrat Christian Knauer darauf geachtet, dass in möglichst zwangloser Atmosphäre die Zukunftsaufgaben des drittgrößten bayerischen Wirtschaftsraumes thematisiert und das weitere Vorgehen abgesprochen werden konnten. Zeit blieb aber auch, um den Gästen während eines kurzen Spazierganges die reizvollen Ecken der Kreisstadt zu zeigen.

14 Punkte standen nach Angaben der Teilnehmer auf der Agenda. Vom weiteren Agieren im Erholungsgebietverein (EVA) über gemeinsame Fortbildungsmöglichkeiten für Kreis- und Stadträte, die ihre Gebietskörperschaften in Aufsichtsräten vertreten bis hin zum Messewesen und den möglichen zukünftigen Aufgaben der Augsburg AG reichte der Themenkatalog. Natürlich blieben auch Überlegungen zum Ausbau des Schulwesens, der Zukunft des Augsburger Verkehrsverbundes und der Abfallverwertung nicht ausgeklammert.

Konkrete Beschlüsse, so Landrat Christian Knauer, waren bei dieser Themenvielfalt nicht zu erwarten. Allerdings habe man sich in allen Themen auf einen weiteren Fahrplan geeinigt. Arbeitsteilig wolle man die Herausforderungen anpacken und in folgenden Gesprächsrunden einer Lösung zuführen.

Einig war man sich, die Stadt-Umland-Konferenzen fortzusetzen. Im Dialog mit den Nachbargemeinden Augsburgs konnten bereits in den vergangenen sechs Jahren erfolgreich übergreifende Projekte abgeklärt oder auf den Weg gebracht werden.

Als wesentlich schwieriger als bisher angenommen könnte sich die finanzielle Lage der Bezirkshauptstadt erweisen. Erst nach einem „Kassensturz“, bei dem auch die Finanzkraft sämtlicher Tochterunternehmen der Stadt auf den Prüfstand kommen sollen, seien verlässliche Aussagen über die künftige Investitionskraft Augsburgs möglich. Gribl wolle jedenfalls nicht mit Luftschlossern agieren, sondern auf solider Grundlage Politik für seine Bürger machen.

Einigkeit herrschte nach Angaben Knauers aber in den Punkten Mobilitätsdrehscheibe und Verlängerung der Straßenbahnlinie 6. Beide Vorhaben seien von entscheidender Bedeutung für den Ausbau des regionalen Schienentaktverkehrs. Auch im Augsburger Verkehrsverbund wolle man

zu dessen Stärkung Strukturen und Kooperationsverträge auf den Prüfstand stellen. □

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Ehrenherausgeber:
Beda Bohinger
Otto Ammon

Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:
Lutz Roßmann (Landtag)
Dr. Sabine Schwarz (Berlin)
Brigitte Scherle (Wirtschaft und Messen)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)
Peter Müller
Florian Hahn (KPV)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:
Victoria Bertele (verantwortlich),
Telefon 08171 / 9307-11
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 42 vom 01.01.2008

Anzeigenschlußtermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben);
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWST.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 805 14
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:
Bayer. Landesbank München
Konto 1159164, BLZ 700 500 00
Raiffeisenbank
Füssen-Pfronten-Nesselwang
Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Geschäftsführerin: Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
Fränkischer Tag GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Bayerischer Nordgautag in Tirschenreuth:

Sprache und Dialekt

Vier Tage lang schlug das Herz der Oberpfalz in Tirschenreuth. Die nördlichste Kreisstadt des Regierungsbezirks war Schauplatz des 37. Nordgautags, der alle zwei Jahre in einer anderen Oberpfälzer Stadt über die Bühne geht und heuer unter dem Leitthema „Stiftland – Egerland – Kulturland“ stand. Wegen des berühmten Sohnes der Stadt und Verfassers des vierbändigen Bayerischen Wörterbuchs, Johann Andreas Schmeller, hatten der Oberpfälzer Kulturbund und die gastgebende Stadt Tirschenreuth als Veranstalter den Schwerpunkt auf Sprache und Dialekt gelegt.

Der Bayerische Nordgautag 2008 ist aber nicht nur aufgrund seines Beitrags zur Kultur- und Tourismusentwicklung von Bedeutung. Allein wegen seiner namhaften Gästeliste ist dieser Kulturevent einen Besuch wert. Mit zahlreichen Ehrengästen eröffneten Bürgermeister Franz Stahl und der Präsident des Kulturbundes, Dr. Wilhelm Weidinger, das viertägige Kulturfest.

Werbung für Gartenschau

Rathauschef Franz Stahl nahm die Gelegenheit wahr, bereits jetzt Werbung für die Gartenschau „Natur in der Stadt“ im Jahr 2013 zu machen. Hier werde in kleinen Ansätzen das historische Bild vor gut 200 Jahren wieder hergestellt. Zudem würden Strategien und Lösungsansätze für die Zukunft der Stadt und ihrer Bürger vermittelt.

„Großartiges Schaufenster“

Die geschichtlich enge Verwandtschaft und die gemeinsamen Wurzeln von Egerland und Stiftland stellte der Bundesvorsteher der Eghalanda Gmoin, Dr. Ralf Heimrath, heraus. Tirschenreuth habe mit dem diesjährigen Nordgautag „ein großartiges Schaufenster in der Mitte Europas“ geschaffen. Als Patenstadt von Plan-Weseritz und als zukünftige Partnerstadt von Plana mache Tirschenreuth einen großen Schritt hin zur Bewältigung der Vergangenheit.

Erfolg der offenen Grenzen

Dass die Oberpfalz und Böhmen wieder zusammenwachsen, war für Wirtschaftsministerin Emilia Müller der Erfolg der offenen Grenzen. Diese neue „Handreichung“ gelte es anzunehmen und die Mauern in einigen Köpfen niederzureißen. „Kultur ist das Band, das die Menschen zu-

sammenhält.“ In einer Zeit der Globalisierung und Mobilität sei Heimat besonders wichtig. Die Oberpfalz als kulturelles und wirtschaftliches Zentrum im Herzen Europas nehme hier einen besonderen Stellenwert ein.

Festzug

Fast 150 Gruppen, Blaskapellen und Trachtengruppen, Abordnungen von Vereinen und Festspielen waren zum bayerischen Nordgautag gekommen. Der Lichtenegger Bund aus Rimbach schlüpfte dazu noch einmal in die bunten Kostüme des mehrjährigen Erfolgsstücks „Goggolori“, während die Festspielgemeinschaft Kötzing in den Gewändern des „Pfingstspiels“ die ungeteilte Aufmerksamkeit auf sich zog. Mit der Teilnahme am Festzug betrieben die Theatervereine Werbung für ihre Neuproduktionen und stießen bei den Zuschauern auf große Neugier.

Markante Sprache

Im internationalen Jahr der Sprachen stand in der Heimat des „Großmeisters des Bairischen“, Johann Andreas Schmeller, die Oberpfälzer Sprache im Mittelpunkt. Wie Kulturbund-Präsident Wilhelm Weidinger feststellte, „ist diese aller bellenden Ironie von Ignoranten zum Trotz eine markante, kräftige, besonders ausdrucksstarke Sprache“.

Sprachbewusstsein vermitteln

Mit Blick auf weltweit anerkannte Wissenschaftler, die sich bewusst der Mundart, des Bairischen, des Schwyzerdütschs oder des Österreichischen bedienen, appellierte Weidinger an die Eltern und Lehrer, nicht den Dialekt zu unterdrücken, sondern den Kindern Sprachbe-

wusstsein mitzugeben und ihnen die Leichtigkeit im Spielen mit Ausdrucksformen zu schenken. Er bat aber auch, das Tschechische nicht zu vergessen, dessen Pflege der sowohl kulturellen wie wirtschaftlichen Brückenfunktion der Oberpfalz gut anstehe.

Langzeitstudien

In dieselbe Kerbe hieben der Regensburger Bezirksheimatpfleger Dr. Franz-Xaver Scheuerer und der Leiter des Oberveichtacher Dialektforums, Dr. Ludwig Schiebl, die beide für den Gebrauch des Dialekts vor allem auch in der Schule plädieren. Laut Scheuerer ist das Oberpfälzische ein in sich geschlossenes Sprachsystem mit eigenen grammatikalischen Regeln. Kinder, die Mundart reden, sollten tunlichst nicht davon abgehalten werden. Es sei sogar besser, „wenn sie erst in der Schule mit der Hochsprache konfrontiert werden“, meinte Scheuerer und zitierte Langzeitstudien, die ergeben hätten, dass ausgerechnet Dialektforscher in den Oberstufen des Gymnasiums ausgeprägtere sprachliche Fähigkeiten entwickelten.

Dialekt als gleichberechtigter Kontrast

„Dialekt in der Schule ist zeitgemäßer denn je“, meinte denn auch Ludwig Schiebl, der am Oberveichtacher Gymnasium Abiturienten in Englisch und Französisch unterrichtet. Der Dialekt erfahre einen Aufschwung und eine Neubewertung. Mundart sollte in der Schule keinesfalls korrigiert, sondern als gleichberechtigter Kontrast verstanden werden.

Kultusstaatssekretär Bernd Siblinger hatte beim Thema „Dialekt als Jugendkultur“ dagegen seine Zweifel. Mundart, so Siblinger, werde nicht überall goutiert. Lehrern werde ihr „lokales Idiom“ spätestens in der Referendarausbildung ausgetrieben. Immerhin habe das Kultusministerium eine Handreichung herausgegeben, mit der die Lehrer dazu angehalten werden, im Unterricht verstärkt „heimatliche Bezüge“ herzustellen. **DK**

KULTURmobil Bezirk Niederbayern:

Menschenfeind in Lederhose

Zum 11. Mal bereits tourt vom 28. Juni bis 7. September das KULTURmobil den Sommer über durch ganz Niederbayern. An insgesamt 29 Gastspielorten (Gastspieltermine und -orte unter www.kulturmobil.de) wird die Bühne ausgeklappt.

Übers Land fahren, unter freiem Himmel auf Märkten und Plätzen das Publikum mit einer professionellen Künstlertruppe unterhalten - dieser Idee widmet sich das 1997 ins Leben gerufene KULTURmobil des Bezirks Niederbayern. Orientiert an den Aufgaben der regionalen Kulturpflege werden jährlich neue Produktionen aus den unterschiedlichen Sparten Theater, Musiktheater, Musik oder Literatur angeboten. Im Vordergrund steht neben innovativer Theaterarbeit und der Arbeit mit jungen Regisseuren die Familienfreundlichkeit des Nachmittagsprogramms. Der Bezirk Niederbayern stellt damit ein Beispiel für zeitgemäße, innovative Regional-Kulturarbeit vor.

Nachmittags (17 Uhr) steht jeweils „Zirkus Panomimi“, eine neue, eigens für KULTURmobil entwickelte Produktion von und mit Ingrid Irrlicht auf dem Programm. Am Abend (20 Uhr) wird die Uraufführung von „Der verliebte Grantler“ gegeben.

Was macht eine Zirkusdirektorin, nachdem ihr kompletter Zirkus von einem Riesensturm verweht wurde? Kein Problem: In einem pantomimischen Zirkus sind der Fantasie keine Grenzen gesetzt. Alles ist möglich und unter fantasievoller Mithilfe des Publikums entsteht eine einmalige Zirkusvorstellung. Jeder darf, doch niemand muss ... und sehr bald haben Klein und Groß viel Freude daran, im Rampenlicht zu stehen, eigene Ideen zu verwirklichen und selbst einmal Zirkusstar zu sein.

Magische Seifenblase

Alles kann geschehen: Da wandelt sich ein Schoßhund in einen wilden Löwen, todesmutige Motorradfahrer knattern über ein Hochseil, wieselflinke Jongleure brechen alle Rekorde, Magier zaubern Unmögliches, Elefanten tanzen, schmatzende Sumpfmönster lernen Can-Can ... und Schluss ist erst, wenn magische Seifenblasen alle verzaubern. **DK**

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Ist sie weiß oder gezeichnet und heißt Rataouille, dann fliegen ihr die Herzen zu, ist sie grau und im Park, dann schreien alle ‚Igit eine Ratte‘.“ Mein Chef, der Bürgermeister, las gerade einen Bericht aus dem Wissenschaftsteil der Tageszeitung, wonach Forscher während die Stimme vor einer Rattenplage erhoben.

Tatsächlich ist die Ratte ein Tier, das zu tiefen Gräben über gut und böse, schön und hässlich, putzig und furcht einflößend einlädt. Sieht man sie von Vorne, hat man das totale Kindchenschema: Runder Kopf, große Knopfaugen, Stupsnase, Segelohren – einfach süß. Fällt der Blick auf die Seite, sieht man etwas, vor dem man sich ekelt und fürchtet: Gedrungener Körper, langer Schwanz – eine optische Chiffre für Gefahr. Glaubt man an chinesische Astrologie, kann einem kaum etwas Besseres passieren, als



denen 500 realistischere überleben. Als Kulturfolger passen sie sich perfekt an die vom Menschen geschaffene Umgebung an, besonders in den Städten. Da sind zum Beispiel die Abwasserkanäle ein Dorado für Wanderratten, nicht zuletzt, weil immer mehr Menschen die Unsitte pflegen, Essensreste durch den Abfluss oder gar die Toilette zu spülen. Ein gedeckter Tisch für die pelzigen Verwandten der Feinschmecker-Ratte Rataouille aus dem Kino.

Was ist zu tun? Die Mahnungen von Wissenschaftlern über die fortschreitende Gefahr, dass Ratten Krankheiten übertragen, sind schließlich nicht einfach vom Tisch zu wischen. Klar, wir reden hier nicht von großen Pestepidemien wie vor 500 Jahren. Aber immerhin von Krankheiten, die Menschen schwer in Mitleidenschaft ziehen können – bis zum Tod. Und außerdem dürfte doch bei jedem Menschen – ob von Natur aus oder anezogen – das Gefühl der Beklemmung ansprechen, wenn eine Ratte seinen Weg kreuzt.

Andererseits sind die Biester aufgrund der hohen sozialen Ausdifferenzierung ihrer Gesellschaften schwer zu jagen. Schnell wirkendes Gift fressen nur in der Hierarchie niedrig stehende Männchen, deren Tod die anderen vor dem Verzehrer der Köder warnen. Nimmt man langsam wirkendes Gift, hat man sofort den Tierschutzverein auf der Pelle, weil diese Todesarten halt qualvoll sind.

Mein Chef, der Bürgermeister, weiß um das Dilemma, spätestens seit der letzten Giftaktion gegen Tauben. Taubenmuttern, die vor dem Gesundheitsamt protestieren – ein grauvoller PR-GAU. Aber manchmal muss man halt zugunsten des Gemeinwohls auch unappetitliche Entscheidungen treffen. Also wird es den Nager im Städtchen bald systematisch an den Krügen gehen. Zu seiner Aufmunterung lege ich ihm das heutige Kalenderblatt mit einem Ratenschlag des großen Spötters Karl Kraus hin: „In zweifelhaften Fällen entscheide man sich für das Richtige.“

the
Sabriul

Nagerplage im Städtchen

im Jahr der Ratte geboren zu sein: Man ist schlau und intelligent, selbstbewusst und optimistisch, Ratte-Geborene sind ehrgeizig, Perfektionisten und können mit Geld umgehen. Wird allerdings jemand als „Ratte“ beschimpft, gilt dies als eines der übelsten Schimpfwörter, da es die Verachtung für einen verschlagenen, zwielichtigen, hinterhältigen Bösewicht ausdrückt.

Die Ratte als der Janus unter den Tieren? Vielleicht. Aber solches Philosophieren bringt uns in der Stadtverwaltung nicht weiter, wenn Bürger besorgt anfragen, ob es bei uns Ratten gibt und ob die Feldmäus, die sie über den Friedhof haben huschen sehen, nicht doch ein Ratz war.

Forscher machen den milden Winter für das vermehrte Auftreten der Ratten verantwortlich. Leider aber auch die Stadtverwaltungen, denen sie vorwerfen, zu wenig und wenn dann zu spät etwas gegen die Nager zu tun. Und die sind nicht zu unterschätzende Gegner: Statistikfreaks haben errechnet, dass ein Muttertier bis zu 2000 Junge pro Jahr zur Welt bringen kann, von

Heimattag der Siebenbürger Sachsen in Dinkelsbühl:

„Brücken über Grenzen“

Ihren in Dinkelsbühl stattfindenden Heimattag stellten die Siebenbürger Sachsen in diesem Jahr unter das europäische, zukunftsweisende Motto „Brücken über Grenzen“. Über 12.000 Besucher waren hierzu aus Deutschland, Österreich, den USA, Kanada und Rumänien angereist. Als Hauptredner fungierten neben dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Günther Beckstein u. a. der Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Dinkelsbühl Dr. Christoph Hammer, Dr. Bernd Fabritius, neuer Bundesvorsitzender des Verbandes der Siebenbürger Sachsen in Deutschland, Klaus Johannis, Bürgermeister von Hermannstadt und Vorsitzender des Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien sowie der baden-württembergische Landtagsabgeordnete Dr. Bernhard Lasotta, Vorsitzender des Fördervereins Siebenbürgisches Museum.

Zum niveauvollen Kulturprogramm gehörten eine Lesung des Schriftstellers Hans Bergel sowie eine Ausstellung der Malerin und Zeichnerin Katharina Zipser, die mit dem Siebenbürgisch-Sächsischen Kulturpreis 2008 ausgezeichnet wurde.

Kulturpreis post mortem

Der gleiche Preis wurde post mortem auch dem Rechtshistoriker Dr. Günther Tontsch zuerkannt. Der Ernst-Habermann-Preis ging an die beiden Nachwuchsforcher Dr. Paul Milata und Frank-Thomas Ziegler. Mit dem Jugendpreis wurde Ines Wenzel geehrt. Die starke Präsenz der siebenbürgisch-sächsischen Jugend bei Tanz, Musik, Theater und Sport machte den Heimattag zu einem Generationen verbindenden Gemeinschaftserlebnis mit Zeltlager, Live-Musik, Kindergottesdienst oder Zaubershow.

Lebendige Geschichte

Ministerpräsident Beckstein bezeichnete den Heimattag als

einen „Tag des Wiedersehens und des gemeinsamen Blicks zurück in die Vergangenheit sowie voraus in die Zukunft“. Dies schaffe und stärke Zusammengehörigkeit und Zusammenhalt. Zudem lobte er die lebendige Geschichte und Kultur der Siebenbürger Sachsen. Kultur sei nicht nur eine schöne Nebensache; Kultur, Traditionsbewusstsein und Brauchtumpflege gäben auch Halt und Orientierung. Aus ihnen könne man Mut und Zuversicht schöpfen, gerade dann, wenn es gelte, schwierige Zeiten durchzustehen.

„Dauernde Mahnung“

Erinnern und Gedenken bezeichnete Beckstein als „dauernde Mahnung“, weshalb es gut sei, „dass das „Zentrum gegen Vertreibungen“ endlich auf den Weg gebracht ist. Bayern habe dieses Projekt von Anfang an unterstützt und sei auch Pate der Stiftung. Deutschland benötige wie jedes Volk Erinnerungsräume an dramatische Entwicklungen in seiner Geschichte.

Dass das Motto des Heimatta-

ges „Brücken über Grenzen“ bei den Siebenbürger Sachsen kein leeres Versprechen darstelle, zeige ihr Engagement für gegenseitige Verständigung und ein gemeinsames Miteinander. Beispielsweise nannte Bayerns Ministerpräsident ihre Aktivitäten bei der Feier von Hermannstadt als europäischer Kulturhauptstadt im Jahre 2007. Die siebenbürgisch-sächsische Kulturwoche sei ein „grandioser Beitrag zu diesem Jubiläum“ gewesen.

Rumänische Entschuldigung

Die rumänische Regierung wiederum habe gegenüber der deutschen Minderheit ein großartiges Zeichen gesetzt: Sie finanziere ein deutsches Fernsehen, unterstütze deutsche Bücher und Zeitungen und fördere einschlägige kulturelle und wissenschaftliche Symposien. Auch habe sich Rumänien offiziell für das Unrecht entschuldigt, das das frühere rumänische Regime den Deutschen in Rumänien zugefügt hat. Diese Entschuldigung hat Beckstein zufolge Vorbildcharakter.

Bayerns wirtschaftliche Stärke ermögliche es, verstärkt Kultur, Traditionspflege und Brauchtum zu fördern. Dies gelte auch für die Förderung von Projekten der Siebenbürger Sachsen. Jährlich stellt der Freistaat nach Angaben des Ministerpräsidenten dafür rund 10.000 Euro zur Verfügung. „Bayern ist und bleibt der verlässliche Partner der Heimatvertriebenen“, bemerkte Beckstein abschließend. **DK**

Gesamtwerk-Präsentation und Ausstellung:

„Anfänge des Sports in Landshut“

Nach Abschluss seiner Aufgaben als Sportamtsleiter der Stadt Landshut hat Alois Schloder jetzt das Ergebnis seiner langjährigen Forschungs- und Sammlertätigkeit vorgestellt. Mit dem Band III für die Jahre 1974 bis 2004 schließt sich der Kreis „Anfänge des Sports in Landshut“, beginnend mit Band I (1861 bis 1936) und Band II (1937 bis 1973). Das umfassende Gesamtwerk vermittelt nicht nur Wissen über die Entwicklung des Sports und der sie tragenden Vereine, es legt auch Zeugnis ab für die gesellschaftliche Bedeutung und Akzeptanz, die in der Förderung durch die Stadt besonders deutlich wird. In einer Ausstellung im Rathausfoyer, die noch bis 22. Juni dauert, kann sich der Besucher darüber einen umfassenden Überblick verschaffen.

Laut Oberbürgermeister Hans Rampf ist Sport so vielseitig, dass er - wie im 3. Band der „Anfänge des Sports in Landshut“ wieder chronologisch aufgearbeitet - als Begriff und in seiner Bedeutung gar nicht exakt umrissen werden kann. In der Fachsprache werde Sport in vier markante Bereiche aufgeteilt: Neben dem Breiten- und Leistungssport seien dies vor allem der Schul- und der Rehabilitationssport.

Feste und wichtige Größe

Als in den 60er Jahren die Vereinsanmeldungen in Landshut immer mehr zunahmen, war auch dies Ausdruck eines gesunden Werteverständnisses, so Rampf. Von den 70er bis in die 90er Jahre seien es zahlreiche und vor allem erfolgreiche Vereine gewesen, die für den Landshuter Ehrentitel „Sportstadt“ gesorgt hätten. Heute sei der Sport in Landshut eine feste und wichtige Größe. Allerdings werde auch das Sportwesen in Landshut Veränderungen unterliegen, räumte der OB ein. Diese Veränderungen seien nicht im haushalterischen Sparzwang begründet; vielmehr müssten sie in der sich ändernden Gesellschaft gesucht werden. „Daher werden sich die

Sportvereine in Zukunft öfter mit der Aufforderung konfrontiert sehen, mit anderen Vereinen örtlich zu fusionieren“, erklärte Rampf. Wie die Erfahrung gezeigt habe, sei dies in vielen Bereichen durchaus förderlich und könne dafür sorgen, dass sich zunächst unterschiedliche Interessenslagen plötzlich als gemeinsame wieder finden.

Ein „Kulturphänomen“

Wie Landshuts langjähriger Rathauschef Josef Deimer erläutert, beschreibt die Landshuter Sportchronik die Emanzipation des Sports als „Kulturphänomen“ in der Bezirks- und Regierungshauptstadt. Nach einer langen Phase des gegenseitigen Unverständnisses seien die Unterschiede zwischen Kultur und Sport eingeebnet und hätten der Erkenntnis Platz gemacht, dass „Kultur verstanden als Lebensweise“ die „bekömmlichste Art des Umgangs miteinander“ sei. Im Wesentlichen seien es ohnehin die Kulturleistungen, die die Städte lebenswert und unverwechselbar machten, ihren geistigen Gehalt bestimmten und zu ihrer Behaglichkeit, Farbigkeit und Vielfalt beitrügen.

In den 70er Jahren, so erinnert sich Deimer, habe sich die Chan-

ce geboten, unter guten äußeren Voraussetzungen - die Finanzreform brachte eine Beteiligung am Aufkommen aus der Einkommen- und Lohnsteuer für die Kommunen - ein Sportkonzept zu entwickeln, das kulturelle und soziale Aspekte zugleich berücksichtigen konnte.

Weiterentwickeltes Sportkonzept

Seine Überlegung sei es gewesen, eine differenziert angelegte Planung von Sportstätten zentraler Aufgabenstellung und von Anlagen in den Stadtteilen gemeinsam mit den Vereinen zu erarbeiten. Da der Bau von Schulen und Kindergärten ohnehin erste Priorität hatte, war es nahe liegend, Schul- und Vereinssport zusammenzuführen und ein flächendeckendes Angebot anzustreben. Kernstück des Plans war der Neubau des Sportzentrums West.

Das 1973 beschlossene Sportkonzept hat sich in den folgen-

den 30 Jahren weiterentwickelt. Zu den zwei Sportzentren SZ-West und ETSV 09 kam u. a. das Landesleistungszentrum für Eishockey beim EVL und das Freizeit- und Erholungsgelände Mitterwöhr hinzu. Deimer zufolge wurde der Dreiklang „Verein-Schule-Stadt“ stimmig, weil sich alle Beteiligten im Interesse der Jugend arrangierten. Ohnehin rechneten sich die Ausgaben für den Sport in mehrfacher Hinsicht: „Ich meine dabei nicht nur den Nutzen für die Volksgesundheit oder die verbesserte Lebensqualität des Einzelnen und der Gemeinschaft, ich meine auch den ‚Stadtsäckel‘“, so der ehemalige OB.

Lohnende Maßnahmen

Wer den Haushalt der Stadt im Vergleich zu anderen kreisfreien Städten sieht, werde unschwer feststellen, dass die Ausgaben für die „Reparaturen“ im Sozial- und Jugendhilfebereich in Landshut relativ niedrig sind. Deimer abschließend: „Ich meine, es hat sich gelohnt. Ich hoffe allerdings, dass sich, nachdem das Ziel einer optimalen Daseinsvorsorge im Sport erreicht ist, nicht der Satz von Ernst Jünger bewahrheitet, der da lautet: ‚Eine Utopie verliert an Reiz, wenn sie sich realisiert.‘“ DK

Energie-Vorbilder gesucht

Stadt Bamberg lobt erstmals einen Energiepreis aus

Den effizienten und sparsamen Umgang mit Energie will die Stadt Bamberg mit einem neuen „Energiepreis“ belohnen. Wer beispielhafte Aktivitäten auf dem Gebiet der Energieeinsparung, der Energienutzung, beim Einsatz regenerativer Energien oder bei der Anwendung neuer Technologien zur Energieeinsparung oder Optimierung zeigt, sollte sich bewerben.

Die Auszeichnung ist mit einem Geldpreis verbunden, den verschiedene Sponsoren wie z.B. die Stadtwerke Bamberg, die Sparkasse Bamberg und das Umweltamt der Stadt Bamberg möglich gemacht haben. Die Vergabe, Höhe und Aufteilung des Geldpreises ist nicht festgelegt und wird nach der Bewertung durch die Jury vorgenommen. Durch die öffentlichkeitswirksame Verleihung einer Urkunde will die Stadt Bamberg Anreize für die Entwicklung und Umsetzung effizienter Lösungen geben. Lokale Beispiele vermitteln nachahmenswerte Planungen besonders

anschaulich und können so Vorbildfunktion ausüben.

Zielgruppe

Bewerben können sich private Haushalte und Gewerbetreibende oder Schulen, die innerhalb der Stadt Bamberg ansässig sind. Bei der Bewertung wird unterschieden zwischen Gewerbe (Gebäude und Verarbeitungsprozesse / innovative Technik) und Privat (Extrabewertung von denkmalgeschützten Gebäuden). Bewerbungen, deren Inhalt lediglich die Erfüllung energierechtlicher Anforderungen (z.B. beim Betrieb von

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt eine Eigenbeilage des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH, Geretsried bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

Gemeinde Unterhaching:

„Energie-Kommune“ des Monats Juni

Die bayerische Gemeinde Unterhaching ist „Energie-Kommune“ des Monats Juni. Mit diesem Titel zeichnet die Agentur für Erneuerbare Energien vorbildliche kommunale Energieprojekte aus und stellt sie auf dem Infoportal www.kommunal-erneuerbar.de vor.

Unterhaching, mit rund 22.000 Einwohnern eine der größten Gemeinden im Landkreis München, leistet besonders im Bereich der Tiefengeothermie eine beachtliche Pionierarbeit. Die Kommune pumpt aus 3.300 Metern Tiefe heißes Thermalwasser an die Erdoberfläche. „Für die Gemeinde Unterhaching ist die Erdwärme ein wichtiger Standortfaktor und hat Signalwirkung für eine nachhaltige Energieversorgung“, erklärte Bürgermeister Wolfgang Panzer. Die Anlage deckt den kommunalen Grundbedarf an Wärme. Neben der Wärmegewinnung wird seit Mai 2008 mit Hilfe der Geothermie auch Strom erzeugt. Erstmals kommt dabei in Deutschland die besonders effiziente „Kalina-Technik“ zum Einsatz, die eine besonders hohe Energieausbeute ermöglicht.

Bei Temperaturen von bis zu 122 Grad Celsius aus der Tiefe der Erde wird ein Ammoniak-Wasser-Gemisch erwärmt und es entsteht Dampf. Dieser Dampf treibt wiederum Turbinen an und erzeugt so CO2-freien Strom. In Unterhaching kann die Tiefengeothermie den Strombedarf von rund 8.000 Haushalten decken.

„Eine ganze Reihe von Kommunen stellt schon heute unter Beweis: Erneuerbare Energien bringen frische Impulse für den lokalen Arbeitsmarkt, erhöhen die regionale Wertschöpfung und leisten einen wichtigen Beitrag zu den Klimaschutzziele der Bundesregierung“, betonte Jörg Mayer, Geschäftsführer der Agentur für Erneuerbare Energien, anlässlich der Vorstellung der „Energie-Kommune“ Unterhaching. Mit dem Infoportal www.kommunal-erneuerbar.de bietet die Agentur für Erneuerbare Energien in Kooperation mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund praxisnahe Informationen an, um den Ausbau der Erneuerbaren Energien in Kommunen zu unterstützen. Weitere Beispiele für innovative kommunale Projekte und erfolgreiche Aktivitäten beim Ausbau Erneuerbarer Energien nimmt die Agentur gerne entgegen. □

technischen Anlagen) oder die Erledigung gesetzlicher Pflichtaufgaben (Einhaltung der Energieeinsparverordnung) widerspiegeln, können nicht anerkannt werden. Die Mindestenergieeinsparung der eingereichten Projekte sollte 30 Prozent unter der ENEV (Energieeinsparungsverordnung) liegen.

Die Auslobung des Energiepreises 2008 ist Teil der Ergebnisse des Agenda 21-Fachforums „Energie & Klimaschutz“, das 2006/2007 Leitlinien und Projek-

te zur nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Bamberg ausgearbeitet hat. Die Stadt Bamberg engagiert sich bereits seit 1996 im Agenda 21 – Prozess.

Das Bewerbungsformular kann beim Umweltamt der Stadt Bamberg unter Tel. 0951/87-1717 angefordert oder im Internet auf der Homepage der Stadt Bamberg (www.bamberg.de) heruntergeladen werden. Einsendeschluss für die vollständigen Bewerbungsunterlagen ist der 30. September 2008. □

Vorschau auf GZ 12

In unserer Ausgabe Nr. 12, die am 26. Juni erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- IT für die Kommunalverwaltung
- Wasserversorgung - Wasserentsorgung
- Kommunale Baupolitik
- Kommunalfahrzeuge

LIEFERANTEN- GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 - Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 - Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauctionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblierung

BECK
Möblierung für Aussen
• Abfallbehälter
• Absperrpfosten
• Fahrradständer
• Sitzbänke u.a.
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 WINNENDEN
Telefon 0 71 95 / 69 33 00 · Fax 0 71 95 / 69 33 33
www.beck-aussenmoeblierung.de

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 - Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 - Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Fahrradabstellanlagen



Kindergarteneinrichtungen

élbe Produktions-Vertrieb GmbH & Co.
Industriestraße 1 • 11-91285 Weinstadt
Tel: 09131 81 81 81 • Fax 09131 81 81 99
E-Mail info@elbe.de • www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Inserieren bringt Erfolg!
www.bayerische-gemeindezeitung.de

Schacht-Ausrüstungen

Hailo Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

élbe Produktions-Vertrieb GmbH & Co.
Industriestraße 1 • 11-91285 Weinstadt
Tel: 09131 81 81 81 • Fax 09131 81 81 99
E-Mail info@elbe.de • www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Sportgeräte

BENZ
Grüninger Straße 1-3 · 71364 Winnenden
Tel. 07195/69 05-0 · Fax 07195/69 05 77 · info@benz-sport.de
www.benz-sport.de

Streutautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Gmeiner Winterdienst-Technik
ist unsere Stärke!
Gmeiner GmbH
Bgm.-Knoll-Str. 26
D - 92245 Kürnensbruck
Telefon: +49 (0) 96 21 / 76 85-0
Internet: www.gmeiner-online.de
E-Mail: info@gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

siehe Fahrradabstellanlagen
ORION
www.orion-bausysteme.de

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (089) 749 949 74